

DER KAMPF

SOZIALDEMOKRATISCHE MONATSSCHRIFT

Jahrgang 1

1. November 1907

2. Heft

Heinrich Beer: Der fünfte Gewerkschaftskongress

Am 21. Oktober werden sich die Sendboten der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschafter unseres Landes auf dem fünften Gewerkschaftskongresse versammeln. Es ist eine durch die Satzungen der Reichsgewerkschaftskommission vorhergesehene Tagung, die die Vertreter der Gewerkschaften zusammenführt. Der Kongress wird für die weitere Entwicklung der Gewerkschaften, ihre Kampfsmethode und ihre Schlagfertigkeit von grosser Bedeutung sein.

Vielfacher und schwerer überwindbar als in den westlichen Industriestaaten sind die Hindernisse, die der Entwicklung und Zusammenfassung der Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich entgegenwirken. Die moderne Gewerkschaftsbewegung ist ebenso wie die politische Bewegung der Arbeiterschaft eine Folgeerscheinung des Kapitalismus. Später als in den übrigen europäischen Industriestaaten vollzog sich bei uns die industrielle Entwicklung. Bis in die letzte Zeit hinein sahen Regierung und alle konservativen Mächte die Erstarkung des Industrialismus mit scheelen Augen an. Selbst jetzt noch überwiegen in Oesterreich vielfach zünftlerische Ansichten, deren Förderer bestrebt sind, aus reaktionären und religiösen Rücksichten die industrielle Entwicklung auch weiter zu hemmen. Die Bureaukratie türmte aus Bequemlichkeit und aus Gründen der Abhängigkeit der Industrialisierung nicht geringe Hindernisse in den Weg, sehr viele Klagen der Unternehmer über Schikanen der Behörden sind nur zu berechtigt. Doch dies alles vermag nicht die industrielle Entwicklung auf die Dauer zu behindern. Oesterreich wird immer mehr zum Industriestaat, was nach jeder Volkszählung immer unzweideutiger erwiesen wird.

Es waren Arbeiter beschäftigt:

	1890	1900	Zunahme (+) beziehungsweise (-) absolut	Abnahme in Prozenten
Land- und Forstwirtschaft	5,615.133	5,215.923	- 399.210	- 7.0
Industrie	2,144.606	2,366.344	+ 221.758	+ 10.3
Handel	248.527	375.376	+ 126.809	+ 51.0
Oeffentlicher Dienst	262.004	304.207	+ 42.203	+ 16.1
Im ganzen	8,270.270	8,261.830	- 8.440	- 0.1

Die Zahl der Arbeiter insgesamt hat sich in diesen zehn Jahren um 8440 vermindert, trotzdem ist sie in der Industrie um 221,758 und im Handel um 126,809 gestiegen. Die Verminderung der Zahl der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft betrug 399,210. Diese Gegenüberstellung zeigt, wie in allen Industrieländern, das Zurückgehen der Landwirtschaft und das Erstarken von Industrie und Handel.

Auch der Verbrauch und die Güterbewegung liefern den Beweis, dass der industrielle Fortschritt zunimmt. Hier eine knappe Zusammenstellung über den Verbrauch und die Güterbewegung per Kopf der Bevölkerung in Kilogramm:

	Eisen	Kohle	Baumwolle	Güterverkehr und Eisenbahnen
1903	32.8	1126	5.38	4576
1904	30.8	1145	5.48	4663
1905	35.2	1169	5.69	4913

Die Eisenerzproduktion betrug in Tausenden Meterzentner:

Jahr	1883	1886	1891	1897	1898	1900
	8823	7961	12.312	16.139	17.243	18.944
Jahr	1901	1902	1903	1904	1905	
	19.632	17.443	17.160	17.192	19.138	

Förderung in Meterzentnern per Kopf der Belegschaft:

Jahr	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905
	3063	3257	3217	3365	3344	3255	3474	4046	3990

Die Roheisenproduktion in Tausenden Meterzentner:

Jahr	1883	1886	1889	1894	1899	1900
	5224	4853	6170	7424	9963	10.002
Jahr	1901	1902	1903	1904	1905	
	10.302	9918	9708	9884	11.196	

Durchschnittliche Jahresproduktion per Hochofen in Tonnen:

Jahr	1879	1890	1895	1899	1901	1902	1903	1904	1905
	4920	10.713	12.975	19.537	21.462	24.796	25.548	27.454	40.260

Die Gewerkschaftsbewegung unseres Landes hat trotz aller Hindernisse eine sehr erfreuliche Entwicklung durchgemacht. Heute stehen mehr als eine halbe Million Arbeiter in den Gewerkschaftsorganisationen und die überaus segensreiche Wirksamkeit der Gewerkschaften ist eine Gewähr dafür, dass die Zahl der organisierten Arbeiter unaufhaltsam zunehmen wird.

Einige der Statistik der Gewerkschaftskommission entnommene Ziffern werden das Wachsen der Gewerkschaftsbewegung veranschaulichen:

Jahr	Vereine			Mitglieder			
	Zentral- vereine	Landes- oder Lokal- vereine	Orts- gruppen	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
1892 . . .	10	240	474	724	44.390	2.216	46.606
1896 . . .	17	284	775	1076	95.221	3.448	98.669
1899 . . .	30	242	1284	1556	113.778	5.556	119.334
1901 . . .	32	266	1273	1571	113.672	5.378	119.050
1902 . . .	47	241	1397	1685	129.290	5.888	135.178
1903 . . .	51	192	1623	1866	145.146	9.519	154.665
1904 . . .	45	121	2108	2274	176.066	13.055	189.121
1905 . . .	47	100	2964	3111	294.697	28.402	323.099
1906 . . .	49	89	4062	4200	406.080	42.100	448.270

Es vereinnahmten:

	Kronen
im Jahre 1901 die gesamten Gewerkschaften	2,229.346·21
» » 1902 » » » »	2,617.184·02
» » 1903 » » » »	2,942.854·88
» » 1904 » » » »	3,392.970·09
» » 1905 » » » »	4,641.726·81
» » 1906 » » » »	6,982.374·99

Zusammen . . 22,806.457—

Es verausgabten:

	Kronen
im Jahre 1901 die gesamten Gewerkschaften	2,111.082·12
» » 1902 » » » »	2,392.539·77
» » 1903 » » » »	2,647.066·20
» » 1904 » » » »	3,004.160·50
» » 1905 » » » »	3,829.751·41
» » 1906 » » » »	5,609.810·01

Zusammen . . 19,594.410·01

In diesen Ziffern sind die Ausgaben für Streiks und Lohnbewegungen nicht eingerechnet. Sie betragen im Jahre 1905 1,164.847 K und im Jahre 1906 1,918.900 K.

Die monatliche Auflage der Fachblätter betrug:

	1905	1906
Deutsche Fachblätter	204.450	286.400 + 81.950
Tschechische Fachblätter	110.150	149.650 + 39.500
Polnische Fachblätter	16.700	21.350 + 4.650
Italienische Fachblätter	630	670 + 40
Slowenische Fachblätter	—	600 + 600
Zusammen	331.930	458.670 + 126.740

Im gleichen Masse als die Gewerkschaftsbewegung erstarkte, wuchs auch ihr Einfluss auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses in Industrie und Gewerbe. Während im Jahre 1905 nach den Erhebungen des Arbeitsstatistischen Amtes bloss 94 Kollektivverträge abgeschlossen wurden, betrug die Zahl der abgeschlossenen Kollektivverträge im Jahre 1906 448, die für 12.647 Betriebe mit 181.633 Arbeitern Geltung hatten.

So zweifellos es feststeht, dass der wachsende Einfluss der Gewerkschaften vornehmlich und vor allem aus ihrer Erstarkung und inneren Konsolidierung spriest, so darf nicht übersehen werden, dass auch äussere Umstände hierbei in Betracht kommen, die nicht fortdauernd wirksam sein werden. Die Schwäche und Finanzarmut eines sehr erheblichen Teiles unserer Industrie sind nicht zuletzt Ursachen der Stärke der Gewerkschaftsbewegung unseres Landes. Hierauf ist es vielfach zurückzuführen, dass die Unternehmerorganisationen sich in Unterhandlungen einlassen und vorläufig nicht so schroff der Anerkennung der Arbeiterorganisationen bei Verhandlungen gegenüberstehen. Es ist kein Zufall, dass gerade die Unternehmerorganisationen, die die kapitalkräftigsten Industrien repräsentieren, schroffer denn je an dem Prinzip des Herrentums im Betriebe festhalten. Die Unternehmer sind bestrebt, durch den energischen und rastlosen Ausbau ihrer Verbindungen den Einfluss der Gewerkschaften auszugleichen. Es darf auch nicht übersehen werden, dass die Banken und Finanzkonsortien der Industrie erhöhtes Interesse zuwenden. Die Zusammenfassung von Betrieben und die Umwandlung von Unternehmungen in Aktiengesellschaften nimmt in steigendem Masse zu. Die Kartellierung in der Industrie macht sehr rasche Fortschritte. Kein Zweifel ist möglich, dass diese Erscheinungen die Beachtung der Gewerkschafter in hohem Masse verdienen.

Diese Entwicklung kann und wird auf die künftige Gestaltung der Gewerkschaften und ihre Kampfsmethode nicht ohne Einfluss bleiben. Die Gewerkschafter würden sich als schlechte Taktiker erweisen, wenn sie diesen Tatsachen beim Ausbau der Organisation und in der Streikstrategie nicht Rechnung tragen würden. Die Gewerkschaftskommission wird dem Kongresse entsprechende Vorlagen unterbreiten, deren Beschlussfassung im Interesse der weiteren Erstarkung der Gewerkschaftsbewegung gelegen ist.

Vornehmlich werden es für die Organisation bedeutsame Fragen sein, die den Kongress befassen werden. Aber auch die Strategie des Streiks und die Beschaffung der in immer steigendem Masse erforderlichen Geldmittel werden Gegenstand eingehender Erörterungen des Kongresses sein müssen. Mit der Fortentwicklung und dem Ausbau der Unternehmerorganisation hält die Verschärfung des sozialen Kampfes der Arbeiterschaft gleichen Schritt. Zunehmende Dauer der Streiks, das Bestreben der Unternehmervverbände, die Kämpfe bis zur Erschöpfung der Arbeiterorganisation zu führen, sind die voraussichtlichen Folgen der Kräftigung und des immer erfolgreicher durchgeführten Zusammenschlusses der Unternehmerverbindungen. Die Unternehmer bemühen sich, das Kampfterrain zu erweitern und durch Aussperrungen die Kassen der Gewerkschaften zu schwächen. Diesen Erscheinungen wird der Kongress erhöhtes Interesse zuwenden müssen, wenn die Gewerkschaften auch weiterhin die nach harten und opferreichen Kämpfen errungene Position erhalten sollen.

Aber noch ein weiterer Umstand kommt bei der Beurteilung der zu unternehmenden Schritte in Betracht. Die ausserordentlich günstige Prosperität auf dem Weltmarkte hat auch unsere Industrien günstig beeinflusst. Einige Jahre günstigster Konjunktur auch in der österreichischen Industrie waren ihre Folge. Anzeichen machen sich bemerkbar, dass die gute Konjunktur am Ende der aufsteigenden Kurve angelangt ist. Den fetten Jahren für die Industriellen werden sehr magere für die Arbeiter folgen. Um so unerlässlicher dünkt uns die Notwendigkeit, die vorbereitenden Rüstungen mit grösserer Beschleunigung zu Ende zu führen.

So erfreuliche Fortschritte die Zentralisation der Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren bei uns auch machte, es besteht dennoch eine von Tag zu Tag härter fühlbar werdende Lücke im Bau der Organisation. Sie macht sich vornehmlich in der grossen Industrie mit ihren (an österreichischen Verhältnissen gemessen) Riesenbetrieben schädlich geltend. Ihre nachteiligen Wirkungen treten vornehmlich in den Zeiten des Kampfes sinnfällig in die Erscheinung. Die Existenz

mehrerer Organisationen in diesen grossen Industrien mit ihren Hunderte, ja Tausende Arbeiter umfassenden Betrieben erschweren die Schlagfertigkeit im Kampfe. Weit schlimmer ist, dass sie eine geregelte Führung der sozialen Kämpfe fast ausschliessen. Hier Wandel zu schaffen, ist das oberste Gebot einer voraussehenden Gewerkschaftspolitik. Durch die Schaffung der von der Gewerkschaftskommission vorgeschlagenen Betriebsorganisation werden die die geregelte Führung des sozialen Kampfes erschwerenden Hemmnisse beseitigt.

Wir verkennen durchaus nicht die Schwierigkeiten, die der Realisierung dieses Planes entgegenwirken. Tradition und Entwicklung der verschiedenen Organisationen spielen hierbei keine kleine Rolle. Doch von dem sich ihrer Mission bewussten Vertretern der Organisationen darf wohl erwartet werden, dass sie den absoluten Notwendigkeiten der Entwicklung der Organisationen im Interesse der Arbeiterschaft aller Berufe und Industriezweige Rechnung tragen. Kluge Duldsamkeit der Vertreter der grösseren Organisationen, die an der Realisierung des vorgeschlagenen Planes nicht minder interessiert sind als die kleineren Verbindungen, das sich gegenseitige Ueberzeugen von der Notwendigkeit und Erspriesslichkeit der Betriebsorganisation werden rascher zum Ziele führen als Intoleranz und Rechthaberei.

Der Kongress wird sich aber auch über die Einführung des Solidaritätsfonds klar zu werden haben. Dieser Fonds wird die Aufgabe zu erfüllen haben, Organisationen, die in grosse, folgenschwere Kämpfe verwickelt sind, im Kampfe zu unterstützen, wenn die eigenen Fonds erschöpft sind oder wenn sie in Kämpfe verwickelt werden, deren Unterstützung über die finanziellen Kräfte der betreffenden Organisationen geht. Der Bestand dieses Fonds wird allen Organisationen nützlich und förderlich sein. Es ist deshalb zu hoffen, dass seine Realisierung vom Kongresse zur Tat gemacht werden wird.

Mehr als selbstverständlich ist, dass der Gewerkschaftskongress nach dem bedeutungsvollen Wahlsiege des österreichischen Proletariats, zu dem die in den Gewerkschaften stehenden Kämpfer ihr vollgerütteltes Stück beigetragen, den Punkt: »Arbeiterschutz und das neue Parlament« auf seiner Tagesordnung als Beratungsgegenstand hat. Jahrelanger Stillstand auf dem Gebiete der Sozialreform waren die Signatur der vergangenen Zeitepoche. Er wurde nicht allein durch die Stockungen der Gesetzgebungsmaschine, sondern auch durch die so oft gerühmte »Arbeiterfreundlichkeit« der im Staate herrschenden Mächte verschuldet. Unzweideutig und präzise wird der Kongress die sozialreformatorischen Forderungen der Arbeiter formulieren. Sein Ruf nach der endlichen Schaffung der Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiterschaft wird Gehör finden. Scharf wird der Kongress gegen das geplante Attentat der Unternehmer auf das Koalitionsrecht Stellung nehmen. Sein Protest wird um so entschiedener sein müssen, da dieses Attentat im Schosse der Regierung, wie der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches sonnenklar erweist, eifrige Förderer hat. Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit und ihrer gesetzlichen Verkürzung vor allem in den kontinuierlichen Betrieben werden dem Kongress den Anlass bieten, mit allem Nachdruck der Forderung der österreichischen Proletarier auf diesem Gebiete Ausdruck zu geben. Der Ausbau der Gewerbeinspektion, die Ausgestaltung der Institution der Gewerbeberichte u. s. w. werden in den Kreis seiner Erörterungen gezogen werden.

Grosse Aufgaben harren der Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Mögen sie ihrer gedeihlichen Lösung zugeführt werden! Der fünfte Gewerkschaftskongress wird seine Beratungen im Geiste des Sozialismus führen. Möge es ihm beschieden sein, ein neuer Meilenstein auf dem dornigen Entwicklungswege der Gewerkschaften unseres Landes zu werden!

Karl Renner: Löst die nationale Autonomie die Amtssprachenfrage?

Die nationale Autonomie ist ein politisches Prinzip wie die »persönliche Freiheit« oder die »Gleichheit vor dem Gesetze« oder die »Trennung der Gewalten«. Vorläufig ist sie nichts als Prinzip, als Idee, ein blosses Programm und noch nicht lebendige Rechtsinstitution, einige schwache Ansätze ausgenommen. Der Weg von der politischen Idee bis zur konkreten Rechtsinstitution ist ein langer, mühsamer; wir werden ihn nur durch schwere geistige Arbeit und schöpferische Tatkraft wirklich gangbar machen und zum Ziele gelangen.

Und dann erst werden wir sehen, dass auch dieses politische Prinzip im harten Raume seine Schranken findet, wie jedes andere sie gefunden hat. Wir werden noch oft genug dazukommen, »die Grenzen der nationalen Autonomie« zu erörtern, wiewohl die Zeit eher drängt, zunächst ihre positiven Einrichtungen zu entwickeln und die Bewährung vor den Zweifel zu setzen. Sicher ist indessen, dass solche Grenzen dort nicht zu finden sind, wo sie Genosse Meissner auf dem Pilsner Parteitage unserer tschechischen Genossen zu finden glaubte, in der Amtssprachenfrage.

Sie ist das Hauptkampfgebiet der bürgerlichen Nationalisten und beherrscht schon durch sechzig Jahre unsere Politik. Nichts kann für den objektiv Urteilenden verwunderlicher sein, als dass gerade die Sprachenfrage der Aemter die unlösbare Schwierigkeit des nationalen Problems sein soll. An sich ist sie doch eine rein administrativ-technische Aufgabe. Als reine Sprachenfrage, für die man sie ausgibt, findet sie ihre Lösung in zwei einfachen Organisationsgrundsätzen: Erstens ist jeder Staatsbürger von den Staatsorganen tunlichst in seiner Sprache zu hören; zweitens ist trotz der so geforderten Achtsprachigkeit die Einheitlichkeit, Uebersichtlichkeit und Oekonomie der Administration tunlichst zu erhalten. Diese zwei Grundsätze sind — solange man die Frage als reine Sprachenfrage behandelt — auf jeden konkreten Fall anzuwenden; es kann dabei in jedem Falle streitig sein, welcher Grundsatz überwiege, denn jeder kann nur nach Tunlichkeit berücksichtigt werden. Ein auswandernder Ruthene zum Beispiel, der in Innsbruck erkrankt und nun die Behörden beschäftigt, kann natürlich als österreichischer Staatsbürger verlangen, von österreichischen Behörden verstanden zu werden; aber ebenso gewiss kann von den Steuerzahlern nicht verlangt werden, dass sie an jedem Ort des Staates, in jedem Administrationszweig so viel Beamte hinsetzen, dass alle acht Sprachen faktisch in allen Aemtern verstanden werden. Wie weit man auch in der Berücksichtigung des Bedürfnisses geht, immer ist die Amtssprachenfrage als solche nur eine Lernfrage der Beamten und eine Kostenfrage.

Die Grundlagen der Staatsverfassung und die Organisation der Aemter berührt sie nicht, solange wir nichts in ihr sehen als die Frage der Sprachen. Und ich möchte schier bezweifeln, dass die Sprachenfrage der Tschechen jemals so gut gelöst war wie durch das Bachsche Regime, das sehr darauf achtete, dass jeder Staatsbürger in seiner Muttersprache gehört werde und dass die Beamtenschaft möglichst polyglott sei. Ja, diese erstaunliche Polyglottie ist vielleicht in der ganzen Weltgeschichte unerreicht; absichtlich wurden in jedem grösseren Amt Beamte der verschiedensten Muttersprachen zusammengesetzt und ich wette, ein Ruthene in Innsbruck hätte den Behörden keine Verlegenheit bereitet.

Das soll kein Scherz sein. Wollen wir unseren Gegenstand wirklich in ganzer Schärfe erfassen, so müssen wir alles, was er enthält, einzeln fassen und in isolierter Wirksamkeit betrachten. Eine Seite unserer Frage ist gewiss die rein linguistische des Verstehens und Verstandenwerdens, sie ist zugleich die administrativ-technische Seite. Und es ist kein Scherz, sondern Tatsache, dass sie — der damaligen kulturellen Entwicklung entsprechend — in der Bachschen Administration am besten erledigt war.

Jedermann fühlt, dass die Amtssprache noch andere Interessen berührt als die

jedes einzelnen Staatsbürgers, zu verstehen und verstanden zu werden, und des Staates, billig zu administrieren. Ja, der rein sprachliche und administrativ-technische Standpunkt berührt uns heute wie eine komische Verkennung der Tatsachen.

Welche Interessen also stecken dahinter? Welche tieferen, geheimnisvollen Gründe bestimmen demnach den Streit um die Amtssprache?

Es ist nun erheiternd, dass die bürgerlichen Streitparteien es geflissentlich vermeiden, zu sagen, was dahinterstecke. Sie argumentieren immer nur sprachlich, die einen warnen, Oesterreich in einen babylonischen Turm zu verwandeln, den man nicht mehr administrieren könne, die anderen beklagen den armen Teufel von Staatsbürger, der in seiner Sprache sein Recht nicht finde. Hie Staat und Staatssprache, hie Individuum, Individualrecht und Muttersprache! Jedermann fühlt dabei genau, dass diese Parolen bei beiden unaufrichtig sind, dass beide anderes wollen, als sie sagen.

Uns Sozialdemokraten ist dies Versteckenspiel nichts Neues. Wir haben doch schon lange gelernt, dass sich unter dem Streit um juristische Formeln, um staatsrechtliche Interpretationen gesellschaftliche Klassenkämpfe verbergen. So hat der Kampf für und wider die Negersklaverei in den Vereinigten Staaten jahrelang vor dem Sezessionskrieg getobt in der Form, dass man die Buchstaben der amerikanischen Bundesverfassung verschieden auslegte: Souveränität der Union oder der Einzelstaaten — das schien die Frage, Lohnarbeit oder Sklavenarbeit lautete sie wirklich. Höchst selten können herrschende Klassen ihre Ziele offen als Klasseninteressen bekennen, weil sie die Massen dadurch offen aufreizen, sie müssen sie in die Formeln historischen oder geltenden Rechtes, religiöser oder nationalistischer Ideologie kleiden. Und eine der wichtigsten Missionen der Vertreter der Unterdrückten ist, diese trügerischen Formeln zu zerpfücken und ihren realen Kern aufzuzeigen.

Sicherlich ist es heute ein Gemeinplatz, zu sagen: Hinter den Sprachenkämpfen stecken Klassenkämpfe, und ein ebensolcher Gemeinplatz ist der Einwand: Ja, es steckt mehr dahinter, sie sind ein Ausfluss des Kampfes der Nationen, sie entrollen nationale Forderungen. Beides liegt auf der flachen Hand. Aber nicht so klar und sinnfällig ist, inwieweit blosse Forderungen von Klassen, inwieweit Lebensbedingungen der Nationen vorliegen, welches Mass den beiden Faktoren zukommt.

Auffallen muss uns da zunächst, dass bei uns die nationale Frage durch Jahrzehnte fast ausschliesslich als Sprachenfrage und diese wieder als Frage der Aemter und höchstens noch der Hochschulen in Erscheinung trat. Die Nationalität erfasst doch das gesamte Zusammenleben der Menschen, das ganze kulturelle und politische Dasein der Massen. Die Nationen sind der Stoff, aus denen die Geschichte Staaten formt, sie sind die eigentlichen Staatenbildner der Neuzeit und der geschlossene Nationalstaat ist das Staatsprinzip des 19. Jahrhunderts. Es ist doch sonderbar, dass Sozialdemokraten und konsequente Marxisten (Bauer und meine Wenigkeit) diese Universalität der Nation in der Theorie wieder entdecken, während unseren lärmendsten bürgerlichen Nationalisten zu gleicher Zeit die grosse Staatschöpferrolle der Nationen zusammenschumpft auf die kleinlichen Formeln von Sprachenverordnungen!

Das kann doch nur seinen Grund darin haben, dass die Sozialdemokratie als Vertreterin der Massen die Nation in ihrer Masse, das Nationsganze sieht und ihre gesamten Daseinsbedingungen erfasst, während die bürgerlichen Nationalisten nur einen Teil, nur eine Klasse und ihr Interesse vor Augen haben. Das nötigt uns zur Vorsicht. Nicht unbesehen dürfen wir die »Fragen« der Nationalisten übernehmen, weil sie »auch« national sind. Wir müssen vorerst ihren Wert für das Nationsganze messen, den Grad ihrer Bedeutung genau abschätzen und dürfen die Hauptfragen nicht durch Akzidenzfragen verwirren.

Wir haben also genau festzustellen, inwieweit die Amtssprachenfrage reine Klassenfrage, inwieweit nationale Frage ist.

In jedem Lande, in welchem die kapitalistische Produktionsweise besteht, ist die unmittelbare Herrschaftsausübung der Herrenklasse unmöglich, einerlei ob die Monarchie, Aristokratie oder Demokratie herrscht. Der antike Heerkönig, der feudale Junker, der athenische Bürger gebietet persönlich und unmittelbar. Diese

persönliche Herrschaftsausübung ist dem Bourgeois versagt: als Privateigentümer und Produzent hat er seine Privatgeschäfte zu besorgen, er kann nicht persönlich das Gemeinwesen verwalten, er kann höchstens ab und zu einmal wählen. Alle Herrschaft vollzieht sich heute durch Vertreter, durch Repräsentanten, durch Angestellte. Die Zahl der Herrschaftsorgane wächst kolossal, sie bilden zusammen eine von den produktiven Klassen deutlich geschiedene bürokratische Klasse mit ganz eigenartigen, spezifischen Lebensformen. Sie übt die Herrschaft aus, aber tut dies in der Regel im Namen, Auftrag und Interesse anderer, der ganzen Bourgeoisie und speziell — da sie heute zu ihr zählt — der in der Produktion selbst stehenden Bourgeoisie.

Diese bürokratische Klasse sitzt im Amte selbst, das Amt ist zugleich ihr ökonomisches Interesse, ihr einziges dazu, da sie ja mit der Produktion selbst nichts zu schaffen hat. Amtsinteresse und Klasseninteresse ist ihr identisch. Die Staatsform selbst ist für ihr Dasein gleichgültig; wir finden sie unter dem Absolutismus, in der konstitutionellen Monarchie, in der Republik. Ihr gehören nicht nur die Staatsbeamten an, sondern auch die Angestellten der autonomen Verwaltung, die Anstaltsbeamten, die liberalen Berufe, die Lehrpersonen und die Offizierskaste. In weiterer Folge können die Unterbeamten und die Amtsdienerschaft zu ihr gezählt werden, soweit die nationale Frage in Betracht kommt.

Zum überwiegenden Teile rekrutiert sich diese Klasse aus ihren eigenen Angehörigen — es ist diese eigene Fortpflanzung ein für die Existenz einer Klasse wesentliches Merkmal — aber zu einem grossen Teil gehen in sie Kinder von Bürgern, Kaufleuten, Handwerkern und Bauern auf, viele Bürokratenkinder finden in die reiche Bourgeoisie den Weg. Alle Klassen der Bourgeoisie sind dieser Klasse verwandt — aber höchst selten und praktisch belanglos sind die Fälle, in denen Kinder des industriellen Proletariats in diese Klasse aufsteigen: Armeleutkinder sind ihrer viele, Proletariatkinder so gut wie keine. Mehr als andere sind diese Armeleutkinder erfüllt von kleinbürgerlich servilen und konfessionellen Vorstellungen und stehen den wirtschaftlichen Klassenkämpfen fern. Man muss mit den Elendsbürgern ebenso vorsichtig sein wie mit den Lumpenproletariern, beide dürfen nicht mit dem Proletariat in einen Topf geworfen werden.

Das bürokratische Klasseninteresse steigert sich mit der Rangsklasse, es bewirkt in den unteren Stufen den Kampf ums tägliche Brot, in den oberen noch dazu den Kampf um die Macht und Ehre. Dem unmittelbaren Klasseninteresse dieser Schichte entspricht das abgeleitete Mitinteresse jener Schichten, aus denen sie sich rekrutiert. Somit wirkt in der grossen Bourgeoisie, welche die Offiziere und Oberbeamten stellt, deren direktes Interesse die Beamtschaft im Staate zu wahren hat, dieses Mitinteresse stärker als in der mittleren und in dieser normalerweise stärker als in den unteren Schichten des Bürgertums, das einen schweren wirtschaftlichen Konkurrenzkampf führt und der Beamtschaft im allgemeinen nicht grün ist.*

Für diese bürokratische Klasse ist der Kampf ums Amt zugleich ökonomischer Klassenkampf. Sie ist gezwungen, ihn zu kämpfen, es hat überhaupt keinen Sinn, ihr als Klasse Versöhnung zu predigen, wie einsichtsvoll auch einzelne aus ihr denken mögen. Wenn von zwei Bewerbern nur einer angestellt werden kann, wenn das Dilemma lautet: »Ich oder du«, ist es kindisch, Brüderlichkeit zu predigen. Zweifellos gibt die deutsche Amtssprache den Deutschen, die tschechische den Tschechen einen Vorsprung. Und so ist von jeher und bleibt in alle Zeit das Klasseninteresse der deutschen Intelligenz, dass alle Aemter im ganzen Staatsgebiet deutsch seien, wie jenes der tschechischen, dass ein möglichst grosses Gebiet des Staates tschechische Amtssprache habe. Je weiter die Sprachsphäre der Nation über ihre Wohnsphäre hinausgeht, um so besser für die nationale Intelligenz. Die sprachliche Expansion über das Wohngebiet ist notwendige Klassenpolitik der bürokratischen Klasse. Daran ist nichts zu ändern, nichts zu lösen, das ist so.

* Nationen mit fortgeschrittener industrieller Entwicklung bilden eine kommerzielle, industrielle und technische Bureaubeamtschaft aus, es mangelt bei ihnen leicht an Anwärtern auf die Bureaukratie. Umgekehrt bei Nationen, deren kulturelle Reife oder politische Macht der wirtschaftlichen Entwicklung voraneilt. Sie erziehen Bürokraten über die Nachfrage hinaus. Es gibt auch eine bürokratische Reservearmee.

Unendlich possierlich sind diese bürokratischen Kreise, die befürchtet haben, unter der Herrschaft des gleichen Stimmrechtes müsse ihre Expansionsbrunst erlöschen, und nun merken, dass sie noch immer beim Zeuge sind. Wir haben niemals dieses Erlöschen prophezeit, sondern im Gegenteil erklärt: Weil diese Klasse den Krieg will und sogar wollen muss, kann es keinen Frieden geben, ausser indem man die anderen Klassen zum Richter über sie setzt und sie sich zu vertragen zwingt, indem man sie aus Herren der Allgemeinheit zu ihren Dienern macht.

Und ähnlich verhält es sich mit der nationalen Autonomie. Das Ringen um die Vorherrschaft wird und kann auch sie diesen Klassen nicht aus der Seele nehmen, wie überhaupt Rechtseinrichtungen ökonomische Notwendigkeiten nicht beseitigen. Dass Herrenklassen bleiben wollen, dass sie auch einander die Herrschaft abringen wollen, kann die nationale Autonomie gewiss nicht hindern und insoweit hat Meissner gewiss recht. Das ist eine Grenze der nationalen Autonomie.

Aber zum Glück gibt es auch andere Klassen.

Die ganze Bourgeoisie ist an der Aemterfrage mitinteressiert, indirekt und in abgestuften Graden beteiligt. Ihr Hauptinteresse aber ist wirtschaftlich. Ihr Wirtschaftsinteresse erfordert eine ruhige, geordnete Administration, ja eine starke Staatsgewalt gegen das aufstrebende Proletariat. Sie macht den Amtssprachenrummel mit bis zu einem gewissen Grad, dann aber lässt sie regelmässig seit Jahrzehnten die Intellektuellen im Stich und rettet sich unter den Absolutismus, Feudalismus, Klerikalismus oder auch den § 14 vor ihren studierten Söhnen.

Darum geht der Amtssprachenstreit immer aus wie das Hornberger Schiessen!

Darum gerät ein Herr v. Schönerer, ein Kramář plötzlich an die Spitze der ganzen Nation und ist plötzlich von allem Gefolge und allen guten Geistern verlassen.

Und das gleiche Stimmrecht ist — bürgerlich gesehen — die Form, unter der das vereinigte Spiessertum seine studierten Söhne politisch unter Kuratel gesetzt und die unmittelbare parlamentarische Herrschaft der wirtschaftlichen Klassen hergestellt hat. Die Brotfrage der Studierten wird es noch immer interessieren, mitinteressieren, aber nie so viel als Haferpreis und Arbeitswilligenschutz. Das goldene Zeitalter der politisierenden Exstudenten ist vorbei.

Aber die Amtssprachenfrage ist auch eine nationale Frage. Das heisst sie interessiert unzweifelhaft alle Klassen der Nation und also auch das Proletariat.

Das Proletariat ist kein Schemen, kein Ideal von Selbstlosigkeit, auch diese Klasse verfiucht ihr Klasseninteresse als ein ökonomisches. Nicht in einer idealistischen Selbstlosigkeit liegt ihre Tugend, sondern in ihrer materiellen Selbstsucht: Weil sie eben heute das selbstische Interesse der überwiegenden Volksmehrheit und für die Zukunft das Nationsganze vertritt, handelt sie national, auch wenn sie dessen gar nicht bewusst ist. Die hohe ethische Mission des Proletariats ist hier wie im allgemeinen keine subjektive Tugendhaftigkeit, sondern objektive Notwendigkeit. Man schmeichelt dem Proletariat durch ihre Betonung nicht ungebührlich, aber man nützt ihm nicht, wenn man den gesunden Instinkt entwicklungsfördernder Selbstbehauptung durch ethisierendes Gerede benebelt.

Wenn wir die Amtssprache eine nationale Sache nennen, sagen wir, dass sie zwar auch die bürgerlichen Klassen berühre, aber lange nicht so stark wie das Proletariat.

Aber natürlich kann sie diese Klasse der Gesellschaft nur in ganz anderer Richtung interessieren. Sind Bourgeoisie und Proletariat die Gegenpole jeder modernen Gesellschaft, so müssen auch in dieser Frage die Interessen beider Klassen auseinandergehen wie Süd und Nord.

Wir sehen sofort, dass dem so ist.

Die bürokratische Klasse sitzt in den Aemtern. Ist sie der Bourgeoisie ganz fremd wie in Russland, so mag die Bourgeoisie daran denken, sie zu stürzen, zu entfernen und zu ersetzen. Unsere Bürokratie ist ein Zweig der Bourgeoisie, mit ihr versippt und verschwägert, jener Zweig, durch den sie regiert, mit dem sie die Untertanen züchtigt; die Bourgeoisie sitzt im Amt: nicht das Amt selbst, sondern nur wer drinnen sitzt, ist für sie die Frage.

So weit aber sind wir doch als Sozialdemokraten hoffentlich orientiert, dass wir wissen: Nicht die Proletarier sitzen im Amt, sondern andere; das Proletariat gerade ist das Objekt, das leidende, misshandelte oder zum mindesten regierte Objekt des Amtes.

Wir sehen das Amt von unten und von aussen, von innen aber sehen wir höchstens die Gefängnisse.

Wir und damit die Nationen als Gesamtheiten besitzen das Amt nicht, haben überhaupt keinerlei Recht auf das Amt, keinerlei faktische Macht über dasselbe.

Und also ist unsere erste Frage die nach dem Recht auf das Amt, im einzelnen und im gesamten. Und wenn wir jetzt an dem bureaukratischen Sprachstreit der Aemter ohne weiteres teilnehmen wollten, käme mir das so vor, wie wenn ein Obdachloser, der nicht eine Hundshütte besitzt, sich darüber erhitzen wollte, ob man ein Palais besser im Empirestil oder sezessionistisch einrichtet.

Das Proletariat aber ist amtspolitisch obdachlos und darum hat es mit Recht die Amtssprachenfrage nicht beachtet und aus gutem Instinkt nie verstanden — einzelne Seiten der Frage ausgenommen, über die ich später mich äussern werde.

Es sind nur wir Intellektuelle in der Partei, die wir bis jetzt zu diesen Dingen ein Verhältnis haben. Und gerade wir haben einen doppelten Grund, vorsichtig zu sein. Das oben nachgewiesene spezifische Klasseninteresse der Intellektuellen kann in uns leicht unbewusst nachwirken, also müssen wir uns zweifach strenge prüfen. Und zweitens besteht immer die Gefahr, dass auch in den Reihen der Sozialdemokratie die »Repräsentanten« eine Gruppe mit Sonderinteressen bilden wie die Bureaucratie innerhalb der Bourgeoisie. Haben wir nicht die sittliche Kraft — und hier tut sie not — dieses Sonderinteresse zu überwinden, so ersteht zwischen uns selbst das Konkurrenzinteresse, also ein nationaler Gegensatz unter den Repräsentanten, trotz der Internationalität der Repräsentierten. Diese zweite Gefahr ersteht natürlich nicht nur für Intellektuelle in der Partei, sondern für alle Vertrauensmänner. Und ich stehe nicht an, vorher zu warnen und auf die Klippe hinzuweisen, an der die Internationalität des Proletariats gelegentlich scheitern kann. Das Proletariat selbst muss hier die Augen offenhalten.

Weil aber das Proletariat und damit die Nation als reiner Untertan ausserhalb des Amtes steht, ist es gezwungen, die Amtsfrage überhaupt und im ganzen aufzurollen, das heisst also, sie als Verfassungsfrage zu stellen, bevor es sich in ein Detail einlässt.

Wie kann dem Volk das Recht auf das Amt zuteil werden?

Oder geht es ohne Amt, ohne Beamte, ohne Bureaucratie, im Wege der unmittelbaren Demokratie? Das ist ausgeschlossen, für lange Zeiten ausgeschlossen. Solange die Massen nicht ganz organisiert und solange sie neun und mehr Stunden täglich arbeiten, können sie nicht wie der athenische Bürger persönlich in der Agora alles entscheiden.

Wir müssen uns also für jetzt und auf lange Zeit hinaus mit jenen Formen der Verwaltungsorganisation begnügen, welche die Bourgeoisie entwickelt hat — wir vergessen dabei nicht, dass sie alles eher als der Weisheit letzter Schluss sind.

Die Aemterorganisation geht heute auf zwei Grundtypen zurück, die ich zunächst als den englischen und französischen Typus unterscheiden will. Bei beiden wird zwischen Beschlussfassung (Legislative) und Durchführung (Exekutive) unterschieden, beide beruhen auf dem Grundsatz: Beschlussfassen ist die Sache vieler oder aller, Durchführen ist Sache des einzelnen. In beiden Fällen ist der Durchführende Bureaucrat. Der Unterschied liegt im folgenden:

1. Die Verfassung kann so geordnet sein, dass alle Wünsche und Bestrebungen der Staatsbürger, alle ihre Klagen und Beschwerden, ihr ganzes politisches Recht zusammenfliessen in einem einzigen Organ, der Volksvertretung. Nur auf sie hat der Staatsbürger unmittelbaren Einfluss — auf die Aemter keinen. Der Gesetzgebungskörper ist gleichsam der eine Brennpunkt des ganzen Staates, wo aller Wille der Staatsbürger zusammenstrahlt und sich zum Gesetz verdichtet. Damit ist die Kraft des Staatsbürgers erschöpft. Alle paar Jahre einmal ein Stimmzettel, alle paar Jahre einmal ein Staatsorgan — der Rest ist Untertan.

Diesem Brennpunkt gegenüber tritt ein anderer: der Kaiser oder Präsident der

Republik mit seinem Ministerium. Das Gesetz springt von einem Brennpunkt auf den anderen über, der Chef der Exekutive übernimmt es, das Gesetz durchzuführen. Von diesem zweiten Brennpunkt strahlt nun der herrschende Wille auseinander auf Mittel- und Lokalstellen der Verwaltung, auf die Aemter. Sie sind bloss Hilfsmittel des Chefs der Exekutive, er allein verfügt über sie, niemand hat ein Recht auf das Amt als er, niemand ernennt Beamte als er — direkt oder mittelbar durch Ernennung. Das Volk ist den Aemtern aller Stufen gegenüber reiner Untertan, der Chef der Exekutive alleiniger Amtsherr.

Man sieht, dass dieses System, das wir den französischen Typus nennen, ebenso funktioniert in der französischen Republik wie in Russland. Die Frage: Republik oder Monarchie ist für dasselbe gleichgültig. Charakteristisch ist ihm die vollständige Monopolisierung des Imperiums, der Regierungsgewalt durch eine vom Zentrum bis in die Lokalstelle und bis auf den einzelnen Staatsbürger unmittelbar einwirkende Bürokratie. Die Regierungsgewalt ist monopolisiert — was nicht hindert, dass in der blossen Verwaltung zum Teil Selbstverwaltungskörper mitwirken.

2. Die Regierung kann auch in ganz anderer Weise eingerichtet sein.

Die Menschen sind über den Staatsboden nicht ausgestreut wie lose Körner, sie gliedern sich in örtliche und persönliche Verbände. Die Ortsverbände sind insbesondere durch die Ansiedlung gegeben: Ortschaft, Stadt, Bezirk, Kreis, Land.

Wie nun, wenn jeder Verband sich selbst regiert? Jede Gemeinde wählt ihren beschlussfassenden Körper, nach dessen Willen die Gemeinde regiert wird, ganz und ohne Vorbehalt! Natürlich können die Gemeindebürger dies nicht unmittelbar, denn jeder geht seinem Berufe nach. Sie bestellen eine beschlussfassende Körperschaft, die das volle Imperium besitzt. Beschlossen ist Sache aller, Durchführen Sache des einzelnen. Somit bestellt diese Körperschaft einzelne als Beamte, sie verfügt über ihre Beamten und niemand anderer hat ihnen zu befehlen. Andere Aemter aber gibt es in der Gemeinde nicht, sie hat das Imperium vorbehaltlos.

Das hindert nicht, dass sie den Beschlüssen des nächsthöheren Verbandes unterworfen ist und ihre Durchführung nicht verweigern kann. Der Kreisverband ist genau so organisiert, auch er hat vorbehaltlos das Imperium, seine eigene Bürokratie, die ihm allein untersteht. Und so ordnet sich Verband an Verband, bis der höchste eben den ganzen Staat ausmacht, der in gleicher Weise aus einer beschlussfassenden Körperschaft (house of commons) besteht, die zur Durchführung ein Komitee aus eigener Mitte bestellt (das englische Kabinett), welches wieder einzelne bürokratische Organe ernennt.

Dies der Grundgedanke des englischen Systems. Es ist nicht notwendig demokratisch. Auf jeder Stufe kann ein enger Kreis Privilegierter den Verband zusammensetzen, er kann also aristokratisch oder plutokratisch gestaltet sein, die Staatsverfassung kann dabei monarchisch oder republikanisch sein, all das ist für die Grundidee dieser Behördenorganisation gleichgültig.

Und doch unterscheiden sich beide Organisationsformen fundamental.

Bei dem letzteren Typus hat jeder vollberechtigte Staatsbürger ein unmittelbares gleiches Recht auf alle Aemter vom Lokalamt bis zum Ministerium. Er trägt das gesamte Imperium mit, das er selbst durch sein Stimmrecht im Verein mit allen Mitbürgern ausübt. Es ist seine Sache, das eine Imperium entsprechend entweder in der Ortschaft oder im Bezirk oder im Kreis oder im Staat auszuüben. Er wird natürlich alles, was möglich ist, in der nahen Gemeinde erledigen, den höchsten Verband nur mit den höchsten Aufgaben belasten und nur mit jenen, die alle angehen. Keinem Amte gegenüber ist er blosser Untertan, alle Aemter sind zugleich seine Aemter, alle Bürokraten in gleicher Weise seine Diener.

Zugleich aber — und das übersieht man bei uns so gern — besteht doch eine reichgegliederte Bürokratie, welche faktisch verwaltet. Das Volk hat sich die Regierung vorbehalten und bestellt zur Verwaltung geschulte Fachleute. Auf dem Kontinent hat man dieses System so gründlich missverstanden, dass man die Regierung den Bürokraten vorbehalten und an der Verwaltung Laien hat teilnehmen lassen, was man »Selbstverwaltung« nennt. Man hat also den Bock zum Gärtner und den Gärtner zum Gebieter über die Schafe gemacht und wundert sich über die gärtnerische und züchterische Unfruchtbarkeit des Gedankens.

Diese Bureaukratie ist aber nicht hierarchisch geordnet. Die Beamtschaft der Gemeinde, der Grafschaft und der Ministerien sind voneinander ganz unabhängig. Der Chef eines Lokalamtes kann höhere Bezüge haben als der eines Zentralbureaus. Jeder wird bezahlt nach seiner Leistung und die Bureaukratie fühlt sich dabei weit- aus wohler als bei uns. Sie hat viel zu arbeiten, reichlich zu leben und nichts zu befehlen.

Jeder Verband also der Amtsherr seiner Aemter, der Beamte weder absoluter Gebieter des Volkes noch rechtloser Botmässiger ferner Vorgesetzten, sondern geachteter Diener seiner Körperschaft, die seinen Rat braucht und sucht, und weit und breit keine Möglichkeit einer bureaukratischen oder autokratischen Herrschaft — das ist jenes Amtssystem, für das die Ausdrücke Monarchie und Republik, Aristokratie und Demokratie unzulänglich, die üblichen staatsrechtlichen Kategorien unbezeichnend sind und das doch allein das Recht des Volkes auf das Amt garantiert. Es ist nicht Selbstverwaltung — dieser Name entspringt einem Missverständnis und drückt eine Missbildung aus — sondern Selbstregierung, Selfgovernment, **Autonomie**.

Diese Autonomie schwebt uns Sozialdemokraten vor, auch wo wir nicht von nationalen Dingen reden, sie ist einfach unser Organisationsprinzip in der Partei wie im Staate. Und die nationale Autonomie ist nur ihr Spezialfall, eine konsequente Anwendung des allgemeinen Grundsatzes, der dem Proletariat eingeboren ist, auf eine besondere Materie, auf die spezifisch nationalen Verbände. Die Selbstregierung der Nationen ist uns eine Selbstverständlichkeit gewesen seit jeher!

Die Nation wohnt geschlossen in Ortschaften, Städten, Bezirken, Kreisen und Ländern. Da sie auf allen Stufen über alle Aemter verfügt, ist es selbstverständlich, dass sie, autonom geworden, nur diejenigen bestellt, die ihr genehm sind. Die Sprachenfrage kann im geschlossenen Sprachgebiet gar nicht auftauchen. Wo dabei die Nationsgenossen viel mit Fremden verkehren, werden sie selbst Wert darauf legen, im Amte Leute zu haben, die die Sprache der Fremden verstehen — da sie diese Leute vollständig in der Hand haben, kann ihnen auch keine Gefahr daraus erwachsen. Für neun Zehnteile unseres Staatsgebietes ist unter der Herrschaft der Autonomie die Entstehung eines Amtssprachenstreites ausgeschlossen.

Blieben die gemischtsprachigen Gebiete, wo unter allen Umständen gemischte Aemter bestehen müssen. Von selbst, automatisch löst das System der Autonomie natürlich hier die Frage nicht. Hier erst treten die zwei Elemente in Erscheinung, die wir oben entwickelt haben.

Die Sprachenfrage im Amt ist, abgesehen von ihrer Bedeutung für das Nationsganze, 1. eine sprachliche oder administrativ-technische, 2. die ökonomische Klassenfrage der Angestellten.

Unzweifelhaft liegt es im Interesse des Nationsganzen, auch im gemischtsprachigen Gebiete Beamte ihrer Nation zu haben, sie ist mitinteressiert am Klassenkampfe dieser Angestellten, daran, dass sie angestellt werden. Aus der Konkurrenz mehrerer Nationen ergibt sich, dass Beamte jeder der Nationen angestellt werden, und ohne das kann sich keine Nation im Kampfe beruhigen. Welches kann dann der denkbare Abschluss dieses Kampfes sein? Doch nichts anderes als die verhältnismässige Beamtung, als die Anstellung von Angehörigen beider Nationen, nach dem Machtverhältnis der Nationen, das in einer sozialistischen Gesellschaft nur das Verhältnis der Volkszahl sein kann.* Zweifellos ist, dass die bureaukratische Klasse hauptsächlich in gemischtsprachigen Gebieten an die nationale Expansion, an Entnationalisierung denkt, ebenso ausgemacht ist es unter Sozialdemokraten, dass das Nationsganze an solcher Expansion kein Interesse hat. Nur so weit deckt sich das Klasseninteresse der bureaukratischen Schichte mit dem Nationsinteresse und so weit löst die verhältnismässige Beamtung die nationale Seite der Amtsfrage. Es bleibt also noch die sprachliche, sie ist rein technischer Natur, eine Lernfrage für die Beamteten und eine Kostenfrage für den Amtsherrn. In jedem Falle kann da statt zweier einsprachiger ein zweisprachiger Beamter gesetzt werden und

* Die Verhältnismässigkeit in der Teilnahme an der öffentlichen Gewalt ist ein gesicherter alter Grundsatz jeder Demokratie. Genosse Meissner hat recht, wenn er meint, dass dieser Fall nicht erst durch das Prinzip der nationalen Autonomie gelöst wird.

es ist absolut nicht abzusehen, warum die Nation von dem Beamten, nachdem sie ihm die Anstellungsmöglichkeit gesichert hat, nicht die Erlernung einer zweiten Sprache fordern dürfte.*

Im ganzen Staatsverbände und später einmal in der grossen Internationale stossen viele Idiome zusammen. Auch hier bleiben die zwei Elemente der Frage wirksam. Die Verhältnismässigkeit in der Beamtung und Repräsentation verhindert jede nationale Zurücksetzung, sprachlich aber kompliziert sich die Aufgabe. Hier hilft nur die möglichst vielsprachige Erziehung einerseits und die Festsetzung einer Vermittlungssprache anderseits.

Aber dieses Privileg der Sprache kann bei der festgesetzten verhältnismässigen Teilnahme aller an der öffentlichen Gewalt nicht mehr zu einem Privileg einer Nation oder einer nationalen Klasse ausschlagen.

Ich finde also den Punkt nicht, wo das Prinzip der nationalen Autonomie für die Sozialdemokratie, für uns und unser Programm, in der Amtssprachenfrage versagen würde. Für anderes aber als für uns selbst sind wir nicht verantwortlich. Und das ist taktisch wichtig! In den gemischtsprachigen Gemeinden zum Beispiel herrscht eine Zensusclique, eine Minderheit über eine fremdsprachige Mehrheit. Und aus dem grossen politischen und sozialen Unrecht folgt das kleinere sprachliche. Hierin speziell Partei zu nehmen und den besonderen Sprachenkrieg in seiner Isolierung allein mitzuführen, ist nicht unsere Aufgabe, wenn wir nicht das Proletariat politisch und sozial irreführen wollen. Mögen sich die anderen um die Sprache des Amtes streiten, wir kämpfen um das Amt selbst, um die Aemterordnung, um die ganze nationale und internationale Organisation des Staates selbst und dem nationalistischen Kläffer rufen wir zu: Was kannst du, armer Teufel, bieten?

Ich habe diesmal nur die allgemeine prinzipielle Seite der Amtssprachenfrage erläutert und konnte auf das Gewirr von Einzelfragen nicht eingehen, die aus unserem staatlichen Chaos entspringen. Auch dafür wird Gelegenheit sein und in den konkreten Einzelheiten wird sich zeigen, wie sich das Interesse des Proletariats an der Geschäftssprache des Amtes abstuft, wie recht die Sozialdemokratie hat und wie geistesarm der bürgerliche Nationalismus selbst in jenen Fragen ist, die seit Jahrzehnten den Inhalt seiner Politik ausmachen. Wir können ihn auf allen Gebieten in die Schranken fordern, wir haben nichts zu fürchten!

Ignaz Daszynski: Der Kampf um den galizischen Landtag

Der gewaltige Sieg der Arbeiter im Kampfe um die Wahlreform für das österreichische Parlament hat den ganzen Bau der politischen Verfassung Oesterreichs in seinen Tiefen erschüttert. Im gegenwärtigen Moment können wir nicht einmal absehen, wie vieles im Staate durch diese grundstürzende Reform noch ins Wanken geraten wird.

Beginnt doch selbst der dürre Ast des galizischen Landtages grüne, wenn auch vorläufig sehr schwache Triebe zu zeigen! . . .

Auch der galizische Landtag hat seine Wahlreformkrise, sie ist diesmal ernst. Ein halbes Jahrhundert ist er volksfeindlich und steril geblieben, jetzt muss er doch die Geburtswehen einer Wahlreform durchmachen. Seine Zusammensetzung spottet jeder Beschreibung.

Formell ist der galizische Landtag zusammengesetzt aus 12 Virilisten, 44 Grossgrundbesitzerabgeordneten, 28 Städteabgeordneten, 3 Handelskammerabgeordneten, 74 Bauernabgeordneten, zusammen 161 Landtagsabgeordneten.

Die Grossgrundbesitzer und Virilisten verfügen von Gesetzes wegen über 56 Stimmen, also über ein Drittel des Landtages. Tatsächlich haben die zwei kon-

* Die Zweisprachigkeit der Beamten ist der Zweisprachigkeit des Amtes vorzuziehen, bei welcher Beamte verschiedener Sprache nebeneinander amtieren.

servativen Schlachzizenparteien: »Stancyken« (Westen) und »Podolier« (Osten) bis 90 Abgeordnete und mitsamt den Klerikalen fast zwei Drittel des Landtages. Sie haben die polnischen und ruthenischen Bauern einfach im Wahlkampfe um ihre Vertretung beraubt. Der galizische Landtag zählt 6 Fürsten (davon einer bereits offiziell als schwachsinnig erklärt), 16 Grafen, 1 Baron und 65 gewöhnliche Herren »von«, zusammen 88 Adelige, also um 7 mehr als die absolute Majorität!

Eine dünne soziale Schichte von 2300 Grossgrundbesitzern Galiziens hat also den Landtag vollständig in ihrer Hand, obwohl sie nur den vierzehnten Teil des Landesbudgets aus ihren Mitteln aufbringt.

Diese Klasse macht gegenwärtig eine ökonomische und soziale Krise durch, aus der sie mit jedem Jahre schwächer hervorgehen muss. Sie wird im raschen Tempo ausgekauft. Galizien verliert jährlich 100.000 erwachsene Männer und Frauen, die nach Amerika auswandern. Ebenso gross ist die Zahl der »Sachsengänger«, die bis nach Schweden und Dänemark wandern, um »ein grösseres Stück Brot« auf dieser Welt zu erhaschen. Diese Massenauswanderung führt zunächst auf dem Lande Arbeitermangel und dann die Erhöhung der bisher furchtbar niedrigen Arbeitslöhne herbei. Die Betriebsweise des Grossgrundbesitzes muss daher im wachsenden Grade intensiv werden und dazu fehlt es ihm fast an allem.

Den Bauern aber bringt die Auswanderung Millionen Kronen nach Galizien zurück und da das Land keine nennenswerte Industrie besitzt, so kaufen die Bauern herrschaftliche Güter massenhaft im Wege der Parzellierung auf. »Güterschlächter« sind — besonders in Westgalizien — sehr eifrig am Werke und der mittlere und kleinere Grossgrundbesitz schmilzt mit jedem Jahre mehr zusammen. Auf dem flachen Lande verbleibt der Bauer — es entsteht vor unseren Augen eine Schichte des Mittelbauers — und der Latifundienbesitzer. Der eigentliche politische und soziale Kern der Schlachzizenklasse schwindet immer rascher hin.

Der Grossgrundbesitz nennt in Westgalizien nur noch 18 Prozent des Bodens sein Eigen. Die wirtschaftliche Macht des polnischen Bauers steigt immer höher, was auch politisch seinen Ausdruck sucht.

Im Osten sind die ruthenischen Bauern noch immer die bedrückteste Klasse Oesterreichs, aber auch ihnen ist die Kraft erstanden, die sie wenigstens national verteidigt. Die Parlamentsreform hat den Ruthenen »sichere« Wahlbezirke verschafft und zum erstenmal seit langer, langer Zeit hat der ruthenische Bauer einen Ruthenen gewählt unter Umständen, wo der Bauer die gesetzlich gesicherte Majorität besass. Den ruthenischen Parlamentariern, die das neue Wahlgesetz etwas scheel und pessimistisch angesehen hatten, fehlte jede Ahnung dessen, was die Wahlreform den Ruthenen eigentlich bringt. Die Ruthenen konnten siegen, konnten sichere Mandate haben, sie »fühlten sich« ganz anders als früher!

Was hat das mit dem galizischen Landtag zu tun?

Das Reichsratswahlrecht hat den Landtag unterhöhlt. Das sind eben die wichtigsten Argumente für die Wahlreform zum Landtag, Argumente selbst für die verstocktesten Reaktionäre des Landtages. Sie sehen jetzt klar, dass sich die Bauern — im Westen ebenso wie im Osten — von der politischen Hörigkeit emanzipieren, dass in den kommenden Landtagswahlen die Bauernkurie lauter Volksparteiler (Polen) oder ukrainische Demokraten (Ruthenen), vielleicht hie und da auch Sozialdemokraten wählen wird.

Es kann also die Opposition, die eine ziemlich weitgehende und ehrliche Wahlreform will, ruhig warten. Die Städte- und Landgemeindenkurie ist für die Konservativen sicher verloren. Das allgemeine Wahlrecht zum Wiener Parlament hat die Stancyken automatisch auch im galizischen Landtag bedroht

Auf diese Weise wurden die Schlachzizen »Wahlreformagitatoren« und brüten jetzt nach berüchtigtem Muster in einem Subkomitee über einer Landtagswahlreform.

Die galizische Opposition will ehrlich eine weitgehende Wahlreform. Die Gründe ihres Wollens sind ziemlich mannigfaltig. Für die Nationaldemokraten und Volksparteiler spielt darin die Parteipolitik eine grosse, unmittelbare Rolle; beide Parteien hoffen auf eine grössere Anzahl von Mandaten.

Ich lasse aber diese Parteirechenexempel vollständig beiseite und will hier die prinzipiellen Gründe, die für die weiteste Landtagswahlreform sprechen, ins Auge fassen.

Galizien ist das grösste Kronland Oesterreichs. Geschichtlich, wirtschaftlich, kulturell und national war und ist Galizien Westösterreich fremd. Niemals war zum Beispiel Wien für Galizien ein Kulturzentrum. Beide Nationen, die hier wohnen, sind nur kleine Teile ihres Nationsganzen, das ausserhalb der Staatsgrenzen lebt.

An eine innige Annäherung Galiziens an das Leben Westösterreichs ist jetzt und in naher Zukunft nicht zu denken. Dazu ist Galizien ein Agrarland, das nach Industrialisierung lechzt, und es lässt sich nicht leugnen, dass die Anfänge der galizischen Industrie nur in schwerem Kampfe gegen die grosse und mächtige Industrie Westösterreichs sich behaupten können. Die Kartelle aber verschärfen noch diesen Kampf zu Ungunsten des Landes.

Galizien führt keine Waren, sondern nur Menschen aus und sein Zustand verschlechtert sich so im Vergleich zu den Industrieländern Oesterreichs.

Im österreichischen Parlament aber können zurzeit nicht alle wichtigen Interessenkämpfe des Landes ausgekämpft werden. Das Wiener Parlament war bis nun die historische Kampfstätte, wo Deutsche und Tschechen ihren endlosen Kampf kämpften, die Polen — abgesehen natürlich von der schlechten Qualität ihrer »Vertreter« — hatten hier niemals jene Bewegungsfreiheit, die sie brauchten.

Jahrzehnte sind vergangen und Galizien ist ein »armes« Land geblieben, dem eine moderne Industrie noch immer fehlt; auf dem Lande die Bauernmassen, in den Städten das Kleingewerbe und die Bureaukratie; — man erstickt in dieser Atmosphäre!

Und ein solches Land in den Händen einer bankerottierenden Grossgrundbesitzerklasse, die die Fabriken hasst, weil sie die armseligen Löhne der Landarbeiter steigern könnten

Die städtische und bäuerliche Opposition muss aus dem Landtag ein Werkzeug der Industrialisierung des Landes machen, niemand will länger die stupide Wirtschaft der Schlachzizen dulden.

Für die Polen ist der galizische Landtag, in dem sie die entscheidende Majorität haben, als nationale Repräsentanz wertvoll. Die konservative Schlachzizenpartei versteht diese nationale Politik schon lange nicht mehr. Ihre Politik war seit 30 Jahren nur dynastisch und sonst national völlig indifferent. Diese Politik kann nicht länger dauern. Denn die Rückständigkeit, ja Volksfeindlichkeit des galizischen Landtages schädigt die Polen national in eminenten Weise. Ein aus dem Volke hervorgehender galizischer Landtag, eine moderne Verwaltung in Galizien würde ganz anders auf das übrige Polen wirken als der jetzige. Ein schlesischer Pole zum Beispiel würde sich heute für den Vorschlag der nationalen Einigung mit seinen galizischen Brüdern schön bedanken. Die berühmte galizische Verwaltung wirkt gewiss nicht anziehend

Nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes zum Parlament muss eine Körperschaft, wie sie der galizische Landtag in der politischen Ideologie der galizischen Opposition darstellt, auf mindestens ebenso breiter Grundlage basieren, sonst verliert sie den Einfluss und die Bedeutung. Dieser Satz beginnt herrschende Meinung im Lande zu werden.

Wer aber auf die Nachgiebigkeit der Landtagsmajorität in nächster Zeit rechnet, täuscht sich schwer. Diese Majorität muss eine Reform machen, aber sie wird sie vorläufig in ihrem Interesse machen. Sie bekämpft nicht mehr das allgemeine Wahlrecht. Nein — das ist nicht mehr modern! Aber sie hat sich neben dem allgemeinen Wahlrecht noch das berühmte »Berufswahlrecht« ausgedacht, das die »organische« Zusammensetzung der Gesellschaft ausdrücken soll. Alle Projekte der Reaktionäre spielen mit diesem Schlagwort von der »Berufsvertretung«. Man will zum Beispiel 102 Mandate dem allgemeinen Wahlrecht geben, aber 114 den »Berufen«, unter denen sich Handwerker, Kaufleute, Aerzte, Notare (!), Universitäten etc. befinden, nicht zu vergessen natürlich des Grossgrundbesitzes, der ein so wichtiger »Beruf« ist, dass er die Hälfte aller »beruflichen« Mandate bekommen soll. Mit Hilfe der österreichischen Regierung kann irgend ein ähnliches Projekt glücklich zum Gesetz erhoben werden.

Aber so ein kurioser Landtag wird keine Ruhe haben; die »berutlichen« oder privilegierten Abgeordneten werden angesichts der wirklichen Abgeordneten des

allgemeinen Wahlrechtes bald politisch entwertet sein. Der Kampf wird so lange nicht ruhen, bis der Landtag aus dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht hervorgeht.

Und das ist auch die Losung der Sozialdemokratie, die am 23. Oktober 1905 den Kampf um das allgemeine und gleiche Landtagswahlrecht mit einer imposanten Massendemonstration in Lemberg eröffnet hat und seit dieser Zeit unermüdlich die lebhafteste Agitation führt.

Der Landtag, der von der Grundlage des allgemeinen und gleichen Rechtes abweicht, wird bald aufhören, eine politische Körperschaft zu sein. Er wird sich selbst ausschalten aus den künftigen Kämpfen, die zur »Konstituierung« Oesterreichs notwendig und unumgänglich sind. Wenn der Landtag Galiziens, genau so wie die übrigen Landtage, die jetzige Gelegenheit versäumen wird, im Volke Wurzel zu fassen, so wird sich die nationale Bewegung über die Köpfe der Landtagsmajoritäten Bahn brechen müssen. Der auf Privilegien aufgebaute Landtag wird mit jedem Jahre machtloser werden, bis einmal die Nation sich einen neuen, schon auf andere Grundlagen gestellten Landtag oder »Nationalrat« schaffen wird.

Das allgemeine Wahlrecht des Parlaments muss die politischen Verhältnisse so gründlich revolutionieren, dass die Landtage ihre Privilegien nicht lange werden behaupten können.

Indessen wird der Kampf um den Landtag in Galizien noch durch die nationalen Kämpfe der Ruthenen mit den Polen kompliziert. Ueber diese Kämpfe werde ich in einer der nächsten Nummern des »Kampfes« berichten.

Otto Bauer: Oesterreichs Wirtschaftspolitik und der Dualismus

Die Einheit des österreichisch-ungarischen Zollgebietes ist durch die internationalen Handelsverträge bis zum Jahre 1917 gesichert, in welche Rechtsform immer sie auch gekleidet werden mag. So wichtig die Fragen auch sind, die durch die Ausgleichsgesetze geregelt werden sollen, an dem wichtigsten Teile unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu Ungarn kann der neue Ausgleich nichts ändern.

Die Parteien, die die Regierung vor ihren Karren gespannt hat, wollen jedes Zugeständnis an Ungarn mit dem heuchlerischen Vorwande rechtfertigen, dass die Einheit des Wirtschaftsgebietes dieses Opfer heische. Aber die Einheit des Zollgebietes ist bis zum Jahre 1917 gesichert — sie braucht diesmal nicht mit schweren Opfern erkauf zu werden. Gerade diesen Ausgleich können wir nüchtern prüfen auf seine Bedeutung für unsere Staatsfinanzen und unser Steuerwesen, unser Verkehrswesen und unsere Währung — die Einheit des Zollgebietes steht jetzt nicht in Frage. Sollen wir Ungarn Opfer bringen, damit die volksfeindliche Koalition sich leichter im Besitze der Macht behauptet? Sollen wir Ungarn Subsidien zahlen, damit es sich besser zum Vernichtungskampfe gegen unsere Industrie wappnen kann?

Aber die Bedeutung der Einheit des Wirtschaftsgebietes für die ganze Gestaltung und Entwicklung unserer Volkswirtschaft ist so gross, dass von ihr auch bei der Beratung der neuen Ausgleichsgesetze immer wieder die Rede sein wird, obwohl ihr Fortbestand, durch internationale Verträge gesichert, für die nächsten zehn Jahre nicht ernsthaft angefochten werden kann und von der parlamentarischen Erledigung des Ausgleichs unabhängig ist. Niemand wird der Frage ausweichen können, welche Pflichten uns die Erkenntnis auferlegt, dass dieser Ausgleich von den herrschenden Klassen Ungarns nur als Vorbereitung zur Trennung des Zollgebietes abgeschlossen, als letzte Phase der Entwicklung des ungarischen Staates zu voller wirtschaftlicher Selbständigkeit betrachtet wird.

Was die Einheit des Wirtschaftsgebietes für Oesterreich bedeutet, zeigen uns recht anschaulich die im zwischenverkehrsstatistischen Amte des Handelsministeriums gearbeiteten Tabellen über den »Aussenhandel und Zwischenverkehr der

im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder und der Länder der ungarischen Krone«. Aus den Daten der Statistik des auswärtigen Handels des österreichisch-ungarischen Zollgebietes, aus der österreichischen Zwischenverkehrsstatistik und der ungarischen Warenverkehrsstatistik wurde da zum erstenmal der gesamte auswärtige Handel der westlichen Reichshälfte — sowohl mit Ungarn als auch mit dem Zollausland — berechnet. So erhalten wir ein zwar nicht im einzelnen genaues, aber doch im ganzen gewiss zutreffendes Bild der Verflechtung Oesterreichs in den internationalen Warenaustausch.* Dieses Bild berichtigt eine ganze Reihe landläufiger Irrtümer.

Wir sind gewohnt, darüber zu klagen, dass unsere Warenausfuhr so viel kleiner ist als die der grösseren und wirtschaftlich fortgeschritteneren kapitalistischen Staaten. Aber wenn auch der Export des österreichisch-ungarischen Zollgebietes in das Zollausland verhältnismässig gering ist, so ist doch die westliche Reichshälfte ein nicht unbedeutender Exportstaat. Im Jahre 1905 hat Oesterreich Waren im Werte von 3017·5 Millionen Kronen nach Ungarn und in das Zollausland ausgeführt. Der Export des Deutschen Reiches betrug in demselben Jahre 6743·2 Millionen Kronen.** Auf den Kopf der Bevölkerung entfiel in Oesterreich eine Warenausfuhr von K 110·77, im Deutschen Reiche von K 111·26. Beachten wir, dass im Deutschen Reiche ein weit grösserer Teil der Bevölkerung in der Industrie beschäftigt ist als in Oesterreich, dass ein grosser Teil unseres Landvolkes im Osten und Süden des Reiches noch überwiegend Güter nur für den Eigenbedarf des Haushaltes produziert und an der Warenerzeugung nur sehr geringen Anteil hat, so dürfen wir wohl behaupten, dass der Export für das Wirtschaftsleben unserer warenproduzierenden Bevölkerung nicht geringere Bedeutung hat als für ein so hochentwickeltes Wirtschaftsgebiet, wie das Deutsche Reich es ist. Diese Tatsache ist keineswegs überraschend. Sie ist zurückzuführen auf unsere Verschuldung: wir liefern einen Teil des Mehrwertes, den Oesterreichs Arbeiter erzeugen, in Gestalt von Waren an unsere ausländischen Gläubiger; sie hängt mit der Kleinheit unseres Wirtschaftsgebietes zusammen: je kleiner ein Wirtschaftsgebiet ist, desto mehr ist es — unter sonst gleichen Umständen — auf den Warenaustausch mit dem Auslande angewiesen; sie hat ihre Ursache endlich in der Tatsache, dass wir im Osten ein Absatzgebiet haben, das nicht durch Zölle gegen uns abgesperrt ist.

Den grössten Teil unseres Exports bildet aber die Ausfuhr von Fabrikaten. Im Jahre 1905 haben wir ausgeführt:

	in Tausenden von Kronen
Rohstoffe	850.026
Halbfabrikate	385.351
Ganzfabrikate	1.782.112

Von den aus Oesterreich exportierten Waren findet nun ein grosser Teil — von den Fabrikaten ein grösserer Teil als von den Rohstoffen — seinen Absatz in Ungarn. Im Jahre 1905 betrug unsere Ausfuhr nach Ungarn:

	Wert in Tausenden Kronen	in Prozenten der gesamten Ausfuhr
Rohstoffe	103.250	12·1
Halbfabrikate	118.703	30·8
Ganzfabrikate	781.275	43·8

Ungarn ist das wichtigste Absatzgebiet für unseren Export, es ist vor allem der wichtigste Markt für unsere Industrieprodukte.

Die grösste Bedeutung hat der ungarische Markt für unsere Baumwollindustrie. Oesterreich hat im Jahre 1905 rohe Baumwolle, Baumwollabfälle und Baumwollgarn im Werte von 217·6 Millionen Kronen eingeführt, dagegen Baumwollgarn im Werte von 25·7 Millionen Kronen und Baumwollwaren im Werte von

* Der Aussenhandel Bosniens und der Herzegowina ist hierbei in den Anteil Oesterreichs eingerechnet. Die Berechnungen liegen uns für die Jahre 1901 bis 1905 vor. Ausserdem wurden im folgenden die Daten der reichsdeutschen Aussenhandelsstatistik und das Statistische Jahrbuch des k. k. Ackerbauministeriums benützt. Die Bevölkerungszahl wurde für das Deutsche Reich mit 60,605,183 (Volkszählung vom 1. Dezember 1905), für Oesterreich mit 27,240,797 (berechnete Bevölkerung am 31. Dezember 1904) eingesetzt.

** Bei beiden Staaten ist der Export von Edelmetallen und Münzen hierbei nicht eingerechnet.

177 Millionen Kronen nach Ungarn ausgeführt. Das Deutsche Reich hat in demselben Jahre Baumwolle, Baumwollabfälle und Baumwollgarn im Werte von 499·3 Millionen Mark eingeführt, dagegen insgesamt Baumwollgarn im Werte von 34·1 Millionen Mark und Baumwollwaren im Werte von 376·9 Millionen Mark ausgeführt. Der Wert des österreichischen Baumwollwarenxports nach Ungarn allein beträgt 93·15 Prozent des Wertes des eingeführten Rohstoffes, der Wert der gesamten reichsdeutschen Baumwollwarenausfuhr nur 82·31 Prozent des Wertes des importierten Rohstoffes.

Insgesamt beträgt unser Export nach Ungarn in

	in Tausenden Kronen	in Prozenten der gesamten Ausfuhr
Baumwollgarn	25.661	72·4
Baumwollwaren	177.025	70·2

Aehnliche Verhältnisse bestehen auch in einer Reihe von anderen Industrien.

	Ausfuhr nach Ungarn	
	in Tausenden Kronen	in Prozenten der gesamten Ausfuhr
Leinenwaren	15.785	43·3
Seilerwaren	2.690	54·1
Wollwaren	107.248	63·5
Seidenwaren	34.790	68·4
Kleidung, Wäsche, Putzwaren . . .	64.337	51·3
Leder, Lederwaren	62.592	48·8
Steinwaren	8.184	52·0
Eisen, Eisenwaren	52.792	41·3
Maschinen, Maschinenbestandteile . .	43.231	64·4
Chemische Produkte	15.859	44·5

Wohl dürfte sich in den letzten beiden Jahren, für die uns die Berechnung des Anteils der westlichen Reichshälfte an dem Aussenhandel des Zollgebietes noch nicht vorliegt, das Verhältnis etwas verändert, der Anteil unseres Exports nach Ungarn an unserer gesamten Ausfuhr etwas verringert haben, aber wir dürfen nicht vergessen, dass die Eroberungen, die wir in den letzten Jahren auf dem Weltmarkt gemacht haben, nur eine Folge der Hochkonjunktur in den höher entwickelten Wirtschaftsgebieten sind und zum Teil wieder verloren gehen werden, sobald der innere Markt in Deutschland, England, Belgien, Italien die über das normale Mass gesteigerte Aufnahmefähigkeit wieder einbüsst und die Konkurrenz auf dem Weltmarkt wieder stärker einsetzt.

Um den kleinsten freien Markt ringen heute zähe und hartnäckig die grössten und mächtigsten Staaten. Canada begünstigt die britische Einfuhr gegenüber der deutschen — und Europa zittert vor einem Weltkrieg zwischen Britannien und dem Deutschen Reich. Deutschland fürchtet, vom marokkanischen Markte ausgeschlossen zu werden — und stundenlang bleiben in Frankreich die wichtigsten Telegraphenlinien für den Privatverkehr gesperrt, um, wenn nötig, die Mobilisationsorder befördern zu können. Für uns aber steht ein Markt in Frage, der, auf den Kopf der Bevölkerung des Ausfuhrlandes berechnet, fast doppelt so viel von unseren Waren abnimmt wie der britische Markt von den Industrieprodukten Deutschlands — und wir reden davon mit beneidenswertem Gleichmut wie von einer Sache, die nur die Staatsrechtslehrer und die Berufspolitiker angeht!

Denn dass die Errichtung einer Zolllinie zwischen Oesterreich und Ungarn den Export unserer Industrieprodukte ernsthaft gefährden würde, kann niemand bestreiten. Ungarische Industriezölle würden zunächst die Preise unserer Waren auf dem ungarischen Markte um einen Teil des Zollbetrages erhöhen. Diese Preissteigerung würde vier Reihen von Wirkungen auslösen. Sie würde erstens die Aufnahmefähigkeit des ungarischen Marktes überhaupt verringern; da unsere Baumwollgewebe in Ungarn teurer würden, könnte uns der ungarische Bauer weniger Waren abnehmen als bisher. Die Preissteigerung würde zweitens die Konkurrenzfähigkeit der ungarischen Industrie gegenüber der unseren erhöhen; die ungarischen Fabrikanten würden unserer Industrie mit mehr Aussicht auf Erfolg den Markt streitig machen. Dies hätte zur Folge, dass österreichisches Kapital lieber in Ungarn als in Oesterreich Anlage suchen würde; die dritte Folge der Trennung des Zollgebietes wäre

also die Förderung des Kapitalexportes nach Ungarn. Das Wachstum der österreichischen Industrie würde dadurch verlangsamt, das nach Ungarn abfliessende Kapital ginge dem österreichischen Arbeitsmarkte verloren. Endlich würde viertens der ausländischen Industrie der Wettbewerb mit der unseren auf dem ungarischen Markte erleichtert. Im Falle eines Zollkrieges mit Ungarn, ja selbst im Falle eines Handelsvertrages, der uns auf den Genuss der Meistbegünstigung beschränkt, also den anderen Staaten gleichstellt, würden wir gewiss einen Teil des ungarischen Marktes an Deutschland und England, die billiger produzieren als wir, an Italien, das seine Waren auf dem kurzen und billigen Seeweg nach Fiume werfen kann, verlieren. Und selbst wenn wir mit Ungarn ein einheitliches Wirtschaftsgebiet nach aussen bilden würden, das nur im Innern durch eine Zwischenzolllinie in zwei (oder drei) Teile geteilt würde, wäre die Konkurrenz des Auslandes auf dem ungarischen Markte für uns um so gefährlicher, je höher die Zwischenzölle und je geringer die Spannung zwischen dem Auslandszoll und dem Zwischenzoll wäre.

Gewiss würde unsere Industrie den ungarischen Markt nicht mit einem Schlage und niemals zur Gänze verlieren. Die ungarische Industrie wird sich gewiss nur allmählich entwickeln können. Ungarn fehlt es an Kapital: aber die Zolltrennung wird den Zinsfuss und die Rate des Unternehmergewinns in Ungarn erhöhen, in Oesterreich senken, sie wird dem Kapital in Ungarn neue Anlagesphären erschliessen, in Oesterreich die Möglichkeiten gewinnbringender Anlage beschränken; kann man daran zweifeln, dass die Pester Banken, die Ableger der Wiener Bankinstitute sind, das nötige Kapital zum Ausbau der ungarischen Industrie aufbringen würden? Wohl fehlt es Ungarn auch an geschulten Arbeitskräften. Aber diesen Mangel hat bisher jedes Land, hat auch Oesterreich vor ein paar Jahrzehnten zu überwinden gewusst. Ungarn wird sich eine geschulte Arbeiterschaft um so leichter erziehen können, als der Prozess der Ersetzung gelernter Arbeiter durch angelernte oder ungelernete in der modernen Industrie bereits weit fortgeschritten ist. Und wenn die Arbeitsleistung dieser Arbeiter auch geringer sein wird als die ihrer österreichischen Kollegen, so werden die ungarischen Unternehmer doch darin Entschädigung finden, dass diese armen, kulturlosen Menschen eine grössere Ausbeutung, niedrigere Löhne bei längerer Arbeitszeit ertragen als die österreichischen Industriearbeiter. Auch hat jede neue Industrie den grossen Vorteil, dass sie die neuesten Maschinen, die modernsten Verfabrungsweisen in ihren Dienst stellen kann, während der Produktionsapparat ihrer älteren Konkurrenten stets zum grossen Teile veraltet ist; dieser wichtige Vorteil, der zu den grossen Erfolgen der deutschen und amerikanischen Industrie im Kampfe gegen die englische so viel beigetragen hat, wird auch der ungarischen Industrie den Kampf gegen die österreichische Konkurrenz gewiss erleichtern. Schon in den letzten Jahren hatte die ungarische Industriepolitik beträchtliche Erfolge zu verzeichnen; * die Zolltrennung gibt ihr die wichtigste Waffe in die Hand. Und wenn es auch richtig ist, dass die Industrialisierung eines Landes seinen Warenverkehr mit dem Ausland nicht notwendig beschränken muss, so trifft dies doch natürlich nicht zu, wenn gerade die Hemmung des Warenaustausches mit den Nachbarländern als Mittel zur Industrialisierung benützt wird.

Auch die ausländische Konkurrenz wird uns den ungarischen Markt gewiss nicht gänzlich rauben können. Wir können Ungarn den Warenverkehr mit dem Auslande durch tarifpolitische Massnahmen erschweren; aber man vergesse nicht, dass Ungarn bei Fiume an Italien, durch die Donau, die völkerrechtlich ein freier Strom ist, an das Schwarze Meer und bei Passau an das Deutsche Reich grenzt. Wir kennen den ungarischen Markt besser als unsere ausländischen Konkurrenten; aber in der kapitalistischen Gesellschaft ist auch die persönliche Kenntnis, auch die individuelle Erfahrung käuflich. Der Handlungsreisende, der heute österreichische

* In den Jahren 1897 bis 1906 wurden in Ungarn 321 Aktienbanken mit einem Aktienkapital von 70 Millionen Kronen, 491 industrielle Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 300 Millionen Kronen, 66 Kleinbahnen und Schifffahrtsgesellschaften mit einem Aktienkapital von 273 Millionen Kronen gegründet. In den Jahren 1890 bis 1905 erhielten 693 Fabriken staatliche Begünstigungen; von ihnen sind 100 = 14 Prozent ausser Betrieb, die übrigen 593 Fabriken beschäftigen 68.361 Arbeiter. »Volkswirtschaftliche Mitteilungen aus Ungarn«, I. Jahrgang, 1. Heft, und II. Jahrgang, 1. Heft.

Waren in Ungarn vertreibt, wird seine Beredsamkeit um guten Lohn auch in den Dienst deutscher, englischer oder italienischer Fabrikanten stellen.

Wir werden gewiss auch im schwersten Konkurrenzkampfe einen Teil des ungarischen Absatzgebietes behaupten; aber wir werden nicht minder gewiss infolge der Zolltrennung einen Teil unseres Exports nach Ungarn verlieren. Wie gross dieser Teil sein wird, hängt von den konkreten Bedingungen der Zolltrennung ab. Ein Zollkrieg mit Ungarn würde eine schwere Krise unserer Industrie herbeiführen; in jedem Falle aber befällt unsere industrielle Produktion im Augenblicke der Zolltrennung eine schwere Depression. Für die Arbeiter Oesterreichs bedeutet die Trennung des Wirtschaftsgebietes, die Verringerung unseres Absatzes in Ungarn und die Auswanderung unseres Kapitals nach der anderen Reichshälfte zweierlei: erstens eine Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt, die Vermehrung der Arbeitslosigkeit und die Erschwerung des gewerkschaftlichen Kampfes, zweitens die Verlangsamung unserer industriellen Entwicklung, also auch des Wachstums der industriellen Arbeiterschaft und ihrer Macht und Bedeutung im sozialen und politischen Leben.

Wir sind gegen Ungarn nicht wehrlos. Die ungarische Landwirtschaft ist auf den österreichischen Markt in noch höherem Grade angewiesen als die österreichische Industrie auf das ungarische Absatzgebiet. Durch Agrarzölle gegen Ungarn könnten wir die ungarische Volkswirtschaft schwer treffen. Und die österreichischen Agrarier, die heute, unbekümmert um die Lebensinteressen der österreichischen Industrie, die wirtschaftliche Trennung von Ungarn fordern, werden im Augenblicke der Zolltrennung gewiss plötzlich von tiefstem Mitleid für die Leiden der gewerblichen Bevölkerung erfüllt sein und verlangen, dass wir die Schädigung unserer Industrie durch hohe Agrarzölle gegen Ungarn rächen. Sie wissen wohl, warum! Aber die Anwendung dieser Waffe würde uns selbst am meisten schädigen und die Leiden unserer Arbeiterklasse ins Unerträgliche steigern.

Die österreichische Landwirtschaft ist nicht imstande, den Getreidebedarf unserer Bevölkerung zu decken. Im Jahre 1905 betrug die Roggen- und Weizenernte in Oesterreich 39,781.334 Meterzentner. Von dieser Ernte muss aber ein Teil als Saatgut, ein anderer Teil als Viehfutter verwendet werden. Nehmen wir an, dass 2 Meterzentner für jeden Hektar der mit Getreide bebauten Fläche als Saatgut verwendet und dass 25 Prozent der Roggenernte verfüttert werden und sehen wir selbst von der Tatsache ab, dass doch auch ein, wenn auch bedeutend kleinerer Teil der Weizenernte als Viehfutter Verwendung findet, so werden doch mindestens 12,434.330 Meterzentner Roggen und Weizen dem menschlichen Konsum entzogen. Der Reinertrag der Roggen- und Weizenernte betrug also höchstens 27,353.004 Meterzentner, das sind 100.41 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung.*

Dieser Ertrag der heimischen Landwirtschaft reicht bei weitem nicht zu, unsere Bevölkerung zu ernähren. Wir müssen daher alljährlich grosse Mengen Getreide aus Ungarn und aus dem Zollaussland nach Oesterreich einführen. Der Ueberschuss unserer Roggen- und Weizeneinfuhr über die Ausfuhr betrug im Jahre 1905 8,120.823 Meterzentner. Ausserdem haben wir aber noch um 5,965.621 Meterzentner mehr Mehl eingeführt, als wir in demselben Jahre ausgeführt haben. Nehmen wir an, dass 100 Kilogramm Getreide eine Ausbeute von 70 Kilogramm Mehl ergeben, so kommt dieser Einfuhrüberschuss in Mehl einer Mehreinfuhr von 8,522.316 Meterzentnern Getreide gleich. Zählen wir diese Summe zu dem Einfuhrüberschuss in unvermahlenem Roggen und Weizen hinzu, so kommen wir zu dem Ergebnis, dass Oesterreich im Jahre 1905 um 16,643.139 Meterzentner Roggen und Weizen (roh und vermahlen) mehr eingeführt hat, als es ausführen konnte. Wir decken also unseren Bedarf an Brotgetreide in folgender Weise:

	Meterzentner
Reinertrag der Roggen- und Weizenernte	27,353.004
Einfuhrüberschuss in Roggen und Weizen, roh und vermahlen . . .	16,643.139
Konsum von Brotgetreide . .	43,996.143

* Im Jahresdurchschnitt 1896 bis 1905 betrug der Bruttoertrag der Roggen- und Weizenernte 32,539.800 Meterzentner, nach Abzug von 25 Prozent der Roggenernte als Viehfutter und 2 Meterzentner per Hektar Anbaufläche als Saatgut verbleiben als Reinertrag 21,726.958 Meterzentner, das sind 83 Kilogramm auf den Kopf der mittleren Bevölkerung.

Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet:

	Kilogramm
Eigener Erntereinertrag	100·41
Einfuhrüberschuss	61·10
Konsum	161·51

Welche Bedeutung diese Zahlen haben, werden wir sofort erkennen, wenn wir sie mit den entsprechenden Angaben für das Deutsche Reich vergleichen. Im Deutschen Reiche betrug im Jahre 1905 die Roggen- und Weizenernte 133,067.090 Meterzentner, nach Abzug von 2 Meterzentnern per Hektar Anbaufläche als Saatkorn und 25 Prozent der Roggenernte als Viehfutter 92,904.602 Meterzentner. Der Einfuhrüberschuss in Roggen und Weizen betrug 23,751.740 Meterzentner. Dagegen führt das Deutsche Reich — im Gegensatze zu Oesterreich — mehr Getreidemehl aus, als es importiert. Im Jahre 1905 betrug der Ausfuhrüberschuss in Roggen- und Weizenmehl 1,775.720 Meterzentner, was bei Annahme einer 70 prozentigen Ausbeute einer Ausfuhr von 2,536.740 Meterzentnern Getreide gleichkommt. Ziehen wir diese Summe von dem Einfuhrüberschuss des Handelsverkehrs mit unvermahlenem Roggen und Weizen ab, so verbleibt ein Einfuhrüberschuss von 21,215.000 Meterzentnern. Das Deutsche Reich deckt also seinen Bedarf an Brotgetreide in folgender Weise:

	Meterzentner
Reinertrag der Roggen- und Weizenernte	92,904.602
Einfuhrüberschuss in Roggen und Weizen, roh und vermahlen	21,215.000
Konsum	114,119.602

Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet:

	Kilogramm
Reinertrag der eigenen Ernte	153·30
Einfuhrüberschuss	35·00
Konsum	188·30

Vergleichen wir diese Ergebnisse mit den für Oesterreich berechneten, so sehen wir zunächst, dass die österreichische Bevölkerung weit weniger Roggen- und Weizenbrot konsumiert als die reichsdeutsche. Der Reichsdeutsche verzehrt jährlich 188·30 Kilogramm Brotgetreide, der Oesterreicher muss sich mit 161·51 Kilogramm begnügen. Trotz der Unterernährung der österreichischen Bevölkerung müssen wir aber einen weit grösseren Teil unseres Getreidebedarfes durch Einfuhr aus dem Ausland decken als das Deutsche Reich: 37·83 Prozent des österreichischen, dagegen nur 18·59 Prozent des reichsdeutschen Getreidebedarfes werden durch die Zufuhr aus dem Ausland befriedigt. Oesterreich ist also noch in weit höherem Grade ein Agrarimportland als selbst das Deutsche Reich.

Von dem nach Oesterreich importierten Getreide wird nun der grösste Teil aus Ungarn eingeführt. Im Verkehr zwischen Oesterreich und Ungarn betrug unser Einfuhrüberschuss in Roggen und Weizen 7,297.011 Meterzentner, in Mehl 6,098.745 Meterzentner. Rechnen wir diesen Mehlimport wiederum unter Annahme einer 70 prozentigen Ausbeute in Getreideimport um, so kommen wir zu dem Ergebnis, dass Oesterreich insgesamt an rohem und vermahlenem Roggen und Weizen aus Ungarn um 16,009.504 Meterzentner mehr einführt, als es in die andere Reichshälfte exportiert. Oesterreichs Getreideeinfuhrüberschuss im Verkehr mit Ungarn beträgt 58·77 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung, 96·91 Prozent des gesamten österreichischen Einfuhrüberschusses, 36·39 Prozent des gesamten österreichischen Konsums. Auf den Kopf der Bevölkerung des Importlandes berechnet, führt Oesterreich aus Ungarn bedeutend mehr Brotgetreide ein als das Deutsche Reich aus dem ganzen Zollaussland. Von dem Brotbedarf Oesterreichs wird durch die ungarischen Importe allein ein beinahe doppelt so grosser Teil gedeckt als von dem Brotbedarf des Deutschen Reiches durch die Einfuhr aus dem ganzen Zollaussland.

Daraus folgt, dass ein österreichischer Getreidezoll gegen Ungarn den österreichischen Brotkonsumenten weit schwerer belasten würde, als selbst der reichsdeutsche Brotkonsum durch die Getreidezölle belastet wird. Wenn wir auf ungarische Industriezölle gegen Oesterreich mit österreichischen Getreidezöllen gegen Ungarn antworten würden, so würden wir die ungarische Landwirtschaft freilich empfindlich schädigen,

gleichzeitig aber auch den österreichischen Konsumenten eine schier unerträgliche Last auferlegen. Wir hätten dann in einem Zeitpunkt, in dem, wenn nicht eine schwere Krise, so doch gewiss eine schleichende Depression über die österreichische Industrie hereinbricht, auch noch das teuerste Brot in Europa!

Aber nicht nur Brotgetreide, sondern auch die anderen Erzeugnisse der Landwirtschaft und Viehzucht werden in grossen Mengen aus Ungarn eingeführt. Dem Werte nach betrug unsere Einfuhr aus Ungarn im Jahre 1905:

	In Tausenden Kronen	in Prozenten der gesamten Einfuhr nach Oesterreich
Weizen	86.801	92.6
Roggen	37.223	88.7
Gerste	30.155	94.0
Hafer	34.667	81.6
Getreidemehl	157.090	99.8
Schlacht- und Zugvieh	195.045	93.0
Andere Tiere (insbesondere Geflügel, Fische)	18.013	54.8
Fleisch	13.661	81.9

Auch Mais, Gemüse, Obst, Milch, Eier, Felle, Häute, Fettwaren werden in beträchtlichen Mengen aus Ungarn importiert. Agrarzölle gegen Ungarn würden also fast alle Lebensmittel und die wichtigsten Futtermittel und industriellen Rohstoffe verteuern!

Zur Liebe kann man niemanden zwingen. Wenn Ungarn unseren Industrieprodukten seinen Markt versperren will, können wir es daran nicht hindern. Und wenn wir mit hohen Agrarzöllen gegen Ungarn antworten wollten, würden wir nur uns selbst am meisten schädigen. Sind wir also gegen Ungarn wirklich wehrlos?

Wir sind es nicht, wenn wir uns entschliessen, im Augenblicke der Zolltrennung unsere Wirtschaftspolitik gegenüber dem Ausland völlig zu verändern. Zwar darf man nicht glauben, dass es uns gelingen könnte, für den ungarischen Markt vollwertigen Ersatz zu finden, wenn sich unsere Industriellen nur entschliessen, den Export auf den freien Weltmarkt zu »forcieren«. Denn unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt hängt von objektiven Produktionsbedingungen ab, die wir nicht mit einem Schlage verändern können. Unsere Industrie ist von schweren Steuern belastet: darin drückt sich die ganze Entwicklung unserer Staatsfinanzen aus, die selbst das Produkt der ganzen Geschichte unseres Staates ist; wir können unsere Geschichte nicht ungeschehen machen. Ein Gebirgswall trennt unsere Industriegebiete vom Meere: wir können ihn nicht abtragen. Die wirtschaftlichen Fähigkeiten unserer Unternehmer, Kaufleute, Arbeiter sind von dem ganzen Kultur-niveau unserer Bevölkerung abhängig; es zu heben, kann nur der späte Erfolg einer langen Erziehungsarbeit sein. Auf den freien Weltmarkt dürfen wir also nicht allzu grosse Hoffnungen setzen.

Auch das Rezept alldeutscher Phantasten, dass wir in einem Zoll- und Handelsbündnis mit dem Deutschen Reiche für den Verlust des ungarischen Marktes Ersatz suchen sollen, kann die schwere Krankheit nicht heilen, die unserer Volkswirtschaft droht. Soll das Deutsche Reich unsere Industrieprodukte kaufen und uns Korn und Vieh liefern? Und wie könnten wir die wirtschaftliche Einheit mit dem Reiche, die doch auch ein politisches Problem ist, der Krone, den schwarz-gelben Klerikalen, den slawischen Nationen abringen?

Ein ganz anderer Weg steht uns offen, wenn wir die furchtbaren Gefahren verringern wollen, mit denen die Zolltrennung von Ungarn die Lebenshaltung der österreichischen Arbeiterschaft bedroht. Wir müssen den Agrarprodukten unserer östlichen und südlichen Nachbarn — Russlands, Rumäniens, der Balkanstaaten — unsere Grenze öffnen und dafür von diesen Staaten das Recht erkaufen, unsere Industrieprodukte auf ihren Markt zu führen. Nur eine freihändlerische Handelsvertragspolitik mit dem Osten schafft unserer Industrie neuen Absatz und sichert uns zugleich die Zufuhr der Lebensmittel und Rohstoffe, die wir nicht entbehren können. Freihandel nach Osten — das ist die Maxime der Wirtschaftspolitik, die die drohende Möglichkeit der Zolltrennung von Ungarn uns gebieterisch auferlegt.

Indessen stossen wir auf grosse Schwierigkeiten, wenn wir die Möglichkeit

einer solchen Wirtschaftspolitik erwägen. Zunächst wird ja wahrscheinlich die Monarchie auch nach dem Jahre 1917 eine zollpolitische Einheit nach aussen bilden und die Ungarn werden sich mit der Errichtung einer Zwischenzolllinie begnügen. Solange dies der Fall ist, müssen die beiden Reichshälften gleichlautende Handelsverträge mit den anderen Staaten abschliessen; die Ungarn, die stets unseren Warenverkehr mit Russland und den Balkanstaaten einzuschränken bemüht waren, werden unsere Handelsvertragspolitik mitbestimmen. Aber selbst in diesem Falle wäre es von grösster Bedeutung, wenn nur Oesterreich entschlossen eine freihändlerische Umgestaltung unserer Handelsbeziehungen mit dem Osten fordern wollte und die Ungarn unser Verlangen wenigstens teilweise befriedigen müssten, um die günstigere Behandlung des ungarischen Getreides und Viehs an der österreichischen Grenze zu erkaufen. Die Entschlossenheit zu einer freihändlerischen Politik nach Osten würde Oesterreichs Machtstellung in den Vertragsverhandlungen mit Ungarn stärken, würde uns befähigen, uns von den ungarischen Machthabern manches wertvolle Zugeständnis zu erringen.

Heute entbehren wir diesen Vorteil, weil Ungarn sehr wohl weiss, dass die österreichischen Agrarier mächtig genug sind, eine solche Politik zu verhindern. Gelingt es uns nicht, die Uebermacht der Agrarier zu brechen, dann harren schlimme Zeiten unserer gesamten Volkswirtschaft. An dem hoch lodernden Brande, der ein altes Reich verzehrt, wird die agrarische Selbstsucht ihr Süppchen kochen. Sie wird ruhig zusehen, wie Ungarn uns seine Grenzen sperrt — was kümmert es sie, wenn die Löhne sinken und Tausende ihre Arbeitsstelle verlieren? Sie wird Oesterreichs Leib einschnüren mit dem Hungerriemen ihrer Agrarzölle — die Renten der Grundherren steigen ja, wenn die Massen hungern. Sie wird hohnlachend das Verlangen abweisen, durch die Oeffnung unserer Grenzen nach dem Osten und Südosten dem Volke Brot, der Industrie neuen Absatz zu schaffen — aus dem Elend der industriellen Bevölkerung schöpft sie ja wachsenden Gewinn. Die Machtstellung der österreichischen Agrarier macht uns gegen Ungarn wehrlos, lässt uns die Gefahren der Zolltrennung so furchtbar erscheinen, versperrt uns den letzten Ausweg zur Rettung aus arger Bedrängnis. Wollen wir dafür sorgen, dass im Augenblicke der Zolltrennung die Interessen des österreichischen Industrievolkes, die Interessen der Brot- und Fleischkonsumenten nicht missachtet werden, wollen wir durch ein System freihändlerischer Verträge die Fortentwicklung unserer Industrie sicherstellen gegen alle Anschläge der magyarischen Herrenklassen, dann müssen wir die Alleinherrschaft der Agrarier in Oesterreich brechen.

Die Einheit des Wirtschaftsgebietes ist im Augenblicke unbestritten; um ihretwillen brauchen wir jetzt auf kein Recht zu verzichten, keinen Kreuzer zu opfern. Die Erhaltung der wirtschaftlichen Einheit heischt heute kein Opfer von Oesterreich. Die Erkenntnis der Notwendigkeit des einheitlichen Zollgebietes enthebt uns nicht der Pflicht, die staatsfinanziellen und die steuerpolitischen, die verkehrs- und währungspolitischen Interessen Oesterreichs und seiner Völker gegen die anmassenden Wünsche des magyarischen Adels zu verteidigen. Das Zollgebiet ist für die nächsten zehn Jahre gesichert — um seinetwillen brauchen wir heute keinen Kreuzer österreichischen Geldes zu opfern. Eine ganz andere Pflicht erwächst uns aus der Erkenntnis der Grösse der kommenden Gefahren. Wir müssen Oesterreichs Völker zu wirtschaftspolitischem Denken erziehen. Wir müssen zunächst die Arbeiterklasse lehren, ihre ganze Kraft im Kampfe gegen den Rentenhunger übermütiger Agrarier einzusetzen. Wir müssen aber auch dem Bürgertum zeigen, was auf dem Spiele steht — so werden wir den bürgerlichen Parteien, Christlichsozialen und Deutschnationalen vor allem, es unmöglich machen, die Interessen ihrer städtischen Wähler auch in Zukunft den Agrariern zu verkaufen und zu verraten. Wir müssen den Deutschen zeigen, dass die Schädigung unserer Industrie, die Verteuerung aller Lebensmittel keine der österreichischen Nationen so schwer trifft wie die deutsche — wir wollen sehen, ob die deutschnationalen Parteien auch dann noch sich dem Kommando des Herrn Reichsritters von Hohenblum willig unterwerfen werden. Wir müssen das Lügenwort von der agrarischen Interessensolidarität zerfasern. Sollten es unsere Alpenbauern, die Viehzüchter, Holz- und Weinproduzenten sind, wirklich nicht begreifen, dass die Verteuerung der Brotfrüchte und Futtermittel auch

ihre Interessen schwer schädigt?* Ein Werk der Erziehung ist hier zu vollbringen; es stellt unserer Bildungstätigkeit und unseren Organisationen, unserer Agitation und unserer Presse neue Aufgaben. Zehn Jahre sind im Leben der Völker ein kurzer Zeitraum; nutzen wir sie, um die Volksmassen zu lehren, was die Sorge um die Entfaltung unserer wirtschaftlichen Kräfte, um die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, um die kulturelle Entwicklung der Nation von unserer Wirtschaftspolitik fordert! Gelingt uns das neue Erziehungswerk, begreifen die Wähler des gleichen Stimmrechts die grosse Frage, über die sie in wenigen Jahren entscheiden werden, dann braucht uns um die Zukunft nicht bange zu sein.

Adolf Braun: Beruf und Klasse

Die Erweckung des Proletariats zum Klassenbewusstsein schuf einen neuen machtvollen Faktor im politischen und gesellschaftlichen Leben aller Kulturvölker mit dauerndem gemeinsamen Willen. Hierin liegt ein die kapitalistische Produktionsweise kennzeichnendes Moment, für das Vergleichspunkte in früheren Wirtschaftsepochen vollkommen fehlen. Wohl gab es Arbeiterinteressen auch vor dem Zeitalter der kapitalistischen Produktionsweise zu vertreten. Der Sklave träumte von seiner Befreiung und in der Flucht des einzelnen, in den Aufständen der Massen erstrebte er das Ziel, ein freier Mann zu werden. Fremd war ihm aber der Gedanke, die Sklaverei als eine Notwendigkeit anzusehen und durch gemeinsames Handeln das Joch weniger drückend zu machen. Aehnlich war der Kampf der Bauern gegen die Feudalherren. In der geschlossenen Stadtwirtschaft des Mittelalters sehen wir die ersten freien Arbeiter, denen der Gedanke, stets Arbeiter bleiben zu müssen, durch die Politik der Zünfte immer deutlicher zum Bewusstsein gebracht wurde. Wir sehen hier soziale Kämpfe ausbrechen, die aber nur in vereinzelten Fällen die Arbeiter ohne Unterschied des Berufes zusammenführen, die in der Regel bloss zwischen Meistern und Gesellen eines Handwerkes geführt werden und so zu fernen Vorläufern unserer Gewerkschaften werden. Manches heute angewendete Kampfmittel finden wir am Ausgange des Mittelalters auch im alten Augsburg und Nürnberg, in den Städten am Rhein und Main, in Wien und in Prag. So haben die Vorläufer der modernen Gewerkschaftsbewegung den Gedanken des Lohnkampfes und der Machtmittel der Arbeitseinstellung, der Sperre, des von den Arbeitern geführten Arbeitsnachweises späteren Generationen vermacht.

Ausser mit dieser guten Erbschaft musste man noch mit einer bösen rechnen. Die zünftige Abgrenzung der Gewerbe, die auch im Konzessionszeitalter an Starrheit nichts verlor, schuf ein starkes Gemeinschaftsleben nicht bloss unter den Meistern jedes Gewerbes, sondern auch unter den Gesellen. Vielfach war es bei den Abhängigen stärker als bei den Meistern, unter denen gegenseitiges Misstrauen, Eifersüchtelei, Rangstreitigkeiten herrschten, während die Erkenntnis des gemeinsamen Interesses die Gesellen immer mehr beherrschte. So eng oft der Zusammenhang der Gesellen des einzelnen Gewerbes einer Stadt und die Interessengemeinschaft mit den Gesellen anderer Städte und mit den wandernden Burschen desselben Handwerkes war, so hörte das Gefühl der Gemeinsamkeit auf, sobald man an die Schranken des Berufes kam. Niemals, selbst nicht in den vereinzelten Fällen gemeinsamen Handelns fühlte sich der mittelalterliche Arbeiter als Knecht oder Geselle, stets nur als Angehöriger seines Berufes, als Zimmerergeselle, Schneiderknecht, Steinmetz. Wir finden so zum Beispiel bei den Compagnons des französischen Zimmerergewerbes verschiedene Gruppen der Gesellen, die innerhalb jeder Gruppe auf das engste die Solidarität pflegen, aber gegen die Angehörigen der anderen Gruppen die Gefühle unversöhnlicher Feindschaft nicht bloss zur Schau

* Im Jahresdurchschnitt 1896 bis 1905 betrug der Bruttoertrag der Roggen- und Weizen-ernte in den deutschen Alpenländern 2,235.800 Meterzentner. Nach Abzug von Saatgut und Viehfutter verbleibt ein Reinertrag von 1,391.704 Meterzentnern, das ist 48 Kilogramm auf den Kopf der mittleren Bevölkerung, also etwa ein Drittel des durchschnittlichen Konsums. Die deutschen Alpenländer sind Agrarimportländer!

tragen, sondern auch bei jeder Gelegenheit betätigen. Wohl finden wir auch Ansätze von Beziehungen der Gesellen verschiedener Handwerke in der merkwürdigen Einrichtung der verschwägerten Gewerbe, bei denen gesellschaftliche Berührungspunkte und Anteilnahme an den Schicksalen vorhanden sind. Doch diese Ausnahmen ändern nichts an der bis 1848 und nachher bis zur Kräftigung der sozialdemokratischen Bewegung für die Arbeiterschaft kennzeichnenden Erscheinung, dass der Zusammenhang bestimmt bleibt durch die zunftmässige Abgrenzung der Gewerbe.

Sich als Arbeiter zu fühlen, ist eine recht neue Erscheinung. Die kapitalistische Produktionsweise hat mit eiserner Faust in viele Grenzen zwischen den Gewerben breite Breschen geschlagen; mag man sie durch die Novellen zur österreichischen Gewerbeordnung für die Meister, sicherlich nicht zu ihrem Vorteil, noch so künstlich flicken, für die Arbeiter verlieren sie die Bedeutung immer mehr. Die moderne Grossindustrie benötigt Arbeiter verschiedenster Art, die grosse Anzahl ungelernter und angelernter Arbeiter stammen vielfach aus den früher zünftigen Gewerben. Völlig neue Industrien sind entstanden, die für ihren Zweck spezialisierte Arbeiter gar nicht finden konnten, die sie aus anderen Berufen heranziehen mussten. In der Waggonbauanstalt arbeiten neben Formern, Schmieden, Schlossern, Drehern, Graveuren auch Zimmerer, Bildhauer, Tischler, Drechsler, Sattler, Tapezierer, Glaser, Lackierer, Schildermaler und andere. Aber nicht bloss Sattler für die Ledergurten, Tapezierer für die Polsterarbeiten, Glaser für das Fenstereinsetzen, Maler für die Aufschriften, auch Arbeiter anderer Berufe finden sich da. Die grosse Ausdehnung einer modernen Fabrikanlage macht oft eigene Eisenbahnanlagen mit einem selbständigen Fahrpark, mit Lokomotivführern, Heizern, Weichenstellern und anderem Eisenbahnpersonal notwendig. Diese modernen Riesenbetriebe sind in steter Umgestaltung begriffen, sie haben für ihren eigenen Bedarf besondere Baubureaus und beschäftigen in eigener Regie Maurer und andere Bauarbeiter aller Art. Forscht man in dem grossen Heere der ungelerten Arbeiter nach der Beschäftigung in den Jahren zwischen der Entlassung aus der Schule und der Stellung zum Militär, so wird man finden, dass zwischen der gelernten und der in der Waggonfabrik geübten Arbeit keinerlei Beziehung gefunden werden kann. Da findet man Weber und Wirker, Bäcker und Müller, Friseur und Kellner, obgleich nicht die entfernteste Beziehung zwischen dem gelernten Gewerbe und der Beschäftigung zu finden ist. Aber auch für die gelernten Arbeiter lassen sich merkwürdige Umwandlungen feststellen. Der starke Gebrauch an Feinmechanikern in der Elektrizitätsindustrie konnte nur durch Entführung der Uhrmacher und Reisszeugmacher aus ihren Handwerken gedeckt werden. Auch der grosse Bedarf von Mechanikern und Drehern, von Modellschreibern und -drechslern fand in den in diesen Berufen gelernten Gesellen des Handwerks kein genügend grosses Rekrutierungsgebiet. Man musste zu Arbeitern verwandter Berufe greifen. In der Grossbrauerei finden wir neben Brauburschen, Mälzern und Bierfahrern Maurer, Zimmerer, Sattler, Fassbinder, Schmiede, Schlosser, Maschinisten, Heizer als gelernte Arbeiter und eine grosse Anzahl Brauereihilfsarbeiter, die aus mannigfachen, aber ihrer Tätigkeit in der Brauerei fremden Berufen stammen.

So bringt die Grossindustrie Arbeiter verschiedener Berufe zusammen und erfüllt sie mit demselben Interesse, weil sie alle auf gegenseitige Unterstützung angewiesen sind, wenn sie mit Erfolg nach einer Verbesserung ihrer Lebenshaltung und nach einer günstigeren Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen streben. Nicht bloss der Gegensatz zwischen allen Arbeitern und dem einen Unternehmer führt zu dieser Erkenntnis, sondern auch die Beobachtung, dass die Fabrik ein kunstvolles Gebilde mit gegenseitiger Abhängigkeit aller Arbeitsprozesse, mit einem ununterbrochenen Arbeiten für weiterverarbeitende Gruppen von Arbeitern ist, dass noch mehr als die Arbeitsteilung die Arbeitsvereinigung sie kennzeichnet. Dies gilt in ebenso hohem Masse für den Produktionsprozess wie für die sozialen Zusammenhänge unter den Arbeitern des Riesenbetriebes. Wenn es richtig ist — das deutsche Sozialistengesetz hat es uns im besonderen Falle gelehrt — dass eine Vernichtung der Arbeiterorganisation unmöglich ist, weil jede Fabrik die Arbeiter, wenn auch in unvollkommener Weise, organisiert, so muss die Entwicklung des Riesenbetriebes die Grundlagen der gewerkschaftlichen Organisation mitbestimmen und ummodellern.

Wir finden aber in der Gewerkschaftsorganisation die Abgrenzung der Arbeiter nach ihrer Lehre weit mehr berücksichtigt als die tatsächlichen Arbeitsverhältnisse. Wir finden Arbeiter von Berufszweigen selbständig organisiert, die nur Hilfsgewerbe sind und für eine selbständige Existenz keine Zukunft haben dürften, je mehr der Gross- und Riesenbetrieb zum Siege gelangt. In dem industriell sich weit rascher als Oesterreich entwickelnden Deutschen Reiche ist heute kein Boden mehr für besondere Organisationen der Modelltischler und der Giessereiarbeiter. Die starke Fluktuation von Bäckern und Konditoren zwischen den Betrieben beider Gewerbszweige hat zu ihrer Zusammenfassung geführt, die Bierführer haben sich fast vollkommen vom Verbands der Transportarbeiter getrennt und sind im Brauereiarbeiterverbande aufgegangen, weil der Bierführer auf die Dauer mit der Brauerei verknüpft bleibt und nur in Ausnahmefällen eine andere Beschäftigung im Transportgewerbe suchen wird.

So sehen wir in der industriellen Entwicklung einen Faktor, der die berufliche Scheidung der Arbeiter verwischt und in ihnen die Ueberzeugung von der Gemeinsamkeit aller Arbeiterinteressen fördern muss. Immer mehr Arbeiter sehen in der Betriebsgemeinschaft das entscheidende Moment für ihre gewerkschaftlichen Zusammenhänge, nicht aber in der Gemeinsamkeit der Lehre. Je kräftiger die industrielle Entwicklung auch in Oesterreich einsetzen wird, desto stärker wird dieser Gesichtspunkt bestimmend werden für den Aufbau der gewerkschaftlichen Verbände. Die Zusammenfassung der Arbeiter verschiedener Berufe in den nichtgewerkschaftlichen Organisationen, in politischen, genossenschaftlichen, geselligen Vereinigungen erleichtert die Bildung grosser Verbände, wie wir sie im Deutschen Metallarbeiter- und im Deutschen Holzarbeiterverbande kennen, wie sie sich in den Verbänden der Lederarbeiter und der Nahrungsmittelarbeiter und vielleicht auch in dem Kartellvertrage der baugewerblichen Organisationen für das Baugewerbe vorbereiten.

Wir können freilich nicht übersehen, dass diese folgerichtige Entwicklung bisher nur in Deutschland siegreich ist. In dem früheren Musterlande der Gewerkschaftsbewegung, in Grossbritannien, finden wir noch eine starke Zersplitterung der Gewerkschaften in territorialer Beziehung im Bestande zahlreicher lokaler Organisationen wie auch eine weitgehende Scheidung nach Gewerbszweigen. Hier sehen wir eine Nachwirkung der scharfen Trennung der Handwerksgilden. Diese Nachwirkung äussert sich auch in der strengen Unterscheidung der gelernten von den ungelerten Arbeitern, in der hohen Bedeutung, die dem Nachweise der ordentlich erledigten Lehrzeit beigemessen wird, und nicht zuletzt in dem Streben nach Abschliessung durch hohe Eintrittsgelder. Aehnliches wird auch aus den Vereinigten Staaten berichtet, doch sind dort die Beweggründe zum Teil wenigstens andere, vor allem das Streben, die Konkurrenz der Einwanderer zu erschweren. Wir sehen somit, dass für eine im guten Sinne moderne Gewerkschaftsbewegung viel bessere Muster im Deutschen Reiche als in den Gebieten mit älterer Gewerkschaftsbewegung zu suchen sind. Auf den internationalen Gewerkschaftskongressen haben heute die Verbände des Deutschen Reiches unbestritten die Führung. Die meisten internationalen Sekretariate haben nun in Deutschland ihren Sitz.

Wenn die wirtschaftliche Entwicklung auch dahin drängt, den allgemeinen Arbeiterstandpunkt in den Vordergrund zu stellen, so können doch die Gewerkschaften selbst eine Abschliessung gegen die Arbeiter anderer Berufe bilden, womit durchaus nicht gesagt sein soll, dass dies geschieht. Die Gewerkschaften sind ihren Aufgaben nach Organisationen von Berufsgenossen, deren Kreis sehr weit gezogen, aber auch auf ein Mindestmass verengt sein kann. Je grösser die Zahl der Gewerbszweige ist, deren Arbeiter in einer Organisation vereinigt sind, desto mehr muss der Berufsdünkel schwinden, desto weniger ist von den unbewussten Erinnerungen an die zünftlerische Abschliessung zu bemerken. Wenn nur eine geringe Zahl von Mitgliedern, die alle einem Gewerbszweige angehören, eine Gewerkschaft bilden, so werden leicht alte Erinnerungen, oft Absonderlichkeiten, Unterscheidungen in der Tracht und dergleichen gepflegt und oft sitzt ein gewisser Berufsdünkel, der sein Gewerbe für etwas Besseres hält als das anderer Arbeiter, tief in der Gedankenwelt der ebenso eng verknüpften als von anderen Arbeitern streng geschiedenen Gewerksgenossen. Dass diese Erscheinungen nicht völlig ausgestorben sind, weiss jeder Kenner der Gewerkschaften.

Auch ganz moderne Gewerkschaften vermögen in der Tagesarbeit der Organisation nichts anderes zu tun, als ihre ganze Leistungsfähigkeit, ihr Sinnen und Trachten auf die Interessenvertretung der Arbeiter ihres Gewerbszweiges oder ihrer Gewerbsgruppe oder Gewerbsklasse zu konzentrieren. Je besser ausgebildet die Gewerkschaften sind, je einflussreicher sie den Arbeitsmarkt zu beeinflussen vermögen, je tüchtiger sie auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen einwirken können, desto mehr werden sie alle ihre Aufmerksamkeit der Lage des Gewerbes, seinen Entwicklungstendenzen, den Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnissen ihrer Mitglieder, der Zahl der unorganisierten Berufsgenossen zuwenden. Dass dies auch eine Vorbedingung weiterer Erfolge ist, weiss jeder vorurteilslose Beurteiler der Gewerkschaften. Man kann an dem konzentrierten Interesse für die eigenen Berufsangelegenheiten die Tüchtigkeit der Leiter und der Mitglieder einer Gewerkschaft messen. In diesen hochentwickelten Verbänden wird in Werkstätten-, Fabriks- und Branchenversammlungen, in allgemeinen Versammlungen, in den Sitzungen der lokalen und zentralen Vorstände, in den Generalversammlungen fast ausschliesslich von beruflichen Angelegenheiten und nur über sie beschlossen werden. Nicht nur je kleiner der Gewerbszweig, auch je gefestigter die Organisation ist, desto kräftiger wird diese Tendenz ohne jede Absicht der Leiter und der Massen in Erscheinung treten müssen. Es ist dies eine naturgemässe Entwicklung, die manche bittere Beurteilung von den Theoretikern der Arbeiterbewegung gefunden hat. Wie so oft findet man in der Erklärung der Erscheinung den Beweis der Notwendigkeit, die Ueberzeugung, dass der Gang der Entwicklung nicht anders sein kann, dass gerade diese den Gewerkschaften frommt.

Wären die Gewerkschaften nur für sich lebende Körperschaften innerhalb der Arbeiterbewegung, so könnte diese Entwicklung zu einer gefährlichen Zersplitterung der Arbeiterbewegung, zu einer beruflichen Scheidung führen, die schon gewerkschaftliche Gesamtleistungen, noch mehr ein gemeinsames Auftreten der Arbeiterschaft als Klasse erschweren und mit der Zeit unmöglich machen könnte. Aber diese Gefahr besteht nicht. Wir sehen auch in England und in den Vereinigten Staaten das Streben der Arbeiter nach Zusammenfassung ihrer Kräfte als Klasse, älter ist diese Richtung im Deutschen Reiche und am erfreulichsten ausgebildet in Oesterreich. Tief ist den Arbeitern eingegraben die Ueberzeugung von den gemeinsamen Interessen aller Klassengenossen, die ihnen noch höher stehen als die der Berufskollegen. Die Betonung der gemeinsamen Interessen finden die Arbeiter nicht bloss in den beruflich nicht geschiedenen Vereinigungen, also nicht nur in der Sozialdemokratie, in den Genossenschaften, ihren geselligen Vereinigungen, ihren Verbindungen zur Pflege der Kunst, des Naturgenusses, des Turnens, des Gesanges u. s. f., sondern auch in den Gewerkschaften selbst. Die Gewerkschaften verfolgen mit Sympathie und Aufmerksamkeit die Entwicklung der Organisationen anderer Berufsgruppen, sie haben sich lokale und zentrale Organe geschaffen, die ihre gemeinsamen Interessen zu vertreten haben, sie haben gemeinsame Forderungen an die Gesetzgebung, sie können nicht getrennt den Unternehmervereinigungen Widerstand entgegenstellen. Sie haben endlich ihre gemeinsamen Kongresse, in denen die Unterschiede des Berufes in den Hintergrund treten und allgemein gültige Regeln für die Gewerkschaften ganzer Reiche aufgestellt werden.

So wirken die Gewerkschaften nicht als isolierte Körper, sie erscheinen uns als Aeste eines grossen Baumes. Die enge Personalunion aller Zweige der Arbeiterbewegung schafft eine unzerreissbare Verfilzung aller Arbeiterinteressen. Die Führer der Gewerkschaften stehen auch im Vordergrund der politischen und der genossenschaftlichen Arbeiterbewegung, es sind dieselben Massen, welche in den Mitgliederlisten der Gewerkschaften, der politischen und der genossenschaftlichen Arbeiterbewegung stehen. Auf den Parteitag der Sozialdemokratie, auf den Kongressen der Gewerkschaften finden wir die nämlichen Vorkämpfer. So ergeben sich aus unserer Betrachtung zwar Momente stärkerer beruflicher Gliederung innerhalb der Arbeiterbewegung, aber auch die sich immer kräftiger äussernde Tatsache der Gemeinsamkeit aller Arbeiterinteressen. Hierin liegt ihre Kraft und Macht, hier die Gewähr ihres vollen und sicheren Erfolges.

Franz Siegel: Pioniere der modernen Arbeiterbewegung

Das Baugewerbe ist ein Wandergewerbe, in seinem Charakter bestimmt durch den fortwährenden Wechsel der Arbeitsstelle und durch die vom Winter erzwungene Arbeitsruhe. Die sesshaften Bauarbeiter sind den wandernden Elementen gegenüber stark in der Minderheit. Die Mehrzahl dieser Arbeiter stammt aus industriearmen Gegenden mit grossem Ueberfluss an Arbeitskräften. Alle grösseren Städte und Industriegebiete Mitteleuropas haben mit dem Einsetzen der Bautätigkeit zu Beginn des Frühjahres einen gewaltigen Zustrom von Bauarbeitern aus diesen ländlichen Gegenden. So bilden ganz Südböhmen, Südmähren und das Waldviertel eine sehr ergiebige Quelle von Arbeitskräften für das Baugewerbe. Es gibt keinen grösseren Ort in Oesterreich südlich von Budweis, wo man nicht während des Sommers deutsche oder tschechische Maurer aus Südböhmen antreffen würde. Angefangen von Meran und Innsbruck, durch das ganze Alpengebiet bis nach Ungarn hinein, von den Südhängen der Sudeten bis nach Triest findet man diese Wandervögel, im Süden treffen sie mit den nordwärts ziehenden italienischen und windischen Saisonauswanderern zusammen.

Ein zweites gewaltiges Auswanderungsgebiet der Bauarbeiter ist die norditalienische Provinz Udine. Aus den dort zerstreut liegenden armseligen Bergdörfern wandert die ganze männliche Bevölkerung Ende Februar und anfangs März aus, um als Maurer und Bauarbeiter in fast allen Landstrichen Oesterreichs und Deutschlands den Sommer über ihren Erwerb zu finden.

So wirkt das kolossale Aufblühen der Industrie mit seinem Heer von Arbeitern, das wieder ein gewaltiges Gefolge von Beamten, Geschäftsleuten und Händlern nach sich zieht, die alle Arbeitsstätten und Wohnungen brauchen, grosse Massen Arbeitskräfte aus den fernsten Winkeln aufsaugen, die das Baugewerbe dieser Gebiete mit dem Eintritte der schlechten Jahreszeit wieder für den Winter ihrer Heimat zurückgibt. Während die Industriearbeiter in der Regel an ihrer Arbeitsstelle sesshaft sind, dort mit ihrer Familie zusammenwohnen, wurzeln die Bauarbeiter immer in ihrem weit von der Arbeitsstelle entfernten Heimatsorte, zur Sommerszeit unstat wandernd. Die Wirkungen dieser Erscheinungen sind mannigfaltig.

Von einem Familienleben kann nur in einem kurzen Teile des Jahres die Rede sein, da Weib und Kinder im Dorfe verbleiben, während der Mann in der weiten Fremde, oft alle Jahre in einem anderen Orte, den Kampf ums Dasein führt.

Ein in Maurerkreisen gern zitiertes Sprüchlein trifft diese Verhältnisse mit grimmigem Humor:

Dirndl, heirat' kan Maurer,
Du heirat'st in d' Not,
Hast im Sommer kan Mann,
Im Winter ka Brot.

Die Zerstörung der Familie hat leider nicht selten auch eine bedenkliche Lockerung aller Familienbände zur Folge. Der Mann, der drei Viertel des Jahres fern von Weib und Kind weilt, findet leicht eine neue Lebensgefährtin, die Familie des Wanderers erhält mitunter auch Zuwachs, wenn der Mann auch einmal Jahre hindurch nicht nach Hause kommt, wenn ihn lohnende Arbeit auch zur Winterszeit fernhält. So zerstören diese Verhältnisse die Familie und machen die davon Betroffenen nach landläufigen Begriffen nicht selten zu Sündern.

Bei Lohnkämpfen wirkt die Trennung von der Familie für die Bauarbeiter sehr vorteilhaft, hieraus erklärt sich zum Teil die Streiklust des leicht beweglichen, weil an den Arbeitsort durch nichts gebundenen Bauarbeiters. Rasch hat er sein Bündel geschnürt und ist auf Arbeitssuche in einem anderen Orte, in einem anderen Lande. Es ist ihm sehr gleichgültig, ob er einige Kilometer mehr oder weniger fern von seinem Heimatsort in Arbeit steht.

Die Leichtigkeit der massenhaften Abreise ist eine wirksame Waffe für die Bauarbeiterorganisationen. Dadurch wird nicht nur der Arbeitsort von Arbeitskräften

entblösst und die Streikkasse entlastet, die abgereisten Streikenden werden, in alle Gegenden zerstreut, eifrige Apostel für unsere Sache.

Die Aussperrungen im Baugewerbe in den letzten Jahren wurden dank dieser leichten Beweglichkeit der davon Betroffenen wirkungslos. Von den 12.000 Maurern, die im Vorjahre in Wien ausgesperrt wurden, hatten schon in der dritten Woche über 8000 Wien verlassen; in Berlin waren im Jahre 1907 von den ausgesperrten Maurern in der zwölften Kampfwoche nur noch zirka 2500 zu unterstützen.

Dieses Wandern der Bauarbeiter, dieses alljährlich sich regelmässig wiederholende Hin und Her zwischen Wohn- und Arbeitsort ist von bedeutendem Einfluss auf die Verbreitung des sozialistischen Gedankens. In dem Gehirne, dem Gedankengange des jungen Maurers, der mit den geringen Kenntnissen der Dorfschule und den Anschauungen des Landbewohners in der Stadt in die Arbeiterbewegung gestossen wird, vollzieht sich eine förmliche Revolution. Da lernt er die Bestrebungen der ihm in der Heimat in den schwärzesten Farben geschilderten Arbeiterbewegung aus eigener Anschauung kennen, bald ändert er gründlich die in die Stadt gebrachte Meinung über die bösen Sozialdemokraten, von denen ihm zu Hause der Pfarrer nicht Schreckliches genug von der Kanzel sagen konnte. So wird aus dem im sehr beschränkten Gesichtskreis erzogenen Landproletarier ein Sozialdemokrat. Ein Prozess, der sich ja in so vielen vom Lande stammenden Proletariern vollzieht. Aber beim Bauarbeiter besteht der Unterschied, dass er immer wieder, erfüllt von seinen neuen Ideen und Anschauungen, in seine alten Verhältnisse zurückkehrt. Und da wirkt er an den langen Winterabenden in seinem Bauerndorfe mit Gleichgesinnten als Agitator für die Sozialdemokratie. Nicht selten teilt sich dann das Dorf in zwei Lager: auf der einen Seite die mit den in der Fremde erworbenen modernen Anschauungen Erfüllten und die mit ihnen in wirtschaftlichen Beziehungen stehenden Wirte und Händler, auf der anderen Seite die konservativen Bauern und Häusler, die in ihrem Leben höchstens bis zum nächsten Markt oder Gerichtsort gekommen waren. Diese Debatten werden mitunter mit grosser Leidenschaftlichkeit geführt und die »Fortgeher« werden manchmal mit grossem Hasse der Daheimbleibenden bedacht. Diese sich feindlich entgegenstehenden Weltanschauungen, vielfach oft unbewusst und unklar empfunden, und das in ihnen ausgedrückte Klassenempfinden spielen bei Wahlen in den Gemeindeausschuss oft eine grosse Rolle. Zur grossen Ueberraschung kann man in solchen kleinen, weitab vom Weltverkehr liegenden Orten Gemeindeausschüsse finden, die als »Rote« bezeichnet werden. Ihre Wahl ist der Ausdruck der Solidarität der in der Fremde Sozialdemokraten gewordenen, die ja oft in ihrem Heimatsdorfe ein kleines Häuschen und einige Grundstücke besitzen.

Die überraschenden Stimmenresultate in einigen Wahlkreisen Böhmens ohne jede Industrie bei den letzten Reichsratswahlen sind nicht zum geringsten Teile auf das Wirken dieser sozialdemokratischen Bauarbeiter zurückzuführen. Haben wir einmal Winterwahlen, wo diese Fortgeher alle zu Hause sind, dürfte der Wahlausfall gar manche Ueberraschung bringen, die in den geschilderten Verhältnissen ihre Ursache haben.

So beflügeln die durch die Entwicklung des Kapitalismus hervorgebrachten Erscheinungen immer wieder die Agitation des Sozialismus, der Kapitalismus schafft selbst Pioniere für unsere Weltanschauung, er streut den Samen unserer Ideenwelt in Gebiete, wo diese auf eine andere Weise gar nicht einzudringen vermöchten. Und der Samen trägt Früchte, den Anhängern des weltbefreienden Gedankens des Sozialismus erwachsen in diesen Gegenden, die gar keine Voraussetzungen dafür zu besitzen scheinen, neue, stattliche Scharen von Mitkämpfern.

Julius Grünwald: Die Unterstützungseinrichtungen in den österreichischen Gewerkschaften

Die österreichischen Gewerkschaften haben ihre Kinderschuhe schon ausgetreten. Die Mehrzahl von ihnen kann in ihrer gegenwärtigen Form zwar auf kein allzulanges Dasein zurückblicken, in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit entwickelten sie sich mehr als beruflich gegliederte Bildungsvereine wie als gewerkschaftliche Organisationen. Eine Reihe von Umständen hat es aber bewirkt, dass sie viel rascher als die Gewerkschaften anderer Staaten und Länder die Kinderkrankheiten durchmachten und berufen und befähigt wurden, ihren eigentlichen Zwecken zu dienen. Die rasch vor sich gehende Industrialisierung Oesterreichs — ein Prozess, der heute noch lange nicht abgeschlossen ist — die damit im engsten Zusammenhang stehende Schaffung von Unternehmerorganisationen, die sehr rasch auch den Arbeitern die Zähne zeigten, und nicht in letzter Linie das politisch bewegte Leben der letzten Jahre waren für die Gewerkschaften ein trefflicher Nährboden. Sicherlich hat insbesondere die Gründung von Unternehmerorganisationen und deren Ausgestaltung zu Schutz- und Trutzbündnissen gegen die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterschaft unter der letzteren noch nicht ganz jene Gegenströmungen erweckt, die eigentlich die nötige Folge hiervon sein sollten; immerhin aber hat diese Tatsache im Verein mit den bereits erwähnten ein gut Teil der Arbeiterschaft aufgerüttelt und das Emporblühen der Gewerkschaften begünstigt. Dass zu diesen Unternehmerorganisationen auch die von Genossen Hueber in seinem Artikel (s. Nr. 1 d. Bl.) bereits erwähnten Zwangsorganisationen der Unternehmer, die Genossenschaften, gehörten, ist für jeden klar, der weiss, welch grosses Mass von bornierter Arbeiterfeindlichkeit und stumpfsinnigem Arbeiterhass in diesen Domänen des Kleingewerbes stets zu finden war und auch heute noch nur mit der grössten Anstrengung überwunden werden kann.

Die harten Aufgaben, vor welche also die österreichischen Gewerkschaften schon in ihrer Jugendzeit gestellt waren, haben zwar manche Schwierigkeit mit sich gebracht, sie haben aber auch eine treffliche Wirkung erzielt: abgesehen vielleicht von den ersten Jahren, da sie in der Erstarkung gegenüber den Bildungsvereinen ihre Hauptaufgabe erblickten, wurden sie sehr rasch dazu gedrängt, ihre Tätigkeit dorthin zu verlegen, wohin sie gehört, in den Kampf um die Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter. Allzu leicht ist es ja so manchem ehemaligen »Bildungsvereinler« nicht geworden, der bis dahin gewohnt war, die Lehre von der »befreienden Bildung« nur allzu wörtlich zu propagieren, diese nun in dem Sinne anzuwenden, dass der »volle Magen« eine Vorbedingung, und nicht die letzte, für den kulturellen Fortschritt der Arbeiterschaft sei. Leicht ging diese Umwandlung der Anschauung nicht vor sich; sie musste aber vor sich gehen, da die harte Not der Zeit eine andere Wahl nicht liess.

Doch nicht nur nach dieser Richtung hin wurden die Gewerkschaften sehr rasch auf den richtigen Weg geführt. Der Umstand, dass sie so unvermittelt ihren eigentlichen Aufgaben gerecht werden mussten, bewahrte sie vor einer Gefahr, der sie in ruhigeren Zeitläuften wohl nicht so ohne weiteres entgangen wären und deren Folgen erst in späterer Zeit auszumerzen, wohl ungleich schwieriger gewesen wäre: vor einer Ueberschätzung des Wertes des Unterstützungswesens. Gewiss gehört die Pflege des Unterstützungswesens zu den vornehmsten Aufgaben der Gewerkschaften: doch Selbstzweck darf sie nicht werden. Die Befürchtungen so manches »guten Freundes«, dass durch die Unterstützungseinrichtungen eine Arbeiteraristokratie gezüchtet werden könnte, da es durch die hierdurch bedingten hohen Beiträge dem grösseren Teil der im Beruf Beschäftigten unmöglich gemacht würde, sich der Gewerkschaft anzuschliessen, mögen ja übertrieben sein; immerhin steckt ein Körnchen Wahrheit in ihnen. So lehrt die Geschichte der englischen Trade-Unions deutlich, dass das Ueberwuchern des Unterstützungswesens nicht ohne Gefahr für den so unerlässlichen einheitlichen Charakter der Gewerkschaftsbewegung bleibt.

Vor der Gefahr nun, in der möglichsten Ausgestaltung der einzelnen Unterstützungszweige das Heilmittel für alle sozialen Schäden und die eigentliche Aufgabe der Gewerkschaften zu erblicken, wurden sie in Oesterreich durch die Entwicklung bewahrt. Sicherlich sind sie auch nicht ins andere Extrem verfallen, indem sie sich nicht einer Unterschätzung des Unterstützungswesens schuldig machten. Die alljährlich erscheinenden Berichte der Gewerkschaftskommission zeigen deutlich, welche Entwicklung dieser Zweig der Gewerkschaftstätigkeit nimmt, wie sehr seine Bedeutung geschätzt wird. Nicht weniger deutlich zeigen sie aber auch, dass die einzelnen Unterstützungszweige nicht gleich gewertet werden, sondern getreu ihrem Charakter, ein Mittel zum Zweck zu sein, verschiedene Würdigung finden. So ist es gewiss kein blosser Zufall und auch nicht die Folge von mehr oder minder grossen Sympathien der leitenden Personen für den einen oder den anderen Unterstützungszweig, wenn wir sehen, welche Unterstützungseinrichtungen in den einzelnen Gewerkschaften gepflegt werden. Wir entnehmen dem Bericht der Gewerkschaftskommission für das Jahr 1906: Von den 66 hierüber berichtenden Organisationen, welche 448.270 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen in sich vereinigten, hatten eingeführt:

Reiseunterstützung	50	Gewerkschaften
Arbeitslosenunterstützung	57	»
Krankenunterstützung	42	»
Invalidenunterstützung	8	»
Hinterbliebenenunterstützung (Beihilfe in Sterbefällen)	36	»
Unterstützung in sonstigen Notfällen	39	»

Sehen wir von der »Unterstützung in sonstigen Notfällen« ab, unter welchem Titel verschiedenerlei zusammengefasst wird, so zeigt schon diese kleine Zusammenstellung die mehr oder minder hohe Wertung der einzelnen Unterstützungszweige. Reise- und Arbeitslosenunterstützung werden so hoch geschätzt, dass sie fast allgemein eingeführt sind; denn die 16 Organisationen, welche die erstere, und die 9 Organisationen, welche die letztere Unterstützung nicht leisten, sind entweder Vereinigungen von Arbeitern, die dieser Unterstützung überhaupt nicht bedürfen, oder aber deren Einführung erscheint finanziell unmöglich, da es sich hierbei zumeist um Organisationen von Saisonarbeitern handelt. So leisten zum Beispiel keine Reiseunterstützung: Bühnenarbeiter, Eisenbahner, Hafenarbeiter, Handlungsgehilfen, Heimarbeiterinnen, Kellner, Krankenkassenangestellte, Privatbeamte, Tabakarbeiter und dergleichen mehr; keine Arbeitslosenunterstützung: Bauarbeiter, Bauhilfsarbeiter, Heimarbeiterinnen, Krankenkassenangestellte, Tabakarbeiter, Maler etc. Sieht man von diesen wenigen Organisationen ab, bei welchen die Nichteinführung der zwei genannten Unterstützungszweige sich aus den erwähnten Gründen erklärt, so können wir feststellen, dass alle übrigen Gewerkschaften diese so hoch einschätzen, dass sie sie ihren Mitgliedern gewähren, zum Unterschied von allen anderen Unterstützungen, die nur in wenigen Organisationen eingeführt sind.

Doch noch ein anderer sehr auffälliger Unterschied zwischen den zwei erstgenannten Unterstützungen und den anderen ist bei aufmerksamer Durchsicht der Statistik zu finden. Sind auch die ersteren nicht allzu hoch und ausnahmslos durchaus nicht geeignet, die Unterstützten an ein allzu üppiges Leben zu gewöhnen, so ist doch in der Regel das Bestreben zu konstatieren, die Unterstützung möglichst auskömmlich und zur Haupteinnahme des Unterstützten zu gestalten. Anders verhält es sich mit der zweiten Gruppe. Mit Ausnahme einzelner sehr finanzkräftiger Organisationen, die aus reinen, farblosen Unterstützungsvereinen hervorgegangen — wie Buchdrucker, Lithographen und Steindrucker, Hutmacher — ist überall zu ersehen, dass diese Unterstützungen nicht als Haupteinnahme des Unterstützten, sondern gewissermassen nur als Zuschuss zu einer anderweitigen Einnahme gedacht sind. Dass dem so ist, zeigen uns die auf das Mitglied berechneten Ausgaben an Unterstützungen der Gewerkschaften im Jahre 1906. Es wurden verausgabt:

	für	Kronen
Reiseunterstützung		—28
Arbeitslosenunterstützung		198
Krankenunterstützung		125
Invalidenunterstützung		—39
Hinterbliebenenunterstützung		—26
Notfallunterstützung		—69

Das Bild, welches uns eine so starke Begünstigung der Arbeitslosenunterstützung zeigt, wirkt jedoch noch drastischer, wenn wir die grössten Organisationen (über 10.000 Mitglieder*) herausgreifen. Die Daten der drei bereits genannten, aus Unterstützungsvereinen hervorgegangenen Organisationen bringen wir zum Vergleich. Es verausgabten per Mitglied im Jahre 1906:

die Organisation der	an Reise-	Arbeits-	Kranken-	Invaliden-	Hinter-	Notfall-
	Kronen	losen-	Unterstützung	Kronen	bliebenen-	Kronen
		Kronen	Kronen	Kronen	Kronen	Kronen
Bergarbeiter	—02	—21	—69	—	—19	—
Brauer und Fassbinder	—19	—53	—	—	—	—07
Eisen- und Metallarbeiter	—39	469	—**	—	—08	—72
Giessereiarbeiter	—43	123	—75	—	—05	—12
Holzarbeiter	—53	3—	197	—	—10	—51
Papier-, chemische etc. Arbeiter	—12	140	280	—	—	—15
Textilarbeiter	—15	—78	—	—	—	—60
Buchdrucker und Schriftgiesser	291	1386	1977	1170	658	156
Hutmacher	205	2238	997	497	—55	—82
Lithographen und Steindrucker	178	1146	1348	634	192	205

Wir sehen also aus dieser Tabelle wieder, dass es hauptsächlich die Arbeitslosenunterstützung ist, der in den Gewerkschaften besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Mit Ausnahme der Buchdrucker und Lithographen, deren Unterstützungseinrichtungen nach anderen Prinzipien eingerichtet sind, belastet nur in der Organisation der Papier-, chemischen etc. Arbeiter die Krankenunterstützung die Kasse höher als die Arbeitslosenunterstützung. Die Organisation der Bergarbeiter kann der Eigenart des Berufes wegen ausser Betracht bleiben. Um so deutlicher ist diese höhere Belastung zu betonen, wenn man erwägt, dass bei sonst gleicher Wertung die Krankenunterstützung schon aus dem Grunde eine höhere Belastung mit sich bringen müsste, weil doch in der Regel die Krankheitsfälle weit häufiger und länger andauernd sind als die Arbeitslosigkeitsfälle im Leben des Arbeiters.

Nun ist allerdings zu erwähnen, dass die Krankenunterstützung schon aus dem Grunde nur als Zuschussunterstützung einzurichten ist, weil jeder Arbeiter, also auch jedes Gewerkschaftsmitglied krankenversicherungspflichtig ist, somit aus seiner Zwangskasse seine Hauptunterstützung bezieht. Dieses sehr gewichtige Moment fällt bei der Arbeitslosenunterstützung ausser Betracht, wodurch es sich auch zum Teile erklärt, warum dieser Unterstützung erhöhte Aufmerksamkeit in den Gewerkschaften gewidmet wird.

Diese Erklärung trifft aber nur zum Teile zu; denn würde sie ganz zutreffen, so müsste naturgemäss zum Beispiel der Invalidenunterstützung eine grössere Aufmerksamkeit gewidmet werden, da wir noch immer einer Zwangsversicherung der Arbeiter für den Alters- und Invaliditätsfall entbehren. So aber finden wir nur in acht Organisationen die Invalidenunterstützung, was deutlich beweist, dass die Berufung auf die etwa vorhandene oder fehlende Zwangsversicherung durchaus nicht das ausschlaggebende Moment für die Pflege eines Unterstützungszweiges in den Gewerkschaften ist.

Vielmehr ist dieses auf einem ganz anderen Gebiete zu suchen. Die Gewerkschaften pflegen jene Unterstützungen mit besonderer Aufmerksamkeit, die geeignet sind, auf ihrem ureigensten Arbeitsgebiete, auf dem des Lohnkampfes, eine wirksame direkte Hilfe zu sein. Sie betrachten alle anderen Unterstützungen nur als Kitt zur Fesselung der Mitglieder an die Gewerkschaft, das heisst als Mittel zum Zweck der Festigung und Stärkung der Organisation. Die Arbeitslosenunterstützung und mit ihr auch die Reiseunterstützung aber soll und muss verhindern, dass der Unterstützte zum Lohndrucker werde, sie trägt somit am wirksamsten zur Hebung der Löhne und damit auch der Lebenshaltung bei: darum gebührt ihr die besondere Pflege der Organisation. Von allen anderen Unterstützungen lässt sich dieser direkte Ein-

* Die Organisationen der Bauarbeiter und Eisenbahner, die gleichfalls zu den grössten gehören, nennen wir nicht, da die erstere als Vereinigung von Saisonarbeitern keine Arbeitslosenunterstützung, die letztere infolge der Eigenart des Berufes weder Reise- noch Arbeitslosenunterstützung gewährt.

** Seit 1907 eingeführt.

fluss auf die Lohnpolitik der Gewerkschaften nicht konstatieren; mit Recht also kommt ihre Pflege erst in zweiter Linie.

Diese durchaus richtige Wertung der einzelnen Unterstützungszweige, einzig und allein nur berechnet nach ihrer Bedeutung für den Lohnkampf, ist ein neuerlicher Beweis für unsere Behauptung, dass die österreichischen Gewerkschaften sich von allem Anfange an von einer Ueberschätzung, aber auch von einer Unterschätzung des Unterstützungswesens freigehalten haben. Es ist auch nicht zu befürchten, dass dies etwa in Zukunft anders werden könnte. Dafür werden schon unsere »guten Freunde«, die Feinde, sorgen. Die Unternehmerorganisationen, bisher schon allzu häufig die Beute von Scharfmachern, die nichts zu verlieren haben, werden dies in Zukunft noch mehr werden, insbesondere, da sie ja jetzt ein so hübsches Vorbild an der politischen Koalition aller »Gutgesinnten« »gegen die Sozialdemokratie« haben. Es wird noch ziemlich lange dauern, bis das österreichische Unternehmertum von seiner Anschauung der »absoluten Herren« so weit befreit sein wird, dass die Arbeiter und mit ihnen die Gewerkschaften eine ruhigere Entwicklung vor sich haben werden. Diese Erwartung heftiger Lohnkämpfe wird die Gewerkschaften für ziemlich lange Zeit noch hindern, an Stelle der im vorstehenden skizzierten Unterstützungspolitik eine andere zu setzen.

Schliesslich ist auch nicht zu übersehen, dass die stetig steigende Zahl von Tarifverträgen, deren Ueberwachung fast ausnahmslos von den vertragschliessenden Unternehmern den Gewerkschaften überlassen wird, diese dazu zwingen wird, eine noch erhöhte Aufmerksamkeit der Arbeitslosenunterstützung — selbst auf Kosten der anderen Unterstützungszweige — zu widmen.

Die sich bereits leise ankündigende wirtschaftliche Krise wird für die nächst absehbare Zeit den Gewerkschaften schwere Pflichten auferlegen, wird sie im Interesse der Erhaltung des bisher Errungenen zu grossen Opfern zwingen, so dass ihnen schon aus diesem Grunde die Möglichkeit benommen sein wird, grundlegende Aenderungen ihrer bisherigen Unterstützungspolitik eintreten zu lassen.

Dr. med. Ludwig Teleky: Gewerkschaft und Gewerbehygiene

Die Gewerkschaften haben dadurch, dass sie der Arbeiterschaft höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit erkämpften, Gewaltiges für die Volksgesundheit geleistet; dass die durch die gewerkschaftliche Organisation erreichte Verbesserung der Lebenshaltung des Proletariats dieses vor körperlicher Verelendung bewahre — das war durch Jahrzehnte hindurch die beste Rechtfertigung gewerkschaftlicher Bestrebungen gegenüber jenen Theorien, die die Furcht hegten, es könnte der Arbeiterschaft im gewerkschaftlichen Kleinkrieg der Sinn für weitere Ziele verloren gehen. Tatsächlich haben die Gewerkschaften um die Hebung der Volksgesundheit dort, wo diese auf sozusagen indirektem Wege erfolgen konnte (das ist durch Verbesserung der Gesamtlebenslage, Verkürzung der Arbeitszeit), sich das grösste Verdienst erworben und speziell bei Bekämpfung der Tuberkulose Grosses geleistet.

Eine andere, vielleicht nicht weniger grosse Aufgabe haben sie auch dort zu erfüllen, wo zur Bekämpfung von Gesundheitsschädigung dieser indirekte Weg nicht ausreicht, wo ein unmittelbares Auftreten gegen bestimmte Schädlichkeiten notwendig ist.

Die Gesundheitsschädigungen und Gefahren, die der Beruf mit sich bringt, wurden leider bis vor nicht allzulanger Zeit von vielen — nicht nur von Lohnarbeitern, sondern auch von Angehörigen der sogenannten höheren Stände und auch von geistigen Arbeitern — mit einer Art von fatalistischem Gleichmut getragen und als fast unabänderlich angesehen. Nichts ist unbegründeter als solcher Fatalismus gerade beim Arbeiter. Die Gesundheitsgefahren und -Schädigungen, denen er ausgesetzt ist, sind meist nicht mit der Eigenart seines Berufes naturnotwendig verbunden — wie dies

zum Beispiel beim Berufsmilitär, beim Arzt, beim Journalisten innerhalb weiter Grenzen der Fall ist — sondern in erster Linie werden sie durch die der willkürlichen Beeinflussung zugänglichen Fabriks- und Werkstättenverhältnisse verursacht. Selbst in jenen Arbeitergruppen, bei denen eine gewisse Gefahr und gewisse Schädigungen naturnotwendig mit der Ausübung ihres Berufes verknüpft sind, wie zum Beispiel beim Bergarbeiter, erlaubt der heutige Stand der Technik, diese Gefahren und Schädigungen wesentlich zu vermindern.

Je mehr der Arbeiter zu der Erkenntnis der Vermeidbarkeit dieser Schädigungen gekommen ist, je mehr er gelernt hat, gegebene Verhältnisse nicht als notwendige und unabänderliche anzusehen, je mehr er sich seines individuellen Wertes bewusst wurde, um so mehr erkannten auch die Gewerkschaften die Notwendigkeit, ihr Augenmerk den Schädlichkeiten des Berufes, den Einrichtungen der Fabriken — soweit sie Gesundheitsschädigungen erzeugen oder verhüten können — zuzuwenden.

* * *

Schon lange haben sich die Arbeiterorganisationen die Aufgabe gesetzt, ihre Angehörigen nicht nur über allgemeine hygienische Fragen, sondern auch über die Berufsgefahren der einzelnen Arbeitergruppen und über die Mittel zu ihrer Verhütung zu belehren. In Aufsätzen in den Fachorganen wie auch in Vorträgen wurden diese Gegenstände häufig behandelt und auch von den Unternehmern und gewerbehygienischen Fachmännern (14. Konferenz der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen) ist anerkannt worden, dass vor allem die Arbeiterorganisationen berufen und befähigt sind, die Arbeiterschaft über die ihr drohenden Berufsgefahren und die Mittel der persönlichen Prophylaxe aufzuklären.

Allerdings muss die Aufklärung weiter gehen, als von diesen Kreisen meist gewünscht wird. Die Aufklärung darf sich nicht nur auf das erstrecken, was der Arbeiter selbst zur Vermeidung der Erkrankungsgefahr zu tun und zu lassen hat — sie muss den Arbeiter auch darüber aufklären, was er an Gesundheitsschutz vom Unternehmer zu fordern hat und was er nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften zu fordern berechtigt ist.

So wenig zahlreich die bestehenden gesetzlichen Vorschriften auch sind, so lässt doch ihre Durchführung bei uns noch recht viel zu wünschen übrig und auch die von den politischen Behörden festgesetzten Bedingungen für Genehmigung von Betriebsanlagen, die für einzelne derselben erlassenen Vorschriften der Behörden und die Anordnungen der Gewerbeinspektoren gelangen häufig nur recht lax zur Durchführung.

Die Durchführung solcher Vorschriften aber sollte durch die Arbeiterorganisationen erzwungen werden. Eine so gewaltige Vermehrung der Gewerbeinspektoren, dass sie tatsächlich in der Lage wären, eine scharfe und genaue Ueberwachung auszuführen, ist nicht zu erwarten. Wenn sich aber die Arbeiter selbst an dieser Ueberwachung beteiligen würden, so wären sie gewiss in der Lage, die Durchführung der Vorschriften durchzusetzen, wie auch erst das Eingreifen der Arbeiterschaft die Durchführung der gesetzlichen Vorschriften über die Sonntagsruhe ermöglicht hat. Die Arbeiter, vor allem aber die Gewerkschaften, müssen in enger Fühlung mit den Gewerbeinspektoren stehen und durch sie Abhilfe bestehender Missstände herbeizuführen suchen. Manche deutsche Gewerkschaften haben ausführliche Formulare herausgegeben, die — wenn ein Mitglied Anlass zu Beschwerden über Einrichtung und Führung eines Betriebes zu haben glaubt — auszufüllen und der betreffenden Organisation einzusenden sind. Diese prüft — soweit dies leicht möglich — die Verlässlichkeit der Angaben, stellt aber vor allem fest, ob die Abstellung der angeführten Uebelstände auf Grund der bestehenden Bestimmungen überhaupt verlangt werden kann.

Ein solches Vorgehen der Gewerkschaft hat zwar einerseits den grossen Nachteil, dass der persönliche Verkehr zwischen Gewerbeinspektor und Beschwerdeführer wegfällt — und oft wird gerade diese mündliche Aussprache zur Aufklärung bestehender Missstände von grösstem Nutzen sein — hat aber andererseits den grossen Vorteil, dass gar mancher, der sich scheut, persönlich den Gewerbeinspektor aufzu-

suchen, kein Bedenken trägt, der Gewerkschaft seine Beschwerden vorzutragen, und dass durch die einlaufenden Beschwerden die Gewerkschaftsleiter selbst ein Bild über die Zustände in einzelnen Betrieben erhalten. Vor allem aber verbürgt die Ausfüllung des Formulars, dass nicht wichtige Punkte übersehen werden, und die Ueberprüfung desselben durch den Gewerkschaftsleiter oder sachverständigen Beamten ermöglicht es, sowohl unrichtige oder übertriebene Angaben auszumerzen, als auch zu verhindern, dass der Aufsichtsbeamte um die Abstellung oder Einführung von Einrichtungen ersucht werde, die abzustellen oder einzuführen er gar nicht berechtigt oder deren Abstellung (respektive Einführung) vielleicht schädlich wäre.

Da die Gewerkschaften in Streitigkeiten, die aus den Arbeitsverhältnissen entstanden sind, ihren Mitgliedern Rechtsschutz gewähren, bietet sich den Gewerkschaften ein weiteres Mittel zur Erzwingung der Durchführung bestehender Bestimmungen von den Unternehmern dadurch, dass sie den Rechtsschutz auch in allen jenen Fällen gewähren, in denen ein Arbeiter für die durch Nichtbeachtung geltender Vorschriften erfolgte Gesundheitsschädigung den Unternehmer zivilrechtlich haftbar macht. Durch eine zivilrechtliche Haftbarmachung — wie sie durch eine österreichische Gewerkschaft bereits mehrfach erfolgte — wird nicht nur der eine fahrlässige Unternehmer empfindlich getroffen, auch die verantwortlichen Leiter sämtlicher gleichgearteter Betriebe werden zur strengeren Einhaltung der Arbeiterschutzbestimmungen veranlasst.

Aber nicht nur für Durchführung bestehender Arbeiterschutzbestimmungen zu sorgen, ist Aufgabe der Gewerkschaft. In Verbindung mit den Krankenkassen, die ja den besten Einblick in den Gesundheitszustand einer bestimmten Arbeiterschicht haben, können die Gewerkschaften auf Erlassung neuer gesundheitlicher Arbeiterschutzbestimmungen hinarbeiten. Durch Agitation in der Fachpresse und in der politischen Presse der Partei müssen weitere Arbeiterschutzbestimmungen gefordert werden. Es muss im geeigneten Zeitpunkt mit Eingaben an die Behörden herantreten, auf bestehende oder drohende Gesundheitsgefahren muss hingewiesen, ihre Abstellung muss verlangt werden.

Wie bei Arbeiterschutzbestimmungen, die von der Regierung geplant werden (oder manchmal erst nach Erlass derselben), die Handelskammern und Unternehmerorganisationen gefragt oder ungefragt Stellung zu diesen Entwürfen und Bestimmungen nehmen, so müssen auch die Arbeiterorganisationen zu den einzelnen Entwürfen und Bestimmungen Stellung nehmen und ihre Ansichten in Eingaben und Versammlungen möglichst wirkungsvoll zur Geltung bringen — auch dann, wenn es sich nicht um die grossen Fragen des Arbeiterschutzes überhaupt handelt, in denen ja die Gewerkschaften stets in entscheidender Weise eingreifen, sondern auch dann, wenn es sich um Fragen des rein gesundheitlichen Arbeiterschutzes handelt, die nur einen kleineren Teil der Arbeiterschaft unmittelbar berühren.

Dass hier für die betreffende Arbeitergruppe sehr wichtige Erfolge erzielt werden können, beweisen die Erfahrungen, die in den letzten Jahren der Verband der Maler und Anstreicher, die Gehilfenschaft der Installateure, der Seidenfärber, der Posamentierer und der Bürstenbinder in Wien mit ihren auf Abschaffung bestimmter Gesundheitsschädigungen hinzielenden Aktionen gemacht haben.

Aber auch dann, wenn es nicht möglich ist, die Behörden zum Erlasse bestimmter Arbeiterschutzbestimmungen zu bewegen, stehen der Gewerkschaft noch Mittel zur Verfügung, die Beseitigung von Gesundheitsschädigungen zu erwirken; in Lohnkämpfen und bei Tarifverhandlungen kann die Beseitigung bestehender Gesundheitsgefahren — wenn auch meist nur als Nebenforderung — verlangt und häufig auch durchgesetzt werden. Als Beispiel sei hier nur auf den Tarifvertrag der Feilenhauer verwiesen, in dem die Abschaffung der Bleiunterlagen für die Feilenbearbeitung zugesagt und — wie wir glauben — auch durchgeführt wurde. Die gewerkschaftlichen Organisationen, die ja oft genug bei Werkstatt Differenzen einzugreifen haben, können auch den oft weniger beachteten, aber wichtigen hygienischen Verhältnissen der einzelnen Werkstätten und Fabriken ihr Augenmerk zuwenden und die Beseitigung bestehender hygienischer Mängel und Missstände in den einzelnen Betrieben durch Verhandlungen mit den Unternehmern zu erlangen suchen.

Die Fabriks- und Berufshygiene bietet ein weites Feld für die Tätigkeit gewerkschaftlicher Organisationen; auch auf diesem Gebiete, das von so grosser Wichtigkeit für das gesundheitliche Wohlergehen der Arbeiterschaft ist, bedarf es unermüdlicher sachverständiger Kleinarbeit. Durch diese aber gelingt es, Erhebliches zur Besserung der heute bestehenden zum Teil unleidlichen Verhältnisse beizutragen.

Gar manche Forderung der Gewerbehygiene, die undurchführbar erscheint, wird erfüllt werden können. Gar manche Bestimmung, die heute nur auf dem Papier steht, wird in Wirklichkeit umgesetzt werden können, wenn die Arbeiterschaft selbst, wenn vor allem ihre gewerkschaftliche Organisation mit aller ihrer Energie und mit allen ihren Machtmitteln sich für ihre Durchführung einsetzen, wenn sie der Fabriks- und Gewerbehygiene jene Aufmerksamkeit und jene Kraft der Arbeiterschaft und ihrer Vertreter widmen, die diesem so wichtigen Gebiete gebührt.

Julius Deutsch: Vor vierzig Jahren

Um die Mitte der Sechzigerjahre löste sich allmählich der Bann der Reaktion, der auf Oesterreichs Völkern lastete. Schüchtern wagten sich einige freiheitliche und demokratische Ideen ans helle Licht des Tages. Das freisinnige Bürgertum raffte sich zu modernen Kraftäusserungen auf und die Arbeiterklasse, die seit dem Jahre 1848 gleich einem toten Riesen am Boden gelegen, dehnte und reckte sich. Der Bankerott des Feudalismus und des absolutistischen Bureaukratismus war offenkundig geworden, alles was gegen die Reaktion in Opposition stand, erhob kräftiger das Haupt. Der Arbeiterschaft sollte eine grosse Rolle zufallen. Die österreichische Industrie, obwohl noch immer schwach, war nun so weit entwickelt, dass man von einer beginnenden Aera der kapitalistischen Produktion sprechen konnte. Sie zersetzte die althergebrachten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse, schuf die an Zahl mächtige, in den Städten konzentrierte Arbeiterklasse, die nun als neuer, nicht zu unterschätzender Faktor in das öffentliche Leben eintrat.

Von zwei Seiten her suchte man die Richtung, die die beginnende Arbeiterbewegung einschlagen sollte, zu beeinflussen; von den Anhängern der sogenannten »Selbsthilfe« und denen der »Staatshilfe«. Anfangs waren die »Selbsthilfler« unter der Arbeiterschaft in der überwiegenden Mehrheit. Allerdings war, was man damals unter diesem stolzen Titel verstand, nicht das, was wir heute als Selbsthilfe bezeichnen würden. Die »Selbsthilfler«, das waren die Anhänger der Spar- und Konsumvereine, die meinten, dass diese Institutionen allein imstande wären, der sozialen Not ein Ende zu bereiten. Dagegen machten die Anhänger der Staatshilfe geltend, dass sich die Arbeiter nach dieser Methode nicht selbst helfen könnten. Es müsste vielmehr der Staat dazu gebracht werden, den Unterdrückten unter die Arme zu greifen, denn nur er mit seinen mächtigen Hilfsquellen könnte wirkliche und dauernde Hilfe bringen. Diese Argumentation brachte die Staatshilfler zu der Ansicht, dass vor allem darnach zu streben sei, einen grösseren Einfluss im Staate zu erreichen, um ihn den Wünschen der arbeitenden Klasse dienstbar zu machen. Sie empfahlen die politische Betätigung der Arbeiterschaft. Im Gegensatze dazu wollten die Selbsthilfler von der Politik nichts wissen, sie meinten, auch ohne politische Betätigung der Arbeiterschaft helfen zu können.

Im Anfang hörte man im Streite der Meinungen wenig von ihren Wortführern, von Schulze-Delitzsch und Lassalle. Die Selbsthilfler unter den Arbeitern mochten wohl nicht alles von den Ansichten Schulzes, die oft genug das seichte Manchestertum durchschimmern liessen, vertreten; im allgemeinen waren aber weder die Theorien Schulze-Delitzsch' noch die Lassalles den österreichischen Arbeitern genug bekannt, als dass sie hätten ernstlich über sie diskutieren können. Die Arbeiter stiessen in ihrem Bestreben, die wirtschaftliche Lage ihrer Klasse zu verbessern, zuerst auf die Spar- und Konsumvereine, die ihnen handgreifliche Vorteile zu bieten schienen. Deshalb traten sie für die Gründung und den Ausbau solcher Vereine ein. Andere

österreichische Arbeiter, die in Deutschland gewesen waren, hatten dort von der Agitation Lassalles gehört und trugen nun im Kreise ihrer Kameraden die Ideen der Staatshilfe vor. Deutsche Arbeiter, die eben in Oesterreich auf der Wanderschaft waren, unterstützten sie darin. Diese Diskussionen lösten in der Arbeiterschaft ein ungemeines Interesse aus. In den Werkstätten wurde über die beiden Richtungen gesprochen, kleine Zirkel bildeten sich, um gemeinsam zu lesen und zu debattieren.

Auf beiden Seiten wurde allgemein als drückend empfunden, dass die österreichische Gesetzgebung nicht die Möglichkeit bot, freie, selbständige Vereine zu gründen, dass deren Genehmigung von der behördlichen Willkür abhängig war. Bei dem Misstrauen, mit dem die Bureaucratie jede Regung der Arbeiterschaft verfolgte, waren auch die harmlosesten Arbeitervereinigungen, soweit sie überhaupt geduldet wurden, ein Gegenstand steter Beobachtung und brutaler Vergewaltigung. So musste in der Arbeiterschaft der Wunsch nach einem Vereins- und Versammlungsrechte entstehen, das ihr geordnete, gemeinsame Beratungen ermöglichen und die Vorbedingung zur Verwirklichung ihrer Reformprojekte schaffen sollte. Hier trafen sich die Interessen der Arbeiterschaft mit denen des freisinnigen Bürgertums, das in seiner politischen Betätigung durch die behördliche Willkür, die durch das geltende Recht ermöglicht war, beengt wurde. Beide strebten gemeinsam nach einem modernen Vereinsrecht.

Ende Juni und anfangs Juli 1867 überreichten die Abgeordneten Schindler und v. Mende dem Parlament Petitionen verschiedener Arbeitergruppen, die die baldige Schaffung eines Gesetzes zum Schutze des Vereins- und Versammlungsrechtes verlangten. Sehr bezeichnend hiess es in einer dieser Petitionen, der der Arbeiter Wiener-Neustadts: »Wir sind erfüllt von den lebhaften Wünschen, durch Bildung und Verbesserung unserer materiellen Lage unseren Berufsgenossen in anderen Ländern gleichzukommen. Wir sehen dazu die Bahn offen, wenn ein freisinniges Gesetz über Vereins- und Versammlungsrecht uns gestatten wird, mit einigen Mitteln auf Grundlage berechtigter Selbsthilfe jene höheren Ziele in menschenwürdiger, dem Wohle der gesamten Staatsgesellschaft entsprechender Weise anzustreben.«

Tatsächlich wurde dem Abgeordnetenhaus ein Regierungsentwurf eines Vereins- und Versammlungsgesetzes vorgelegt, über den am 23. Juli 1867 die Debatte eröffnet wurde. Der Arbeiterbewegung wurde von den Abgeordneten in keiner Weise Erwähnung getan. Man spielte Vogel Strauss-Politik. Kaum war aber das Gesetz sanktioniert (15. November 1867), als an dem sprunghaften Aufschwunge der Arbeiterbewegung auch die Blindesten erkennen mussten, worin die wahre Bedeutung dieses Gesetzes bestand.

Vor dem Vereins- und Versammlungsgesetze hatte es eine Anzahl Arbeiterunterstützungskassen gegeben, unter denen die der Buchdrucker den ersten Rang einnahmen. In Wien bestand auch ein Fortbildungsverein der Buchdrucker. Der Arbeiterschaft genügten aber diese Vereine nicht und es war schon wiederholt der Plan aufgetaucht, einen allgemeinen Arbeiterverein ins Leben zu rufen. Die Regierung hatte aber diesem Projekte stets ihre Genehmigung versagt oder Bedingungen gestellt, die die Arbeiter nicht erfüllen konnten. Mit dem Zustandekommen des Vereins- und Versammlungsgesetzes war das nun anders geworden. Kaum war dieses Gesetz publiziert worden, als auch schon die Genehmigung der Statuten eines allgemeinen Arbeiter-Bildungsvereines in Wien — des Gumpendorfer Bildungsvereines — erfolgte.

Die Nachricht von dieser Genehmigung gab der Arbeiterbewegung einen neuen kräftigen Anstoss. Mit Begeisterung wurden die Vorarbeiten zur Konstituierung des neuen Vereines in Angriff genommen. Auf einmal zeigte es sich, dass unter der Arbeiterschaft eine Anzahl tätiger, hingebender Männer waren, die alle Fähigkeiten besaßen, den Verein bald emporzuarbeiten. Sofort machte sich aber auch wieder der Gegensatz zwischen den Selbsthilflern und Staatshilflern bemerkbar. Im vorbereitenden Komitee des Arbeiter-Bildungsvereines sassen einige Arbeiter, die der lassalleanischen Bewegung sympathisch gegenüberstanden. Das gab den Selbsthilflern begreiflicherweise den Anlass, zu fürchten, dass es den Lassalleanern mit Hilfe des Arbeiter-Bildungsvereines gelingen könnte, die österreichische Arbeiterbewegung in ihr Fahrwasser zu lenken. Sie versuchten, um den Lassalleanern entgegenzuwirken, selbst einen Arbeiter-Bildungsverein ins Leben zu rufen.

Die bürgerlichen Führer der Selbsthilfler beriefen zu diesem Zwecke eine Arbeiterversammlung für den 1. Dezember 1867 in das Universum am Tabor ein. Es sollte, von den Arbeiterzusammenkünften des Jahres 1848 abgesehen, die erste freie, allgemeine Arbeiterversammlung Oesterreichs sein. Fünfzehnhundert bis zweitausend Arbeiter waren erschienen. Der Bahnbeamte Kessler, der Einberufer, führte den Vorsitz. Er und Dr. Max Menger erörterten die Ideen Schulze-Delitzsch', zu dessen begeistertsten Aposteln sie sich zählten. Dabei taten sie wohl des Guten etwas zu viel, denn die Arbeiter blieben ziemlich kühl. Schliesslich beantragten die Redner, ein Glückwunschtelegramm an Schulze-Delitzsch zu senden. Die Versammlung erwärmte sich weder für noch gegen diesen Vorschlag, so dass er zwar ohne grosse Begeisterung, aber auch ohne Widerstand angenommen wurde. Alles in allem konnten die Selbsthilfler diese Versammlung, deren ruhiger, würdiger Verlauf allseits befriedigt hatte,* als einen Erfolg ansehen, war doch ihr Ergebnis eine Ovation für Schulze-Delitzsch.

Gerade dieser Erfolg trug aber in nicht unerheblicher Weise zu ihrer baldigen Niederlage bei. Das Glückwunschtelegramm an Schulze-Delitzsch spornte die Lassalleaner zu vermehrter Tätigkeit an und machte auch manche Arbeiter, die die »Selbsthilfe« der Arbeiterklasse nicht mit Ovationen für den als seichten bürgerlichen Politiker bekannten Schulze-Delitzsch identifizieren mochten, stutzig. Den Arbeitern gefiel nicht die Ablehnung der politischen Betätigung durch die Schulzeaner. Als am nächsten Tage das vorbereitende Komitee des Arbeiter-Bildungsvereines zusammenkam, wurden die Vorgänge in der Universum-Versammlung sehr lebhaft besprochen; die Stimmung gegen die Selbsthilfler wurde entschiedener. In den Versammlungen, die nun zur Konstituierung des Arbeiter-Bildungsvereines einberufen wurden, ertönte in lauter Begeisterung der Ruf: Für Lassalle, gegen Schulze! Am 12. Jänner 1868 kam es zum Entscheidungskampfe. In dem Saale, wo sie ihren ersten Erfolg zu erringen geglaubt, holten sich die Selbsthilfler eine bedeutungsvolle Niederlage. Die Konstituierung des Arbeitervereines »Selbsthilfe« sollte stattfinden. Die Versammlung war auch stark besucht, aber nicht mehr nur von Neugierigen, sondern auch von einer zwar an Zahl kleinen, aber von Kampfesmut beseelten und um so entschlosseneren Schar von Mitgliedern des Arbeiter-Bildungsvereines. Doktor Max Menger referierte, die Versammlung schrie ihn nieder. Kessler, der wieder den Vorsitz führte, wollte daraufhin die Versammlung schliessen, aber ein Sturm der Empörung fegte ihn vom Präsidium. Hartung und andere Lassalleaner ergriffen das Wort; ihre Begeisterung riss die Versammlung mit. Mit mehr als 3000 gegen 6 Stimmen wurde eine Resolution zugunsten des Arbeiter-Bildungsvereines angenommen.

Manche Historiker berichten, dass nun die Selbsthilfler in der österreichischen Arbeiterbewegung vollständig ausgespielt hatten. Das ist nicht richtig. Wohl mussten sie nach der zweiten Universum-Versammlung die Führung an die Lassalleaner abgeben, aber die »Selbsthilfe« war damit in Oesterreich noch lange nicht tot; im Gegenteil, sie errang sogar noch manche Erfolge. Die Gründung des Arbeitervereines »Selbsthilfe« gelang trotz der erwähnten Störung der konstituierenden Versammlung. Es ist auch darauf hinzuweisen, dass die ersten Gewerkschaften, die nach dem Jahre 1867 entstanden, nicht von den Lassalleanern, sondern von den Selbsthilflern ins Leben gerufen wurden. Diese Vereine waren manchmal sogar recht kräftig; so der Bäckerverein »Selbstkraft«, in dem Kessler Ehrenmitglied war. Dieser Verein zählte im Jahre 1868 etwa 700 Mitglieder. Seine Tätigkeit zur Verbesserung der Lage der Bäckergehilfen war eine sehr rührige und er erzielte auch einige Erfolge. Lange dauerte es allerdings nicht, bis die Selbsthilfler auch diese Stütze verloren. Nach einem einjährigen Kampfe waren sie in Wien von den Lassalleanern fast vollständig verdrängt. Länger hielten sie sich dagegen in der Provinz, aber auch dort konnten sie nicht dauernd Fuss fassen. Ihr Schicksal war es, als unfreiwillige Pioniere der Arbeiterbewegung den Boden urbar zu machen, auf dem die Sozialdemokratie säen und ernten sollte.

* Auch das Bürgertum war überrascht von der würdigen Art, mit der sich die Arbeiter nahmen. Die »Konstitutionelle Vorstadtzeitung« schrieb am 2. Dezember 1867: »Die Arbeiter bewegten sich so anständig und in derartigen Formen wie die Bürger, wenn dieselben zum Beispiel zu einer Wahl beisammen sind.«

Der Gumpendorfer Arbeiter-Bildungsverein war das Hauptquartier der Lassalleaner gewesen. Seine Tätigkeit war die erste selbständige Regung des österreichischen Proletariats; Wien war die Wiege der österreichischen Sozialdemokratie. Wenn sich auch im Laufe der nächsten Jahrzehnte die Arbeiterbewegung auf die Provinzen ausdehnte, blieb Wien doch stets ihr hauptsächlichster Sitz und Stützpunkt. Heute ist die Sozialdemokratie längst über diesen engen Rahmen hinausgewachsen. Zur Freude und Genugtuung der Wiener Sozialdemokraten wird mit der fortschreitenden Entwicklung der Arbeiterpartei Wien allmählich entthront, die jüngeren Brüder stellen sich ebenbürtig Wien zur Seite. Interessant ist es, dass auch die sozialdemokratische Bewegung der nicht deutsch sprechenden Arbeiter von Wien ihren Ausgang nahm. Schon im Jahre 1868 bildeten sich in Wien ein polnischer und ein tschechoslawischer Arbeiterverein, deren Mitglieder von hier aus auf ihre Kameraden in der Heimat einwirkten.

Unser geistiges Auge gleitet sinnend von den kleinen Anfängen der modernen Arbeiterbewegung im Jahre 1867 zu der imponierenden Stärke der Sozialdemokratie im Jahre 1907. Vierzig Jahre! Welch eine kurze Zeit und welcher ein Wandel! Noch leben Veteranen, die mit dabei gewesen, als es galt, gegen die Selbsthilfler zu Feld zu ziehen. Sie erzählen voll stolzer Wehmut von dem kleinen Häuflein, das damals die Partei gewesen. Heute zieht in unabsehbaren Scharen die grosse Armee der Kämpfenden vorüber, stolz auf ihre Kraft und getragen von heiligster Zuversicht. Viele Opfer sind gefallen, bevor aus dem kleinen Häuflein dieses gewaltige Heer wurde; reich an Kämpfen, Verfolgungen und Unterdrückungen ist die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. Tausende Schatten gefallener Mitkämpfer tauchen vor uns auf, an die kampfdurchtobte Vergangenheit mahnend. Das Proletariat gedenkt trauernd und dankbar zugleich seiner Toten, wie der Frühlingsbaum des welken Herbstlaubes gedenkt, das mit seinem Falle neue Kräfte dem Boden zuführt. Aus dem Opfermut und der Begeisterung, die uns die Alten lehren, ziehen wir neue Kräfte für den Kampf der Zukunft. Die vierzig Jahre Entwicklung, die hinter uns liegen, sind erst die Vorgeschichte der österreichischen Sozialdemokratie. Vor uns liegt noch ein weiter, steiniger Weg, den das österreichische Proletariat, kämpfend mit neuen Waffen, aber siegend mit der alten Begeisterung zum Ziele schreiten wird.

F. S.: Die wirtschaftliche Situation

Die wirtschaftliche Periode, in der wir uns augenblicklich befinden, gehört zu den interessantesten und eigentümlichsten, die die Gegenwart hervorgebracht hat. Vier Momente charakterisieren die Aera industrieller Prosperität, die sich jetzt gegen Abend neigt: die Gleichzeitigkeit der Konjunktur in beiden Hemisphären, der Mangel an Optimismus bei den industriellen Unternehmern wie bei den Finanzkreisen, das Fortdauern der industriellen Prosperität auch nach dem Zusammenbruch auf dem Effektenmarkte und die geringe Bedeutung der börsenmässigen Spekulation.

Wir haben diesmal eine Weltkonjunktur gehabt. In der Union, im Deutschen Reich und in unserer Monarchie war gleichzeitig, ausgehend von zwei Rekordernten, eine Konjunktur von starker Intensität. Dass gerade eine so allgemeine Konjunktur überraschend kam, ist ein eigentümliches Phänomen. Man hatte sich nicht darauf gefasst gemacht, dass eine industrielle Aufwärtsbewegung so rasch nach einer Krise erfolgen würde. Die moderne Krisentheorie hat zwischen zwei Perioden des Aufschwunges einen Zeitraum von etwa zehn Jahren gelegt — und nun sah man, wie weniger als die Hälfte dieser Zeit genügte.

Eben aus dieser Tatsache erklären sich die zwei Momente, die für die jetzige Zeit so ungemein charakteristisch sind: das geringe Vertrauen in die Fortdauer der Konjunktur und die auffallend starke Geldknappheit. Mit weniger Optimismus ist wohl kaum je in eine Hausseperiode getreten worden. Nicht von der Produktion ging die Anregung aus — sie war noch zu sehr verschüchtert durch die noch nicht verwundenen Verluste der Krise — sondern von der Konsumtion: die Steigerung

der Kaufkraft infolge der Ernten war die Triebkraft. Die Industrie hat sich erst durch die Bewegung fortreisen lassen, darum stauten sich bald die Bestellungen, verzögerte sich die Ausführung der Aufträge viele Monate lang, da sowohl die Vorbereitungen als auch die Vorräte fehlten, die sonst in langen Stagnationsperioden aufgestapelt zu werden pflegen.

In gleicher Weise hatte die zu knappe Dauer der vorausgegangenen Liquidationsperiode die starke Akkumulation freier, zur Anlage verfügbarer Kapitalien verhindert. Hierzu kam, dass ein grosser Teil der Ueberschüsse der Ersparnisse durch die Anleihen der Staaten voll aufgesaugt worden war. Deutschland sowohl wie die Vereinigten Staaten fanden nicht genügend Zeit, um nach der Ueberanstrengung der vorangegangenen Periode Atem zu holen. In keinem der beiden Reiche war während der ganzen Zwischenzeit das Geld billig. England war durch den Burenkrieg und die starke Ausbreitung der Kolonialtätigkeit finanziell sehr geschwächt, Frankreich durch die grossen russischen Krieganleihen stärker in Anspruch genommen, als man vermutet hatte. Niemals zuvor hatte man noch eine so umfassende Konjunktur erlebt, aber auch niemals zuvor war der Geldmarkt dazu weniger gerüstet: kaum dass die Konjunktur ansetzte, begann sich darum schon das Geld in einer ganz ungewöhnlichen Weise zu verteuern, und als die Konjunktur den Höhepunkt erreichte, da war man Momente lang in einer Situation, wo tatsächlich die letzten noch an irgend einem Punkte der Welt verfügbaren Mittel herangezogen werden mussten: man kann sich nicht erinnern, dass je zuvor die finanzielle Erschöpfung so allseitig gewesen wäre wie in dieser Periode.

Man hat immer und immer wieder das Wort zu hören bekommen, dass die Geldversteifung nur durch die Bedürfnisse des legitimen industriellen Kredits hervorgerufen wurde. An dem Worte ist etwas Wahres. Die Effektspekulation hat sich nämlich diesseits des Ozeans in sehr engen Grenzen gehalten. Beim Reportgeld von 5 und 6 Prozent und mehr ist weitausgreifende Spekulation kaum mehr möglich: die Zinsen vertreiben jenen Teil der Spekulanten, die nur mit geborgtem Gelde zu arbeiten vermögen. Man glaubte zudem die ganze Zeit über, namentlich in Deutschland, nicht recht an den Fortbestand der Konjunktur, man zitterte eigentlich schon von Anbeginn an vor dem unvermeidlichen Krach: die Kurse blieben niedrig und sichere Bergwerks- und Industrieaktien sind zu einem Preise zu erhalten, der eine 8- bis 9prozentige Verzinsung gewährt. Der Zusammenbruch an der Effektenbörse, der sich im Frühsommer vollzog, ist darum auch nicht auf die Wendung in der Industrie auf dem Kontinent, sondern vor allem auf den Umschwung der Konjunktur in den Vereinigten Staaten zurückzuführen. Man hatte in Deutschland, namentlich während der Jahre der Stagnation, Amerikanerwerte im grössten Stil angekauft: die Verbindung der Deutschen Bank mit Speyer, der Dresdner Bank mit Morgan, der Diskontogesellschaft mit Kuhn-Löb, der Handelsgesellschaft mit Thalmann-Ladenburg hatte nur den Zweck, den deutschen Markt für amerikanische Werte zu präparieren; als nun die Wendung in der amerikanischen Industrie eintrat, warf namentlich die rheinisch-westfälische Industrie, die des Kapitals sehr bedurfte, die Amerikanerwerte in Menge auf den Markt und verursachte eine wahre Deroute auf dem Berliner Effektenmarkt. Hierzu kam, dass die Pariser Börse — die gleichfalls diesmal reservierter war als sonst in Haussezeiten — gerade in dieser Konjunktur aus Gründen, die nur bei genauer Kenntnis der Technik dieses Marktes verständlich sind, der Rioaktie eine grosse Aufmerksamkeit zugewendet und deren Kurs weit über das vernünftige Niveau hinausgetrieben hatte; das jähe Sinken des Kupferpreises von 110 auf rund 60 Pfund Sterling rief eine wahre Panik in Riowerten hervor — deren Kurs in wenigen Tagen um 800 Frs. zurückging — und beraubte so den einzigen starken Markt des Kontinents seiner Festigkeit. Es half nichts, dass man immer und immer wieder betonte, dass die industrielle Konjunktur in Deutschland und Oesterreich noch bestehe: die Aktivität des Effektenmarktes war dauernd vorüber.

Eine Wahrheit, die immer wieder wiederholt werden muss, ist, dass es in der Industrie keine plötzlichen Krachs gibt wie an der Börse, sondern nur eine allmählich eintretende Depression; dass diese sich jetzt vorbereitet, darüber lassen die vorhandenen Anzeichen einen Zweifel kaum zu; schon ist die Papierindustrie im

Niedergang, schon häufen sich die Arbeiterentlassungen in der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie; die Glanzzeiten der metallurgischen Produktion sind vorüber und auch die Textilindustrie blickt nicht mehr so siegessicher in die Zukunft wie vor einigen Monaten; und wenn auch die Eisenverbände in Oesterreich und Deutschland noch immer verkünden, dass sie für Monate hinaus mit Bestellungen versehen sind, so wollen doch bedenklicher Weise seit einiger Zeit diese Termine nicht weiter rücken und der Zeitpunkt rückt immer näher, in dem selbst diese Riesen die Wendung der Konjunktur zu spüren bekommen werden. Voraussichtlich wird ja die Krise, der wir entgegengehen, geringer sein, nicht so tiefgreifend als die von 1900, aber nicht wegen der Kartelle, wie man vielfach sagen hört, sondern deswegen, weil das von Anbeginn teure Geld die Möglichkeit zu allzu weitausgreifenden Industrieinvestitionen nahm, die sonst die Hauptursache der grossen Krisen gewesen sind.

Ingenieur A. Bn.: Der Kampf in den Lüften

Grosse Umwälzungen auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet scheinen mit den Jahrhundertwenden zusammenzufallen. Vor kurzem wurde das Erinnerungsfest des 17. August 1807 gefeiert, an welchem Tage Robert Fultons erstes Dampfschiff »Claremont« die Fluten des Hudson durchkreuzte, und bald werden es auch hundert Jahre, dass die erste Dampflokomotive auf den Kohlenbahnen von Newcastle upon Tyne ihre Fahrten begann. Doch mehren sich schon die Zeichen, dass dieses grossartige Werk menschlichen Geistes, die Dampfeisenbahn, sich der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit nähert und in das Greisenalter einzutreten beginnt; aber nicht der Tod wartet ihrer, sondern eine mächtige Verjüngung durch die ausgedehnte Anwendung der elektrischen Energie zu ihrem Betriebe.

Ein Gedenktag für spätere Geschlechter, vielleicht ein öffentlicher Feiertag, wird die Erinnerung an den 6. Oktober 1903 sein, den Tag, an dem auf deutschem Boden bei den elektrischen Schnellfahrten der Versuchsstrecke Berlin (Marienfelde)-Zossen die auf unserem Planeten bisher grösste Fahrgeschwindigkeit von 210 Kilometern per Stunde erreicht wurde, die höchste und unübertroffene Schnellbeförderung zwecks Ortsveränderung der Menschen. Knapp nach dieser Grosstat wissenschaftlicher Technik tritt mit zunehmender Deutlichkeit die Lösung einer anderen bedeutenden Frage des Verkehrs in die Erscheinung: des Flugproblems oder der endgültigen Beherrschung des Luftozeans.

Diese durch Jahrhunderte als törichte Utopie gescholtene Frage beweist aufs neue, dass bei technischen Erfindungen der gerade Weg der längste ist und oft das Ziel nur auf ungeahnten Umwegen erreicht werden kann.

Die Lösung technischer Probleme ist die Resultante aller wissenschaftlichen Voraussetzungen einer bestimmten Epoche und ohne zielbewusste theoretische Grundlage und Vorarbeit ist kein technischer Fortschritt möglich. Tausende von vernichteten Existenzen bilden die Marksteine dieses Kalvarienberges der Erfinder; Hohn, Lächerlichkeit und Verachtung war ihr Los, Narren und Utopisten hat man sie gescholten, weil sie sich zu früh mit unzulänglichen Mitteln und mit unzureichendem Können an diese schwierige Frage herangewagt haben.

Und doch sind wir diesen Pfadfindern Dank schuldig, sie, die ewigen Idealisten, die unentwegt Hoffenden, bilden das treibende Element jedes geistigen Fortschrittes. Utopie ist die Vorläuferin jeder Umgestaltung menschlicher Verhältnisse und ihr begrifflicher Inhalt und ihre Wertung ist wie alles dem steten Wechsel unterworfen. Man könnte mit Recht den Ausspruch Pascals »Vérité en deça, erreur au delà« vom Oertlichen auf das Zeitliche übertragen und sagen, was heute als Irrtum und als Utopie gilt, wird nach Jahren Wahrheit und Gemeingut der Menschheit.

Verfolgt man historisch das Werden und Wachsen des Flugproblems, so sieht man, dass auch hier die Gesetze der Entwicklung des geistigen Lebens volle Geltung finden und dass sonderbarer Weise auch hier wieder die herrschenden Klassen unbewusst und in vermeintlicher Förderung ganz anderer Ziele für den Fortschritt

der Menschheit Vorspanndienste zu leisten gezwungen waren; genau so, wie die Aufklärung der Massen und die immer wachsende Ausbreitung sozialer Ideen unbewusst von den reaktionärsten Mächten, zum Beispiel vom Militarismus, gefördert wurden, wobei diese ganz andere Zwecke und Ziele im Auge hatten. Man braucht nur an den »preussischen Schulmeister« zu erinnern, der »die Schlacht bei Königgrätz gewonnen hat« und die darauf unmittelbar folgende Einführung des obligatorischen Volksschulunterrichtes in Oesterreich, an die erste gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit, weil der Staat bei der stets zunehmenden Verelendung der Massen fürchten musste, nicht genug taugliche Rekruten zu finden, und an ähnliche Fälle, wo schliesslich die breiten Volksmassen zu nutzen wussten, was ursprünglich nur dem Sonderinteresse der herrschenden Klassen dienen sollte. So sehen wir auch jetzt dieselben vorwärtstreibenden sozialen Gewalten am Werke, welche die Kriegsverwaltungen zwingen, als mächtige Förderer der nächsten grossen technischen Errungenschaft, der Beherrschung der Luft, gleichzeitig überall aufzutreten. Aber auch die unmittelbaren Vorläufer dieser Erfindung, ohne deren Wirken die endgültige Lösung noch weiter hinausgeschoben worden wäre, nämlich das Radfahren und der Automobilmus, fanden in solchen Kreisen mächtige Unterstützung, welchen im allgemeinen das Wohl der Menschheit ziemlich gleichgültig ist. Der Sport der höchsten Gesellschaftskreise und das Eingreifen der Militärverwaltungen hat diesen Erfindungen einen Anstoss gegeben, der dieselben in kürzester Zeit zu ungeahnter Vollkommenheit brachte und das Reifen des Flugproblems gewaltig förderte. Von 50 bis 100 Kilogramm Eigengewicht per Pferdekraft der Motoren vor beiläufig 20 Jahren sind wir heute beim Antoinette-Motor von Peugeot in Paris auf $1\frac{1}{2}$ Kilogramm per Pferdekraft gelangt. Dieser Motor wurde bereits in Einheiten von 100 Pferdekraften hergestellt und hat wiederholt ganz einwandfreie Arbeitsleistungen vollführt, so bei den Flugapparaten von Santos-Dumont und den Ballons des Lebaudy. Die Leichtmotorenindustrie weist heute Leistungen auf, welche noch vor einigen Jahren von Fachmännern als lächerliche Unmöglichkeiten hingestellt worden wären.

Ohne auf das Historische des Flugproblems näher einzugehen, wollen wir nun den gegenwärtigen Stand der Luftschiffahrt kurz überblicken und die bisher angewendeten Methoden beleuchten.

Es gibt drei Hauptsysteme der Luftschiffe:

1. die Ballons oder aërostatischen Luftschiffe;
2. die Motorballons, die eine Mittelklasse zwischen den aërostatischen und dynamischen Flugschiffen bilden, und
3. die Flugapparate und Flugmaschinen oder die rein dynamischen Luftschiffe.

Die Kugelballons sind bereits über 100 Jahre alt und wurden im Jahre 1783 in Frankreich erfunden, dem Lande, dem wir beinahe alle Fortschritte auf dem Gebiete der Luftschiffahrt verdanken. Es ist bekannt, dass die Ballons durch die Füllung mit einem Gase, welches leichter als die Luft ist, soviel potentielle Energie zugeführt erhalten, dass sie befähigt werden, aufzusteigen. Sie sind jedoch im Luftozan wehrlos dem Winde und den Luftströmungen preisgegeben, da sie keinerlei Eigenbewegung besitzen. Nur die Beschleunigung des Aufstieges und die Möglichkeit des Sinkens ist dem Willen der Bemannung anheimgegeben, indem durch Auswerfen von Ballast das Gewicht verringert wird oder durch Auslassen eines Teiles der Gasfüllung die Steigkraft vermindert oder vernichtet werden kann. Bis heute werden diese Kugelballons noch als Kaptivballons zu Rekognosierungszwecken von den Kriegsverwaltungen verwendet; auch haben sie eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zur Erforschung der Physik der Atmosphäre, wobei besonders häufig die Form von Pilotenballons, welche mit automatischen Registrierapparaten unbemannt hochgelassen werden, Anwendung findet.

Das langjährige Streben, die Ballons lenkbar zu machen, das heisst ihnen eine von den zufälligen Luftströmungen unabhängige Eigenbewegung zu verleihen, beschäftigte seit Mongolfier und Charles Tausende von Erfindern. Man könnte ein tragisches Heldengedicht des irrenden Menschengenies schreiben, wollte man alle nutzlosen Versuche schildern, welche bis in die neueste Zeit zur Erreichung dieses Zweckes angestellt wurden. Die Segel (sic!) und das Steuer, die Ruder und von der Hand getriebenen

Schrauben, das Vorspannen von Adlern und Raben erschöpfen lange nicht diese Reihe von falschen und unzulänglichen Mitteln, die man anzuwenden versuchte. Erst die Lösung der Motorenfrage brachte endlich, vorerst in begrenztem Masse, das lang ersehnte Resultat. Solange eine Lenkbarkeit der Ballons nicht ernstlich in Frage kam und nur der vertikale Aufstieg beabsichtigt war, gab man allen Ballons die geometrisch einfachste Form der Kugel; als jedoch die Möglichkeit vorlag, eine bestimmte horizontale Richtung mit dem Ballon zu verfolgen, musste man zur besseren Bekämpfung des Luft- und Winddruckes den Widerstand gegen die Durchdringung des Mediums auf das geringste Mass verringern. Mathematisch war dieses Problem schon längst durch den bedeutenden Mathematiker Dirichlet gelöst, doch wählte man nebst der von ihm angegebenen auch die Zigarren-, Geschoss- und Tropfenform.

Wieder war es ein Franzose, der berühmte Ingenieur Henry Giffard, der im Jahre 1852 den ersten Motorballon konstruierte. Dieser spindelförmige Ballon hatte bei einem Maximaldurchmesser von 12 Metern und 44 Metern Länge einen Fassungsraum von 2500 Kubikmetern. Die Propellerschraube wurde von einer sehr sinnreich konstruierten Dampfmaschine getrieben. Doch konnte ein wirksames Resultat wegen des grossen Gewichtes des Motors und seiner geringen Leistungsfähigkeit nicht erreicht werden, immerhin erzielte Giffards erster Ballon bei Windstille eine Eigengeschwindigkeit von 3 Metern per Sekunde. Wir übergehen die weiteren Versuche der verdienstvollen Nachfolger Giffards, des französischen Marineoffiziers Dupuy de Lôme, des Deutschen Paul Hähnlein, und kommen zu den epochemachenden Versuchen der französischen Hauptleute Renard und Krebs, welche ihre berühmten Fahrten mit dem Militärballon »La France« am 9. August 1884 von Chalais-Meudon, dem klassischen und ältesten Boden der Aëronautik, nach Paris und zurück unternahmen. Es war dies die erste tatsächlich vollführte Fahrt eines lenkbaren Ballons nach einem vorher bestimmten Fahrplan.

Die heute fast allgemein angewendeten Explosionsmotoren waren zu Giffards Zeiten noch nicht bekannt, aber auch Renard und Krebs wollten wegen der damals überschätzten Feuersgefahr einen solchen nicht verwenden und benützten eine Chromsäurebatterie zum elektrischen Antrieb der zweiflügeligen Propellerschraube, die das erstemal am Vorderteil des Luftschiffes angebracht wurde. Mit 9 Pferdekraften wurde bei einem Ballon von 1864 Kubikmetern Inhalt eine Eigengeschwindigkeit von 6.2 Metern erreicht. Wir streifen nur flüchtig die Versuche des Oesterreichers Schwarz im Jahre 1897 mit seinem ersten Aluminiumballon in Geschossform, der am Tempelhofer Felde bei Berlin verunglückte, die bekannten vielfachen Versuche von Santos-Dumont und dem Grafen Zeppelin mit dem Riesenballon von 11.000 Kubikmetern Inhalt, und wollen nur die erzielten Endresultate kurz zusammenfassen.

Die Lenkbarkeit eines Motorballons ist eine Funktion der Grösse der demselben durch die motorische Kraft verliehenen Eigengeschwindigkeit. Die Verfolgung einer bestimmten Richtung hängt nun von der Windstärke ab, welche überwunden werden muss. In unseren Gegenden ist das Maximum der beobachteten Windstärke ein Sturm von 40 Metern per Sekunde. Es wird niemand verlangen, dass die Luftschiffe derart konstruiert sein sollen, dass sie diesen ungeheuren Widerständen wirksam begegnen können, da diese Windstärke einem Druck von 160 Kilogramm per Quadratmeter entspricht und ein Sturm von dieser Gewalt vielleicht nur einmal im Jahre für kurze Zeit eintritt. Dagegen sind Windstärken von 10 bis 15 Metern per Sekunde ziemlich häufig und insbesondere in Höhen von 400 bis 500 Metern, in welchen sich Motorballons bewegen, zu gewissen Jahreszeiten sogar eine ziemlich regelmässige Erscheinung. Um diesen Luftströmungen entgegenarbeiten zu können, muss der Ballon mindestens eine grössere Eigengeschwindigkeit besitzen als die der regelmässigen Luftströmungen.

Wie verhalten sich nun hierzu die bisher erzielten Resultate?

Wir haben bereits früher gesehen, dass der erste Motorballon von Giffard eine Eigengeschwindigkeit von 3 Metern per Sekunde erreicht hat, jener von Krebs und Renard 6.2 Meter per Sekunde; die Motorballons von Santos-Dumont erzielten 7.8 bis 9 Meter, Lebaudy 11.6 Meter und der berühmte Riesenballon des Grafen Zeppelin bei seinem letzten Versuch am Bodensee bis 12.5 Meter per Sekunde.* Wir

* Es sind hier die Versuche des Jahres 1906 gemeint.

sehen aus diesen Ziffern, dass die Fortbewegungsmöglichkeiten für alle diese Ballons in ziemlich engen Grenzen geblieben sind und keiner derselben die geringste Eigenbewegung bei einer Windstärke von 13 Metern per Sekunde hätte vollführen können, sondern in diesem Falle einfach ein Spielball der Winde geblieben wäre.

Als nun vor einigen Monaten der französische Ballon »La Patrie« wieder die Aufmerksamkeit der ganzen Welt durch seine glücklichen Fahrten auf sich gezogen hat und plötzlich die Militärverwaltungen aller Länder dem neuen Kriegsmittel ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken begannen, da wurde als das nächste zu erreichende Ziel der Ballontechnik eine Eigengeschwindigkeit von mindestens 15 Metern per Sekunde aufgestellt.

Wie weit hat man sich nun durch die letzten Versuche der französischen, deutschen und englischen Militärverwaltungen dieser vorläufigen Rekordziffer genähert?

Das Standard-Luftschiff »La Patrie« hat bei einer Länge von 62 Metern, einem Inhalt von 3650 Kubikmetern, mit seinem Gerippe aus Stahlrohren und seiner für sechs Personen berechneten Gondel von Nancy nach Foul sieben Probefahrten vollführt, wobei 15 Kilometer in einer halben Stunde zurückgelegt worden sind, das gibt bei Windstille nur eine relative Gegengeschwindigkeit von 8·4 Metern per Sekunde; nimmt man eine durchschnittliche Windstärke von 4 bis 5 Metern an, so ergibt sich eine absolute Geschwindigkeit von 12 bis 13 Metern per Sekunde. Andererseits soll dieses Luftschiff eine Dauerfahrt von Maison nach Chalais-Meudon bei sehr bewegter Luft in 1 Stunde 12 Minuten vollbracht haben, was bei einer Entfernung von 52 Kilometern bei Windstille 12 Meter per Sekunde und bei dem angeblich sehr starken Wind sogar die unbewiesene und unglaubwürdige Ziffer von 20 Metern per Sekunde, von 72 Kilometern per Stunde, also eine Schnellzugsgeschwindigkeit ergeben würde.

Gegenüber diesem Resultat, dessen vollständige Richtigkeit wohl noch bezweifelt werden muss, stünden die Leistungen von Lebaudy, dann jene des deutschen Militärballons von Major Gross und Parseval sowie des englischen Kriegsballons noch erheblich zurück. Immerhin darf als Tatsache angenommen werden, dass der Rekord des besten Motorballons heute 15 Meter per Sekunde oder 54 Kilometer per Stunde betragen dürfte.

Wie stehen nun die Zukunftsaussichten für die Motorballons?

Die Eigengeschwindigkeit eines Motorballons ist von zwei Hauptfaktoren abhängig: von der Querschnittsfläche, respektive Durchdringungsfläche des Luftschiffes und von der auf dem Ballon verfügbaren motorischen Kraft. Sehen wir zunächst, wie es sich mit den Ballondimensionen im allgemeinen verhält: Da ein mit Leucht- oder Wasserstoffgas gefüllter Ballon einen Auftrieb besitzt, der es ihm erst bei einer Dimension von zirka 100 Kubikmetern ermöglicht, das Gewicht eines einzigen Menschen hochzuheben, so kann man sich beiläufig einen Begriff von den Dimensionen solcher für Kriegszwecke erforderlichen Ungetüme machen. Einige Zahlen mögen dieses Bild vervollständigen:

Ballon	Länge	Grosser Durchmesser	Kubikinhalt
	Meter	Meter	Kubikmeter
Giffard	44	12·0	2.500
Hänlein	50	9·2	2.400
Renard-Krebs	50	8·4	1.860
Schwarz	47	14·0	3.700
»Patrie«	62	9—10	3.650
Zeppelin	128	11·6	11.000

Um nun den Luftwiderstand solcher grosser Ballons zu überwinden, ist eine bedeutende motorische Kraft nötig und jeder Meter Rekord erfordert eine wesentliche Erhöhung der Arbeitsleistung des Motors, da diese in der dritten Potenz der Geschwindigkeit wächst. Wenn zum Beispiel Santos-Dumont, der mit einem Motor von 16 Pferdekraften zirka 8 Meter per Sekunde mit seinem Motorballon erzielt hat.

einem Wind von 16 Metern per Sekunde hätte standhalten wollen, so wäre bei dieser doppelten Windstärke ein achtmal so starker Motor oder ein solcher von $16 \times 8 = 128$ Pferdekraften nötig gewesen. Dies hätte jedoch das Gewicht und mittelbar wieder die notwendigen Ballondimensionen bedeutend erhöht. Für diese erhöhten Ballondimensionen wäre jedoch auch der 128pferdige Motor wieder zu schwach gewesen, so dass man aus diesem Circulus vitiosus nur mit allerhand Kunststücken bis zu einer gewissen engezogenen Grenze zu kommen vermag, über die hinaus der Ballon überhaupt versagt.

Nun kommt dazu, dass, wie früher erwähnt, der Winddruck auf den Ballon mit zunehmender Geschwindigkeit solche Druckkräfte entfesselt, dass die Ballonhülle denselben nicht mehr widerstehen kann. Aus diesem Grunde und um das Vor-eilen der Gondel (Slip), an welcher die Propellerschraube, also die vorwärts treibende Kraft wirkt und dieser eine relativ schnellere Bewegung als der massige Ballon mitteilt, zu vermeiden, ist man auf sogenannte starre und halbstarre Systeme übergegangen (Zeppelin, »Patrie« etc.). Die starren und halbstarren Systeme mit ihren Stahl- und Aluminiumversteifungen erfordern wieder bei ihren grossen Gewichten kolossale Ballondimensionen, wobei für die Hebung der Motore selbst nur ein geringer Teil des Auftriebes übrig bleibt. Eine weitere Schwierigkeit bei den Ballons ist die relativ nur kurze Zeit, welche dieselben in den Lüften zuzubringen imstande sind, also ihr geringer Aktionsradius. Von dem bereits erreichten Luftrekord von 3 Stunden 12 Minuten der »Patrie« bis zu dem von 100 Stunden, die Graf Zeppelin mit seinem durch Aluminiumhüllen geschützten Ballon zu erreichen versprach, trennt uns noch ein weiter Weg. Die Diffusion des Gases, die Feuchtigkeit der Luft, die Besonnung der Hülle sind ebensoviele noch zu bekämpfende und wahrscheinlich niemals zu überwindende Hindernisse.

Ueberblickt man die grossen Schwierigkeiten, welche der weiteren Entwicklung der Motorballons entgegenstehen, und hält man diesen den raschen Aufschwung und die kolossalen Erfolge der Leichtmotoren entgegen, so ergibt sich mit unumstösslicher Gewissheit, dass die Motorballons knapp vor der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit stehen und durch die dynamischen Luftschiffe sehr bald ersetzt werden dürften. Die ersteren verhalten sich zu den letzteren genau so wie die Segelschiffe zu den Dampfschiffen. Die Ballons mit ihrem schwerfälligen Bau, den grossen Dimensionen, der vollständigen Abhängigkeit von Wind und Wetter, dem schweren Ausfahren, dem zweifelhaften Landen sind die hilflosen Segler der Lüfte; die dynamischen Flugschiffe werden dagegen, ausgerüstet mit gewaltigen motorischen Kräften, die eigentlichen Beherrscher der Lüfte sein.

Nichtsdestoweniger ist es begreiflich, dass die Militärbehörden lieber mit der Krücke des Ballons die Vorteile der Luftschiffahrt ausnützen wollen, als vorläufig ganz auf diese Kriegswaffe zu verzichten, um das erste wirksame dynamische Luftschiff abzuwarten.

Es hat genügt, dass es dem ewig regen Geist der Franzosen geglückt ist, neuerliche Verbesserungen an dem Motorballon auszuführen und dass sich die öffentliche Meinung in diesem Land für die Erprobung der »Patrie« und der »Ville de Paris« für militärische Zwecke ausgesprochen hat, um sofort in der ganzen zivilisierten Welt eine fieberhafte Tätigkeit für die Luftschiffahrt anzufachen. Schon spricht man davon, dass fünf Ballons nach der Type des »Patrie« und drei nach Bauart »Lebaudy« von der Kriegsverwaltung bestellt wurden, um damit die Festungen von Toul, Epinal, Belfort, Besançon und Châlon zu armieren. 48 Offiziere mit 92 Unteroffizieren sollen in den Dienst der neuen Kriegswaffe gestellt werden.

Da nun Motorballons von der Type der »Patrie« trotz ihren Unzulänglichkeiten immerhin ein Nutzwert von 1200 Kilogramm zu tragen vermögen, wovon zirka die Hälfte, also 600 Kilogramm auf Sprenggeschosse entfallen könnte, so dürfte nach der allgemein geltenden Meinung die Kriegsfähigkeit solcher Luftschiffe kaum mehr in Frage gestellt werden. Keineswegs dürften die Friedenskonferenzen, auch die Haager nicht, die Militärmächte verhindern, im Ernstfall von dieser neuen Waffe Gebrauch zu machen und Bomben und Brisanzladungen auf Marschkolonnen, Kantonierungen, Brücken, besetzte Städte und Festungswerke zu werfen und sich gegenseitig in den

Lüften anzugreifen. Nebst dieser Verwendungsart der Motorballons im Krieg werden dieselben jedenfalls auch grosse Dienste für den Kundschafter- und Aufklärungsdienst leisten und kaum mehr entbehrt werden können. Wir stehen jedenfalls an der Schwelle einer neuen Umwandlung der Kriegskunst und werden uns an den Gedanken gewöhnen müssen, dass bald alle Staaten mit Luftartillerieflotten versehen sein werden. Doch je schrecklicher die Kriegswaffen auch werden mögen und je mörderischer ein Zukunftskrieg auch ausfallen mag, so birgt diese schreckliche Perspektive in sich doch auch den tröstlichen Gedanken, dass diese Geissel der Menschheit immer seltener erscheinen muss und dass die Kriegsfurie mit dem Willen des Volkes nur noch wird entfesselt werden können, wenn der Menschheit höchste Güter bedroht sind.

Wie die Lanze Achills die Wunden heilt, die sie schlägt, so wird der durch die Militärmächte aufgepeitschte Erfindungsgeist durch die in die Nähe gerückte Verbesserung der Luftschiffe, insbesondere aber durch den Ersatz der Ballons durch die dynamischen Luftschiffe, von denen wir ein anderesmal sprechen wollen, den menschlichen Fortschritt in einer Weise fördern, dass die Möglichkeit der Kriege zwischen zivilisierten Nationen beinahe ausgeschlossen bleiben wird.

Dynamische Flugschiffe werden in nicht zu langer Zeit die vollständige Lösung des Flugproblems bringen, in ihrer Unabhängigkeit von den Luftströmungen und den Unbilden der Witterung, ihrer tadellosen Lenkbarkeit mit ihren grossen hochgehobenen, durch die Lüfte beförderten Massen, der absoluten Sicherheit und ungeheuren Geschwindigkeit müssen sie die ganzen menschlichen Verkehrsverhältnisse und Beziehungen revolutionieren.

Werden die künstlichen Grenzen zwischen den Ländern dann allmählich verschwinden? Werden Handel und Verkehr dann andere und höhere Formen anzunehmen gezwungen sein? Werden die Zollgrenzen der neuen Waffe des menschlichen Geistes standhalten können? Was werden dann noch alle Entfernungen bedeuten, die heute Länder und Völker scheiden?

Durch die engere Verknüpfung aller geistigen und physischen Beziehungen wird sich die Solidarität der Menschheit aus der Utopie zur Wirklichkeit durchringen und nie geahnte Fortschritte werden dadurch erzielt werden, dass die feindlichen Kräfte und der ausschliessende Hass verschwinden und sich die Nationen zu friedlicher Arbeit und zum Wohle der Gesamtheit vereinigen und dadurch Energien zu fruchtbarem Tun frei werden, welche bis nun ungenützt verdorben sind. Dann wird der Kampf in den Lüften aus tausend feuerspeienden Schlünden den Zusammenbruch der alten Gesellschaftsordnung verkünden und die erlöste Menschheit wird den endlichen Sieg der sozialen Idee feiern.

Bücherschau

Parteiliteratur.

Tausenden ist der Kalender immer noch das einzige Buch, das sie kaufen und lesen. Ein zweckmässig redigierter Arbeiterkalender kann daher ein sehr wirksames Mittel der Belehrung und der Propaganda sein, das zu Massen dringt, die unsere Bücher und Broschüren nicht erreichen. Leider lässt die Verbreitung der von der Partei und den Gewerkschaften herausgegebenen Kalender noch viel zu wünschen übrig. Im letzten Jahre wurden von den deutschen Arbeiterkalendern in Oesterreich 88.000 Exemplare abgesetzt — eine Zahl, die zur Auflage unserer Parteiblätter und zur Mitgliederzahl unserer Organisationen in schreiendem Missverhältnis steht.

Der soeben im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung erschienene »Oesterreichische Arbeiterkalender für das Jahr 1908«

(Preis 80 h) verdient es, dass die Organisationen sich mit aller Kraft für seine Verbreitung einsetzen. Der Kalender enthält nicht nur das Kalendarium und die üblichen Angaben über Post- und Telegraphentarife, Jahrmärkte u. s. w., nicht nur ein Verzeichnis aller österreichischen Arbeitervereine, Partei- und Gewerkschaftsblätter, sondern auch zahlreiche belehrende Abhandlungen. Auch für das Unterhaltungsbedürfnis ist gesorgt und viele Illustrationen schmücken das Buch.

Den Reigen der belehrenden Aufsätze eröffnet Genosse Kaff mit einer Jahresrundschau über das letzte Jahr. Leider ist diese Rundschau ziemlich unvollständig; gibt es zum Beispiel von den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ereignissen in England während eines ganzen Jahres wirklich nichts zu erzählen, so dass nur der Tod Josef Listers erwähnt werden konnte?

Dr. Renner erzählt die Geschichte der Wahl-

rechtskämpfe in Oesterreich seit 1867, Dr. Ellenbogen würdigt die Bedeutung des Kunstwerkes Richard Wagners in einem Artikel, der auch dann interessant ist, wenn er (wie an jenen Stellen, die sich in philosophische Betrachtungen verlieren) zum Widerspruch herausfordert, Dr. Rudolf Pösch schildert Land und Leute in Australien, Viktor Stein erzählt die Geschichte der Herstellung und des Vertriebes der Bücher, Therese Schlesinger hat sich mit einer sozialpolitischen Studie über »Das Kind in Staat, Gemeinde und Familie« eingestellt, Adolf Braun bespricht die Entwicklung der Kartelle, Hans Deutsch spricht in einem kurzen — allzu kurzen — Aufsatz vom Kommunistischen Manifest, dessen 60. Geburtstag wir in diesem Jahre feiern. Karl Leuthner endlich gibt eine interessante Uebersicht der neueren Literatur, die das Geheimnis des Lebens und Wirkens Jesu aufzudecken versucht. Der Leser wird also in dem Arbeiterkalender vielseitige und reiche Belehrung finden.

Unsere Kalender führen einen schweren Konkurrenzkampf gegen die von bürgerlichen Verlegern herausgegebenen »Volkskalender«, die mit ihren mit unwahrer Sentimentalität und Romantik getränkten Romanen und Novellen dem Bedürfnis nach »spannender« Lektüre weit entgegenkommen. Ob wir diese schädliche Literatur nicht wirksamer bekämpfen können, indem wir in unseren Kalendern guter Belletristik mehr Raum als bisher einräumen, wäre wohl zu erwägen. Aber nicht nur auf die Auswahl des Stoffes, sondern auch auf die Schreibweise kommt es in hohem Grade an. Der sozialdemokratische Schriftsteller hat die Pflicht, nicht etwa nur ersetzbare Fremdwörter zu vermeiden, sondern auch seine Phraseologie den Bedürfnissen der Leser anzupassen, die an eine schlichte Sprache gewöhnt sind; er hat diese Pflicht in um so höherem Grade, je weiter der Kreis ist, zu dem er sprechen will, nirgends in höherem als gerade in unserer Kalenderliteratur, die ja nicht nur für die Wiener Arbeiter, sondern auch für die weniger geschulte Arbeiterschaft der Provinz bestimmt ist und die die bürgerlichen »Volkskalender« nur verdrängen kann, wenn sie nicht nur dem Bedürfnis der Arbeiter, sondern auch dem ihrer Frauen genügt. Gewiss ist es jedem von uns ein nicht geringes Opfer, dass wir der Ausnützung aller Ausdrucksmöglichkeiten entsagen sollen. Aber wir werden für diesen Verzicht durch das schöne Vorrecht entschädigt, an der Erziehung unserer Jugend mitwirken, das Denken und Wollen der Arbeiterklasse mitbestimmen zu dürfen. Wer jemals beobachtet hat, wie ein ausgezeichnete Artikel oder eine gute Broschüre den Kreis ihres Wirkens durch eine unzumutbare Ausdrucksweise selbst einschränkt, wird es wohl berechtigt finden, wenn wir an Selbstverständlichkeiten wieder einmal erinnern. O. B.

Gewerkschaftliche Literatur

Die Entwicklung der österreichischen Gewerkschaften lässt sich nicht bloss an ihren äusseren Erfolgen, an dem Wachsen ihrer Mitgliedschaften und an der Gebarung ihrer Kassen, sondern auch auf geistigem Gebiete messen.

Der »Kampf« soll regelmässig über alle literarischen Erscheinungen der österreichischen

Gewerkschaftsbewegung berichten. Obgleich die hierzu erforderliche Unterstützung der einzelnen Verbände und Vereine noch nicht erbeten wurde, wir somit den Anspruch auf Vollständigkeit nicht zu erheben vermögen, so können wir schon jetzt über eine stattliche Anzahl von Schriften, die im Laufe der verflossenen 12 Monate erschienen sind, berichten.

Aus Anlass des Gewerkschaftskongresses sind drei Schriften von dauerndem Werte erschienen: Der »Bericht der Gewerkschaftskommission Oesterreichs an den fünften ordentlichen Kongress der Gewerkschaften Oesterreichs in Wien 1907« (128 Seiten 8°), »Die Gewerkschaften Oesterreichs 1892 bis 1906 in graphischer Darstellung. Gewidmet dem V. ordentlichen Kongress der Gewerkschaften Oesterreichs in Wien 1907« (13 Tafeln mit Erläuterungen) und die »Sitzungsprotokolle der Gewerkschaftskommission Oesterreichs vom 7. Mai 1895 bis 31. Dezember 1906« (183 Seiten 8°). Eine Fülle von Material über den Stand und über die Entwicklung unserer gewerkschaftlichen Organisationen wird uns in diesen Schriften geboten, die für jeden unentbehrlich bleiben werden, der sich praktisch oder theoretisch mit den fachgewerblichen Arbeiterorganisationen Oesterreichs beschäftigen will. Nicht bloss für die Gewerkschaften als Gesamtheit, sondern auch für die einzelnen Organisationen wird man in der an erster Stelle genannten Schrift viel Material finden. An Uebersichtlichkeit und Klarheit der Darstellung ist sie alles Lobes wert. Es ist nur möglich, hier auf einige besonders wertvolle Teile dieser Arbeit hinzuweisen. So finden wir die Beschlüsse der bisherigen Gewerkschaftskongresse, eine Geschichte der Gewerkschaftsbewegung der Jahre 1903 bis einschliesslich 1906 mit zahlreichen Unterkapiteln, eine Darstellung der internationalen Verbindungen der Gewerkschaften, Finanzberichte, saubere und klare Tabellen über die Stärke, Entwicklung, Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften. Illustriert wird diese Arbeit durch die an zweiter Stelle genannte, wo in überaus klaren und eindringlichen graphischen Darstellungen die Bedeutung der Gewerkschaften gezeigt wird. Ist der Text der ersten Arbeit und die grosse statistische Leistung in ihr, gleichzeitig die Voraussetzung der zweiten Arbeit, dem Genossen Anton Hueber zu danken, so ist für die Ausarbeitung der graphischen Darstellung dem Genossen Konrad Kubala Anerkennung zu zollen. Den Sinn für die Notwendigkeit, die Dokumente für die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung zu sammeln und allgemeinem Gebrauch zugänglich zu machen, erkennt man aus der Sammlung der Sitzungsprotokolle der Gewerkschaftskommission. Ein eingehendes Register erleichtert die Ausnützung des wertvollen Inhalts dieses Quellenwerkes, das nicht nur für die Erkenntnis der Vergangenheit unentbehrlich sein wird, sondern auch oft zur Wegleitung in der Zukunft als Berater dienen wird. Ein sehr sorgsam und alle Einzelheiten berücksichtigendes Register wird die Benützung des Buches erleichtern und fördern.

Die Zentralverbände der Gewerkschaften weisen auch bedeutungsvolle Leistungen auf. In erster Linie sind zu nennen die Rechenschaftsberichte der Verbandsleitungen, die uns lehren,

wie vielseitig die Wirksamkeit der Organisationen ist und wie Grosses mit verhältnismässig kleinen Mitteln geleistet wird. Schon durch seinen Umfang, durch die Fülle des statistischen, durch graphische Darstellungen ergänzten Materials verdient an erster Stelle genannt zu werden der vom Verband der Metallarbeiter Oesterreichs herausgegebene »Bericht über die Verbandstätigkeit in den Verwaltungsjahren 1904 und 1905«. 640 Seiten füllt dieser Bericht, dem wenige Veröffentlichungen ausländischer Gewerkschaften an die Seite gestellt werden können. Weit schmäler im Umfange, aber eindringlich über die gewaltigen Fortschritte der Textilarbeiterorganisation belehrend tritt uns entgegen der von der Union der Textilarbeiter Oesterreichs erstattete »Bericht über die Tätigkeit in der III. Verwaltungsperiode, den Jahren 1905 und 1906«. Ebenso wie der vom Verband der Vereine der Buchdrucker und Schriftgiesser und verwandter Berufe Oesterreichs herausgegebene »Bericht über die Tätigkeit des Verbandes im Jahre 1906« enthält er eingehende Nachweisungen über die Entwicklung der Organisationen, über ihren Nutzen für die Mitglieder, über die von den Unternehmern in zähen Verhandlungen oder harten Kämpfen abgerungenen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Jeder Verein der Buchdrucker veröffentlicht besondere Jahresberichte. Im Zusammenhang sei auch erwähnt der »Jahresbericht der Buchdruckerei- und Schriftgiessereihilfsarbeiter Niederösterreichs für das Jahr 1906«, aus dem auch erfreuliche Fortschritte der Organisation zu erkennen sind.

Der Tätigkeitsbericht der Metallarbeiter wird ergänzt durch ein 220 Seiten starkes Buch »Verhandlungen des achten Verbandstages der Metallarbeiter Oesterreichs«, Rechenschaftsberichte und Berichte über die Generalversammlungen vereinigt finden wir im »Protokoll der Verhandlungen des VIII. Verbandstages des Verbandes der Holzarbeiter Oesterreichs« (156 Seiten Klein 8^o), »Protokoll der Verhandlungen des II. Verbandstages«, die der Verband der Steinarbeiter Oesterreichs auf 104 Seiten Klein 8^o veröffentlicht hat, dann in den »Verhandlungen des I. Verbandstages der Brauereiarbeiter, Fassbinder und verwandter Berufe Oesterreichs« (70 Seiten 8^o), in dem 190 Seiten starken »Protokoll des VIII. Verbandstages nebst Tätigkeitsbericht über die Verwaltungsjahre 1905

und 1906«, die der Zentralverband der Maurer Oesterreichs auf 191 Seiten herausgegeben hat, und in dem »Protokoll der Verhandlungen der II. Generalversammlung der Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen und -Arbeiter Oesterreichs« (71 Seiten 8^o). Alle diese Berichte und Protokolle sind Denksteine fortschreitender Entwicklung, sie eröffnen die Aussicht weiterer Kräftigung der Organisationen und neuer Erfolge für die Zukunft.

Einen statistischen Rechenschaftsbericht über die Verbesserungen der Löhne und über die Verkürzung der Arbeitszeit, die in erster Linie der Wirksamkeit der Organisation zu danken sind, finden wir in der eindrucksvollen Arbeit Karl Richters: »Die Lage der Holzarbeiter Oesterreichs im Jahre 1906. Bearbeitet nach statistischen Erhebungen des Verbandes der Holzarbeiter Oesterreichs« (23 Seiten Klein 8^o). Ergänzt wird diese Schrift durch den »Rechenschaftsbericht der freien Organisation der Tischler Wiens für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1906« mit einer »Zusammenstellung der im Berichtsjahre abgeschlossenen Verträge der einzelnen Gruppen«. Die erheblichen finanziellen Leistungen und den genauen Inhalt der Kollektivverträge ersieht man aus dieser 48 Seiten starken Schrift.

Ueber die Aufgaben der Verbandsfunktionäre belehrt in interessanter Weise das »Handbuch für die Ortsgruppenfunktionäre der Union der Ziegelarbeiter« (40 Seiten Klein 8^o).

Eine bemerkenswerte Erscheinung sind die in Deutschland zuerst aufgetauchten Agitationschriften zur Gewinnung neuer Mitglieder, die nun auch von den österreichischen Gewerkschaften herausgegeben werden. Als schmuckes, sehr gut ausgestattetes Heftchen, ganz verschieden von den hässlichen auf schlechtem Papier gedruckten Flugschriften, repräsentieren sich die »Feierabend-Gespräche. Eine Schrift für die in der Buchbinderei und den verwandten Berufszweigen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Oesterreichs«. Der Verein der Buchbinder und Rastrierer etc. verteilt das Schriftchen unentgeltlich. In gemeinverständlicher Sprache unterhalten sich Arbeiter und Arbeiterinnen über den Wert der Organisation, bis zuletzt den Widerstrebenden klar gemacht wird. Vielleicht liessen sich in einer neuen Auflage die Gespräche durch Kürzung der einzelnen Reden etwas lebhafter gestalten. Den Schluss der Broschüre, die sicherlich viel Anklang finden wird, bildet eine Uebersicht über die Pflichten und Rechte der Mitglieder. br.

Die Arbeiterbibliothek

Das sozialdemokratische Programm.

Wer die moderne Arbeiterbewegung und den modernen Sozialismus studieren will, muss zunächst das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei kennen und verstehen. Die österreichische Sozialdemokratie hat die Grundsätze ihres Handelns zum erstenmal im Jahre 1889

auf dem Parteitag in Hainfeld zu einem Programm zusammengefasst; die drei von diesem Parteitag beschlossenen Resolutionen (die »Prinzipienerklärung«, die Resolution über die politischen Rechte und die über die Arbeiterschutzgesetzgebung und »Sozialreform«) nennen wir das Hainfelder Programm. Auf dem Gesamtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie, der im Jahre 1901 in Wien tagte, wurden die Hainfelder Resolutionen durch eine voll-

kommene Zusammenfassung der sozialdemokratischen Grundsätze ersetzt. Dieses Programm (das »Wiener Programm«) gilt noch heute: der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich kann nur angehören, wer sich zu den Grundsätzen dieses Programms bekennt und ihnen gemäss handelt. Das Programm ist durch die Wiener Volksbuchhandlung (Wien, VI., Gumpendorferstrasse 18) zum Preise von 2 h zu beziehen; man findet es auch in den Protokollen aller österreichischen Parteitage. Im Gedankengang und Aufbau ähnelt es den Programmen der sozialdemokratischen Parteien anderer Länder, insbesondere dem Programm der Deutschen Sozialdemokratie, welches im Jahre 1891 auf dem Parteitag in Erfurt beschlossen wurde. (Erfurter Programm.)

Die meisten sozialdemokratischen Programme, auch das Wiener und das Erfurter, bestehen aus zwei Teilen: der erste Teil, die »Prinzipienklärung«, stellt im groben Umriss dar, wie der Kapitalismus unvermeidlich den Klassenkampf zwischen der Arbeiterklasse und den besitzenden Klassen, die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die Ueberführung der Arbeitsmittel aus dem Eigentum der Kapitalisten in das Eigentum der Gesellschaft herbeiführt. Der zweite Teil des Programms — die Gegenwartsforderungen, das »Minimalprogramm« — fasst die wichtigsten Forderungen zusammen, welche die Sozialdemokratie heute schon stellen muss, um die Arbeiterklasse kampffähig zu machen und zur Erfüllung ihrer grossen geschichtlichen Aufgabe zu erziehen.

Das sozialdemokratische Programm ist der Niederschlag langer Denkarbeit, das letzte Ergebnis eines grossen und wohlgegliederten Gedankensystems; es ist daher nicht ganz leicht zu verstehen. Aber es stehen uns viele treffliche Erläuterungsschriften zur Verfügung, die wohl geeignet sind, jedermann das volle Verständnis unseres Programms zu erschliessen. Zwar können wir dem Leser keine Erläuterungsschrift zu unserem Wiener Programm nennen; aber da die Grundsätze des Wiener Programms mit denen des Parteiprogramms unserer reichsdeutschen Genossen identisch sind, können die Erläuterungsschriften zum Erfurter Programm auch als Erklärungen unseres österreichischen Parteiprogramms verwendet werden.

Wer unser Parteiprogramm verstehen lernen will, wird am besten zunächst zu der von Adolf Braun herausgegebenen Broschüre »Ziele und Wege« (Berlin, Verlag Vorwärts, 1906, Preis 24 h) greifen, an der ausser dem Herausgeber auch die Genossen Lindemann, Süssheim, Stampfer und die Genossin Zetkin mitgearbeitet haben. Das Schriftchen enthält eine kurze und leicht verständliche Erläuterung unserer Gegenwartsforderungen. Eine treffliche Einführung in die in unserer Prinzipienklärung zusammengefassten Gedankenreihen enthält die weitverbreitete Broschüre »Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie« von Karl Kautsky und Bruno Schönlanck. (Vierte Auflage, Berlin, Verlag Vorwärts, 1906, Preis 12 h.)

Wer diese beiden Broschüren gelesen hat, kann sich dann an eine ausführlichere und gründlichere Erläuterung des Parteiprogramms heranwagen. Eine solche gibt Karl Kautsky in seinem Buch »Das Erfurter Programm«.

(Achte, wesentlich verbesserte Auflage, Stuttgart, Verlag J. H. W. Dietz, 1907, Preis K 2'40.) Das Buch gehört zu den klassischen Schriften des Sozialismus. Das Studium dieser Schrift ist für jeden, der unser Parteiprogramm verstehen will, unerlässlich.

Das sozialdemokratische Programm ist nicht die Erfindung eines einzelnen Mannes, auch nicht nur der Beschluss eines Parteitages, sondern das letzte Ergebnis langer wissenschaftlicher Arbeit. Will man es gänzlich verstehen, so muss man die klassischen Schriften der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus studieren. Man beginnt dieses Studium am zweckmässigsten mit der Lektüre der berühmten Rede Ferdinand Lassalles über »Das Arbeiterprogramm«. (Berlin, Verlag Vorwärts, 1907, Preis 36 h.) Diese Rede zeigt uns die Bewegung der Arbeiterklasse in einem grossen historischen Zusammenhange; sie zeigt, wie die feudale Gesellschaft des Mittelalters von der bürgerlich-kapitalistischen abgelöst wurde und wie diese wieder von der werdenden Gesellschaft, deren Trägerin die Arbeiterklasse ist, abgelöst werden wird.

Hat die Rede Lassalles unseren historischen Blick geschärft, dann können wir es wagen, die »Geburtsurkunde des modernen Sozialismus«, die gemeinsame Quelle aller sozialdemokratischen Programme, zu lesen, das »Kommunistische Manifest« von Karl Marx und Friedrich Engels. (Berlin, Verlag Vorwärts, 1906, Preis 24 h.) Wir lesen vom »Kommunistischen Manifest« zunächst folgende Abschnitte: I (Bourgeois und Proletarier), II (Proletarier und Kommunisten) und IV (Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien.)

Der dritte Abschnitt des Kommunistischen Manifests (Sozialistische und kommunistische Literatur) macht uns grössere Schwierigkeiten, da er geschichtliche Vorkenntnisse voraussetzt. Hier setzen sich ja Marx und Engels mit den Lehren und Anschauungen älterer Sozialisten auseinander. Zum besseren Verständnis dieses Abschnittes lesen wir die kleine Schrift von Friedrich Engels über »Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft«. (Berlin, Verlag Vorwärts, 1907, Preis 48 h.) Sie zeigt uns, wie der durch das »Kommunistische Manifest« begründete wissenschaftliche Sozialismus auf dem Boden erwachsen ist, den einerseits die Entwicklung der bürgerlichen Wissenschaft und Philosophie und andererseits die kritischen Leistungen des älteren utopistischen Sozialismus urbar gemacht haben; so lehrt sie uns die historischen Wurzeln, aber auch die unterscheidende Eigenart des von Marx begründeten proletarischen Sozialismus kennen.

Das Verständnis der von uns genannten Schriften von Marx, Lassalle und Engels setzt die genauere Kenntnis ihrer Entstehungszeit voraus. Den Weg hierzu erschliesst uns »Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie« von Franz Mehring. (Stuttgart, Verlag J. H. W. Dietz, 1906, Preis 24 K.)

Zum ersten Studium der sozialdemokratischen Gedankenwelt werden die von uns genannten Schriften genügen. Wer tiefer eindringen will, wird freilich noch fleissige Arbeit aus verschiedenen Wissensgebieten nicht scheuen dürfen. Den Weg hierzu wollen wir ihm in den folgenden Heften unserer Zeitschrift weisen.

O. B.